Nr. 202. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 31. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Volkserziehung und Sozialdemokratie.

Man schreibt uns:

Die Veröffentlichung der Leitsätze zu diesem Thema durch Genossin Zetkin und Genossen Schulz bedeutet eine Neuerung, die wir schon lange als dringend nötig empfunden haben. Bisher war es Brauch, einige Zeit vor dem Parteitage nur die Themata bekannt zu geben, die zur Verhandlung kommen sollten, aber nichts verlautete über den Inhalt der Referate, nichts über die Beschlüsse, zu welchen die Referenten den Parteitag veranlassen wollten. Infolgedessen war es auch fast unmöglich, sich bei Zeiten zu informieren. Die Parteigenossen konnten bei der Auswahl der Delegierten nicht wissen, ob dieselben mit den Anschauungen der Mehrheit übereinstimmten, und die Delegierten selbst konnten sich in keiner Weise vorbereiten. Näheres über das Thema hörten sie erst auf dem Parteitage selbst aus dem Munde des Referenten, und mußten somit schwerwiegende Beschlüsse fassen lediglich auf Grund solcher doch immerhin nur kurzer, beim besten Willen nicht erschöpfender Darlegungen. Sollen die Beschlüsse des Parteitages richtig vorbereitet sein, so ist erforderlich, daß die Referenten ihre Resolutionen beizeiten der Masse der Parteigenossen selbst zur Diskussion unterbreiten, daß diese dann auch wirklich eingehend darüber diskutieren und somit bei der Wahl der Delegierten schon wissen, wie jeder einzelne zu den zur Entscheidung kommenden Fragen steht und ob er auch der richtige Mann ist, die Ansicht seiner Wähler auf dem Parteitage zu vertreten. Nach der Wahl aber muß es dann Aufgabe der Gewählten sein, die Zeit bis zum Parteitage zu möglichst umfassender Information auszunutzen, so daß sie imstande sind, sich über jeden Gegenstand ein eigenes Urteil zu bilden.

Aus dem eben Gesagten erhellt, daß der Fehler auch diesmal noch nicht vollständig behoben ist. Nur über einen Punkt der Tagesordnung hat man uns Leitsätze vorgelegt, nicht über die anderen. Wie wichtig wäre das gleiche z. B. — um nur eines hervorzuheben — bei der Frage des Strafrechts. Hier handelt es sich um die außerordentlich weittragende Entscheidung, in welchem Sinne die Partei ihren politischen Einfluß bei der kommenden Reform des Strafrechts in die Wagschale werfen soll, und über diese Frage ist noch so gut wie gar nicht diskutiert worden. Hoffen wir, daß das gute Beispiel der Referenten über die Erziehungsfrage weiter wirkt und daß vom nächsten Jahre ab alle Referenten uns ihre Schlußfolgerungen in der gleichen Weise vorlegen. Und wenn möglich, noch etwas früher. Diesmal fiel die Veröffentlichung immerhin schon in die Zeit, wo die Delegiertenwahl unmittelbar vor der Tür stand, so daß die Diskussion jetzt schon etwas spät kommt. Sie hätte mindestens in den Versammlungen einsetzen müssen, die zur Beschlußfassung über den Parteitag einberufen waren, und folglich hätte sie in der Presse eigentlich schon vorangehen müssen. Die späte Veröffentlichung lag wohl daran, daß der Gedanke der Neuerung überhaupt erst spät aufgetaucht ist, eine Ursache, die für nächstes Jahr bereits in Wegfall kommt.

Um nun auf die Leitsätze selbst einzugehen, so begrüßen wir es zunächst, daß die zu fassenden Beschlüsse von vornherein auf den prinzipiellen Boden gestellt werden. Der Zusammenhang der Erziehungsfrage mit den Grundanschauungen des Sozialismus ist nicht ohne weiteres durchsichtig und deshalb für manchen schwankend und zweifelhaft. Die Frage, ob es denn eine besondere sozialistische Erziehung geben könne, ob nicht vielmehr die Erziehung „über den Parteien" stehen müsse, haben wir von Seiten gehört, von denen man sie keineswegs erwarten sollte. Und wenn die Frage neuerdings verstummt ist, so wohl nur deshalb, weil die unverschämten Angriffe der Reaktion es praktisch gar zu deutlich fühlbar machten, wie wenig „neutral" das Erziehungswesen ist. Doch ist von diesem Empfinden bis zu theoretischer Klarheit noch ein weiter Weg, und wir fürchten, gar mancher wird wohl die Berechtigung der Gegenwehr gegen den reaktionären Mißbrauch der Schule anerkennen, ohne darum einzusehen, daß auch ohne solchen Mißbrauch der Sozialist prinzipiell ganz andere Anforderungen an das Erziehungswesen stellen muß als der Bourgeois. Deshalb ist es von großer Wichtigkeit, daß die Diskussion von vornherein auf die Höhe einer prinzipiellen Erörterung gehoben wird, und das geschieht durch den Absatz 1 der Leitsätze.

In der Idee des Bourgeois ist der Staat bekanntlich nur ein Nachtwächter, der ihm Leben und Eigentum gegen verbrecherische Anschläge schützen soll. Doch nur in der Idee. In Wahrheit ist der Staat vielmehr, wie schon das Kommunistische Manifest klar ausspricht, „die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen". Demgemäß benutzt der Staat alle Machtmittel, die in seine Hand gegeben sind, zur Befestigung der kapitalistischen Klassenherrschaft, und es ist durchaus kein Zufall, daß er auch die Schule dazu benutzt. Die Schule ist für ihn keineswegs ein Mittel, Bildung und Aufklärung zu verbreiten, sondern eine Waffe der Bourgeoisie in ihrem Klassenkampf gegen das Proletariat, eine Waffe, die der Staat zu handhaben verpflichtet ist. So erklärt sich zwanglos der Klassenunterschied in der Schule, der darauf berechnet ist, den Kindern der Bourgeoisie ein dauerndes geistiges Uebergewicht über die des Proletariats zu verschaffen und dadurch ihre Herrschaft zu sichern und womöglich zu verewigen. Daran werden keine Deklamationen, kein noch so pathetisches Anrufen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit etwas ändern, sondern nur die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Der Sozialismus seinerseits will dem Staat, d. h. der organisierten Macht der Gesellschaft, ganz andere Aufgaben zuweisen. Wir wüßten sie nicht besser und klarer zu bezeichnen als mit den herrlichen Worten Lassalles in seinem „Arbeiterprogramm":

„Die Geschichte ist ein Kampf mit der Natur; mit dem Elend, der Unwissenheit, der Armut, der Machtlosigkeit und somit der Unfreiheit aller Art, in der wir uns befanden, als das Menschengeschlecht im Anfang der Geschichte auftrat. Die fortschreitende Besiegung dieser Machtlosigkeit — das ist die Entwickelung der Freiheit, welche die Geschichte darstellt.

In diesem Kampfe würden wir niemals einen Schritt vorwärts gemacht haben oder jemals weiter machen, wenn wir ihn als Einzelne, jeder für sich, jeder allein geführt hätten oder führen wollten. Der Staat ist es, welcher die Funktion hat, diese Entwickelung der Freiheit, diese Entwickelung des Menschengeschlechts zur Freiheit zu vollbringen. Der Staat ist diese Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen, eine Einheit, welche die Kräfte aller Einzelnen, welche in diese Einheit eingeschlossen sind, millionenfach vermehrt, die Kräfte, welche ihnen allen als Einzelnen zu Gebote stehen würden, millionenfach vervielfältigt.

Der Zweck des Staates ist also . . . gerade der, durch diese Vereinigung die Einzelnen in den Stand zu setzen, solche Zwecke, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als Einzelne niemals erreichen könnten, sie zu befähigen, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen sämtlich als Einzelnen schlechthin unersteiglich wäre.

Der Zweck des Staates ist somit der, das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwickelung zu bringen. . . ."

Mit anderen Worten: die Aufgabe, die der Sozialismus der Gesellschaft zuweist, ist die, durch organisches Zusammenwirken aller Einzelnen, durch planmäßiges Zusammenfassen aller vorhandenen Kräfte die Kultur aller Einzelnen zu fördern.

Es dürfte nun ohne weiteres klar sein, welch' wichtiger Anteil an dieser Aufgabe dem Erziehungswesen zufällt. Für den Bourgeois ist die Erziehung und muß sie sein „ein Herrschaftsinstrument zur Förderung der politischen Interessen des Kapitals", wie die Leitsätze ganz richtig sagen; für den Sozialisten ist sie eines der wichtigsten Mittel der Zusammenfassung aller Kräfte zu dem Zweck gemeinsamen Aufsteigens auf der Leiter der Kultur. Das sind zwei Auffassungen, die sich nie und nimmer vereinigen lassen, zwischen denen vielmehr nur der Kampf entscheiden kann.

Nachdem so der prinzipielle Boden bereitet ist, den man unbedingt unter den Füßen haben muß, wenn man über das Thema „Volkserziehung und Sozialdemokratie" zur Klarheit gelangen will, wären nunmehr die Vorschläge der Leitsätze im einzelnen zu prüfen bezw. zu erläutern.

Absatz 2 der Leitsätze zeigt mit knappen Worten die Aufgabe, die der Erziehung auf dem Boden des soeben entwickelten Prinzips zufällt: die Entwickelung aller geistigen und körperlichen Fähigkeiten zu möglichst hoher Vollendung, was bekanntlich die heutige Erziehung nicht tut, auch trotz aller gegenteiligen Versicherungen gar nicht tun will. Zugleich folgt die Andeutung der Methode, durch welche allein dieses Ziel erreicht werden kann, und welche darin besteht, die Arbeit zur Grundlage der Erziehung zu machen. Dieser Punkt sowie auch die in Absatz 3 gemachten Vorschläge zur Ausnutzung unseres politischen Einflusses auf das heutige öffentliche Erziehungswesen bedürfen unseres Erachtens keiner weiteren Erläuterungen, als die Referenten auf dem Parteitag selbst geben werden.

Kommen wir zu Absatz 4, so muß auffallen, daß die gegnerische Presse sich über die Leitsätze bisher vollständig ausgeschwiegen hat. Sollte ihr das zielklare Vorschreiten der Sozialdemokratie auf diesem wichtigen Gebiete so in die Glieder gefahren sein, daß sie keine Worte findet? Absatz 4 widerlegt nämlich das dumme Geschwätz, das Eugen Richter dem gesamten Spießbürgertum als Erbe hinterlassen hat und das die „Unsittlichkeit" der Sozialdemokratie nachweisen soll, sintemalen sie ja die Familie auflösen und „den Eltern die Kinder wegnehmen" wolle. Und nun steht hier klar und deutlich, daß wir die Erziehung im Heim keineswegs aufheben, sondern vielmehr vertiefen wollen!

Damit kommen wir zu demjenigen Kapitel, das für sozialdemokratische Eltern gegenwärtig wohl das wichtigste ist. Besonders in Preußen. Konnte man bisher noch schwanken, ob es im Interesse der Kinder nicht besser sei, zu allem in der Schule getriebenen Unfug zu schweigen, um die Autorität und Glaubwürdigkeit der Lehrer nicht zu erschüttern, so kann nach Annahme des neuen Schulgesetzes davon keine Rede mehr sein. Aus vollem Herzen wird jeder den Leitsätzen zustimmen, daß es „selbstverständliche Pflicht der Parteiangehörigen ist, ihre Kinder im Geiste der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen", und daß es dazu erforderlich ist, in großem Umfange bewußt und planmäßig den Tendenzen entgegen zu wirken, welche den Schulunterricht verfälschen und vergiften. Die Frage ist nur, wie das gemacht werden soll. Das Kind abfragen, was es in der Schule gehört hat, und ihm dann von allem das Gegenteil sagen, dürfte wohl kaum der richtige Weg sein. Denn einmal sind die Proletariereltern selbst in ihrer Jugend so vernachlässigt worden, daß sie in den meisten Fällen nicht imstande sein werden, das Richtige an Stelle des Falschen anzugeben, und ferner würde ja doch nur Behauptung gegen Behauptung stehen, das Kind hätte immer noch die Wahl, wem es mehr glauben will. Worauf es ankommt ist vielmehr, das Kind in Stand zu setzen, sich selber von der Unwahrhaftigkeit des Schulunterrichts zu überzeugen.

Dazu gibt es unseres Erachtens zwei bisher vernachlässigte Mittel. Die Leitsätze deuten ganz richtig an, man müsse die Kinder „in die Welt des natürlichen und sozialen Lebens einführen". Das kann, denken wir, vor allen Dingen auf dem Gebiete der geschlechtlichen Aufklärung geschehen. Natürlich meinen wir nicht, man solle dem Kinde Wahrheiten aufdrängen, die es noch nicht verlangt und für die es noch nicht reif ist; aber wenn das Kind Fragen stellt, soll man sie wahrheitsgemäß beantworten. Die meisten Proletariereltern behelfen sich genau wie die Bourgeois mit dem Märchen vom Storch, dem im einzelnen Fall noch alle möglichen albernen Geschichten hinzugefügt werden, so z. B., daß die Hebamme des Storches Frau sei und dergleichen Unsinn mehr. Damit verstoßen sie gegen den ersten und wichtigsten Grundsatz jeder vernünftigen Erziehung, wonach ein Verhältnis unbedingten Vertrauens zwischen Zögling und Erzieher bestehen muß, das nur durch unbedingte Wahrhaftigkeit geschaffen und erhalten werden kann. Durch Wahrheit und nur durch Wahrheit kann man Einfluß auf Kinder gewinnen.

Der Raum gestattet uns nicht, dieses Thema ausführlicher zu behandeln. Wir verweisen den, der weiteres darüber zu erfahren wünscht, auf die im „Vorwärts"-Verlag erschienene Broschüre: „Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen?" Es liegt auf der Hand, daß von der wahren Mitteilung über diese Dinge, die sich vor den Augen und gewissermaßen unter der Kontrolle der Proletarierkinder abspielen, nur ein Schritt ist zur natürlichen Schöpfungsgeschichte und zu allen anderen Wahrheiten der Natur. Dann aber sehen die Kinder mit eigenen Augen, daß man sie über all diese Dinge in der Schule belogen hat, und werden demzufolge wissen, wem sie in Zukunft mehr Glauben schenken sollen, den Eltern oder dem Lehrer. Ist man aber einmal so weit, dann kann man den nächsten Schritt machen und den Kindern sagen, daß in den „höheren" Schulen über all das etwas anderes gelehrt wird, daß die Kinder der „besseren" Stände in der Schule die Wahrheit erfahren, während die Lügen nur fürs „niedere Volk" sind, und zwar gerade zu dem Zweck, es den Reichen geistig nicht ebenbürtig werden zu lassen. Damit hat man dann den Uebergang in die Welt des sozialen Lebens und seiner Triebkräfte.

Dazu kommt nun aber der weitere sehr wichtige Punkt, daß wir die Kinder „zum Wollen und zum Gebrauch der Freiheit" erziehen müssen. Hierüber herrscht noch eine geradezu grauenhafte Unwissenheit. Die meisten Proletariereltern glauben, ihre „Erziehungspflichten" vollauf erfüllt zu haben, wenn sie ihren Kindern ab und zu eine tüchtige Tracht Prügel verabreichen. Sie wissen nicht, daß sie sich damit gegen das versündigen, was das Wichtigste in der Erziehung eines Sozialdemokraten ist, nämlich die Pflege des Charakters, der doch nichts weiter ist, als ein fester eigener Wille. Während all unser Streben darauf gerichtet sein muß, ein kräftiges, selbstbewußtes, aufrechtes Geschlecht zu erziehen, das sich nicht beugen noch ducken läßt, wird täglich von unzähligen Proletariereltern die Knechtseligkeit in die Kinder hineingeprügelt. Prügel haben den Zweck, den eigenen Willen der Kinder zu brechen und zu unterdrücken; der Sozialdemokrat muß aber gerade darauf ausgehen, des Kindes eigenen Willen zu pflegen und zu entwickeln und es im Gebrauch der Freiheit, im Gebrauch des eigenen Willens zu üben. Folglich haben Stock und Rute im Hause des Sozialdemokraten nichts zu suchen. Wahrheit und Freiheit, das muß die Parole sozialdemokratischer Erziehung sein.

Große Bedeutung legen wir den im 5. und 6. Absatz der Leitsätze gegebenen Anregungen bei. Es liegt ja auf der Hand, daß derjenige, der die Jugend im Geiste sozialistischer Weltanschauung beeinflussen will, nicht nur sich selbst damit geradezu durchtränken, sondern auch versuchen muß, zu theoretischer Klarheit darüber zu gelangen. So zeigt sich auch von dieser Seite her das Bedürfnis nach theoretischer Vertiefung neben dem Bedürfnis nach vermehrter allgemeiner Bildung des Proletariats. Nun sind ja die Forderungen nach Gründung von Arbeiterbildungsschulen, nach Veranstaltung von Vortragskursen, von Diskussionsabenden usw. nicht neu; doch wird es die Sache sehr fördern, wenn der Parteitag einen die Parteiinstanzen bindenden Beschluß darüber faßt. Bisher noch nicht in Angriff genommen ist die Benutzung der Zahlabende zu bildenden Zwecken. Wir denken, hier könnten die Berliner Genossen sofort mit gutem Beispiel vorangehen. Die Zahlabende, die heute rein geschäftlichen Zwecken dienen, könnten regelmäßig mit einer etwa halbstündigen Vorlesung aus einer leicht verständlichen Broschüre oder einer anderen Schrift eröffnet werden. Das würde zugleich sie interessanter machen und vermutlich ihren Besuch heben.

Neu ist dagegen die Forderung, daß theoretische Fragen in der Tagespresse behandelt werden sollen. Neu und sehr gut! Unsere Zeitungen leiden durchweg noch zu sehr darunter, daß sie sich allzu sklavisch an das Muster der bürgerlichen Presse halten. Um die Abonnentenzahl zu steigern, sind die Geschäftsleitungen im allgemeinen viel zu sehr darauf bedacht, daß die Blätter in äußerer Form, Inhalt und Anordnung der bürgerlichen Presse nachahmen. Man hofft ihr dadurch am erfolgreichsten Konkurrenz bieten zu können. Wer insbesondere die kleinere Provinzpresse kennt, wird uns recht geben. Da nun unsere kleineren Blätter durchweg an Papier weit hinter der bürgerlichen Konkurrenz zurückstehen, so sollen sie auf den 1½ bis 2 Bogen, die sie täglich liefern, möglichst dasselbe bieten, was die bürgerliche Presse im Hauptblatt und in der 1. Beilage bringt. Da ist aber kein Raum für theoretische Abhandlungen. Aktuell, aktuell, aktuell ist auf diese Weise zur einzigen Parole des weitaus größten Teils unserer Presse geworden. Was nicht aktuell ist, gehört nicht in eine Tageszeitung.

Wir glauben, daß sich darin ein verhängnisvoller Irrtum über die eigentlichen Aufgaben der sozialdemokratischen Presse offenbart. Unsere Zeitungen sollen durchaus nicht genau das gleiche leisten, wie die bürgerlichen Blätter, und sollten deshalb auch nicht un-

bedingt nach dem gleichen Schema gearbeitet sein. Jene wollen dem Leser mitteilen, „was in der Welt passiert ist", und wollen ihm außerdem die Zeit vertreiben und ihn im Sinne ihrer Partei beeinflussen. Aber nur durch die Färbung, in der sie die aktuellen Ereignisse vortragen. Beileibe nicht durch grundlegende Erörterungen. Diese scheuen sie vielmehr wie die Pest, weil eben die Sache, die sie vertreten, dabei nicht gewinnen kann.

Ganz anders bei uns. Allerdings müssen auch wir aus den Ereignissen des Tages dem Leser alles Wichtige mitteilen; nur daß für uns ganz andere Dinge „wichtig" sind, als für die bürgerliche Presse. Wir würden es mit Freuden begrüßen, wenn endlich einmal grundsätzlich in der gesamten Parteipresse mit dem System gebrochen würde, daß wir all und jeden Quark bringen müssen, nur weil die gegnerischen Zeitungen es tun. Wir wollen jetzt nicht darüber streiten, ob das nötig gewesen sein mag, um überhaupt erst einmal einen Stamm von Abonnenten zu gewinnen. Uns erscheint das zweifelhaft. Doch wie dem auch sei, jetzt haben wir den Stamm, und folglich können wir jetzt zweifelsohne auf solche Konkurrenzrücksichten verzichten und an erster Stelle die Aufgabe setzen, unsere Leser mit sozialdemokratischem Geiste zu erfüllen. Dazu ist nun die Behandlung rein theoretischer Fragen einfach unerläßlich. Die sind allerdings nicht immer aktuell und passen deshalb nicht in den Rahmen einer Zeitung bürgerlichen Stils. Aber sie vermitteln dem Leser erst das richtige Verständnis für die aktuellen Ereignisse und Tagesfragen. Dazu kommt, daß mindestens neun Zehntel unserer Leser sich dieses Verständnis auf andere Weise und aus anderen Quellen nicht erwerben kann. Im allgemeinen kann der Arbeiter außer seiner Zeitung nichts lesen. Er hat keine Zeit dazu, er hat häufig auch kein Geld, andere Schriften zu kaufen. Nicht zu vergessen, daß dank unserer jämmerlichen Volksschulbildung viele Arbeiter gar nicht verstehen, ein größeres Buch zu lesen. Somit hat bei uns die Zeitung die Pflicht, dem Arbeiter all den Lesestoff zu bieten, dessen er bedarf, ganz gleichgültig, ob er aktuell ist oder nicht. Wir hoffen deshalb, daß der Parteitag diese Anregung zum Beschluß erheben wird.

Das gleiche gilt für die Ausgestaltung der Feste zu Bildungszwecken, hier hauptsächlich auf dem Gebiete der Kunst. Mit Recht schrieb kürzlich ein Genosse in der „Sächs. Arbeiterztg.":

„Der Vorwurf, daß man sich in ausgetretenen Bahnen bewegt, gilt vor allem gegenüber der Mehrzahl der sogenannten Familienabende und ähnlichen Vergnügungen, an denen doch auch häufig Kinder und Jugendliche teilnehmen. Da lernt man oft das Lassallesche Wort von der „verdammten Bedürfnislosigkeit" der Arbeiter in seiner ganzen Trübseligkeit verstehen; eine minderwertige Musik und dann vielleicht obendrein noch ein — oft teuer bezahlter — Komiker, der ordinäre und noch nicht einmal witzige Zoten reißt: Schamröte steigt einem ins Gesicht, wenn man dann unter dem Publikum sogar noch Kinder erblickt. Das Proletariat, die Kulturmacht der Zukunft, muß die Kraft haben, sich auch für seine Vergnügungen neue und selbständige Wege zu bahnen."

Man sieht, wie viel noch zu tun ist, um die Arbeiterfeste zu dem zu machen, was sie eigentlich sein sollten: zu einer Pflanzstätte edelsten sozialdemokratischen Geistes.

Die Leitsätze laufen aus in drei praktische Vorschläge, die der Parteitag beschließen soll: Die Schaffung einer Zentralstelle für Bildungsbestrebungen, bestehend aus 25 Mitgliedern; die Anstellung von Vertrauenspersonen speziell zur Gewinnung der Jugend; und endlich die Schaffung eines eigenen periodischen Organs, „das methodisch in die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus einführt und neben der allgemeinen geistigen Entwickelung die Charakterbildung fördert." —

Wir schließen uns diesen Forderungen durchaus an. Nicht etwa, daß wir mit unbedingter Sicherheit sagen wollen, daß sie in allen Einzelheiten das richtige treffen. Das kann heute noch niemand wissen. Wie die Absichten, welche die Leitsätze verfolgen und denen wir aus vollem Herzen zustimmen, am besten zu verwirklichen sind, das kann und wird erst die praktische Erfahrung lehren. Dazu ist aber unerläßlich, daß endlich einmal etwas von Partei wegen geschieht. Nachdem nun schon jahrelang Artikel über Artikel geschrieben sind, muß endlich ein Anfang gemacht werden. Für besonders glücklich halten wir den Gedanken, einen besonderen Ausschuß mit der Pflege des Bildungswesens zu betrauen, der sich dieser speziellen Aufgabe mit voller Hingebung und voller Sachkenntnis widmen kann.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. August.

Die Zwangsenteignung des polnischen Grundbesitzes.

Die Resolution des deutschen Ostmarkenvereins, der eine Zwangsenteignung des polnischen Grundbesitzes fordert, ist sogar in der nationalliberalen Presse auf Widerstand gestoßen. So äußert die „Magdeburger Zeitung" lebhafte Bedenken „gegen die Beschreitung des Weges der Ausnahmegesetzgebung". Es sei höchst bedenklich, nach politischen Gesichtspunkten in das private Eigentum einzugreifen. Der Artikel 3 der Reichsverfassung schütze ausdrücklich jeden Angehörigen jedes Bundesstaates in seinem Rechte, Grundeigentum zu erwerben und zu besitzen. Ein Verfassungsrecht dürfe aber nicht auf Umwegen außer Kraft gesetzt werden. So berechtigt gegenüber der polnischen Zähigkeit — Herr v. Bülow nannte es kaninchenhafte Fruchtbarkeit — der Wunsch sei, in der Ostmarkenpolitik für die Erreichung ihrer Ziele wirksamere Handhaben zu geben, so entschieden müsse doch vor dem hier betretenen Wege im „wahren nationalen Interesse" gewarnt werden.

Die „Kölnische Volkszeitung" meint, daß aus diesen Sätzen die Furcht vor der sozialdemokratischen Expropriation der Expropriateure deutlich hervorleuchte. Beim Privateigentum höre eben doch auch für viele hakatistische Liberale immer noch die Gemütlichkeit auf. Das beweise auch die Stellungnahme der zwar freisinnigen, aber stark bodenfeindlich gesinnten „Vossischen Zeitung". Dieselbe warne davor, ein Gesetz zu machen, das, wenn es im Auslande gegen Deutsche gemacht werde, einen einmütigen Schrei der Entrüstung hervorrufen werde, „soweit die deutsche Zunge klingt". Man vergegenwärtige sich doch nur, daß eine gleiche Befugnis gegen deutsche Grundbesitzer etwa in Böhmen geschaffen werde! Wenn wirklich nichts mehr übrig bliebe, als die Zwangsenteignung, dann wäre die ganze bisherige Polenpolitik bankerott!

Um so eigenartiger berührt es, daß entgegen diesen liberalen Preßstimmen die freisinnig-wadelstrümpflerische „Weser-Zeitung" einen ihr aus Westpreußen zugehenden Artikel veröffentlicht, **in dem ganz ungeniert für eine Zwangsenteignungspolitik im Sinne des Beschlusses des Ostmarkenvereins Stimmung gemacht wird!**

In diesem Artikel wird darauf hingewiesen, daß die bisherige Politik der Ansiedelungskommission mit einem Fiasko geendet habe. Die Erwerbung kleinerer und größerer Güter in den polnischen Distrikten habe nur das eine Ergebnis gehabt, daß die Preise für den Grund und Boden ungeheuer gestiegen seien. **Seit dem Jahre 1901 auf mehr als das Doppelte!** Bei einer solchen Ankaufspolitik sei es aber ganz unmöglich, daß die Ansiedelungskommission auf eine entsprechende Verzinsung der für die Ankäufe verwendeten Summen rechnen könne. Es sei ganz unmöglich, die Verzinsung auf die Käufer abzuwälzen. Für die Ansiedelungskommission und den Domänenfiskus liege die Sache aber doch so, daß sie entweder **eine immer wachsende Zubuße des Staates** in ihren Etat einstellen oder Pächtern und Ansiedlern immer schwerere und schließlich unerträgliche Bedingungen auferlegen müssen. Das letztere sei nicht möglich und das erstere ebensowenig wünschenswert. Der Artikel schließt: „Nach alledem sind es Gründe allerschwersten Gewichtes, **die dazu zwingen, dem freien Wettbewerb der Nationalitäten im Kampf um den Boden in dieser oder jener Form Fesseln anzulegen."**

Und diesen Artikel veröffentlicht die freisinnige **„Weser-Zeitung" ohne irgendwelchen Kommentar!**

Man sollte wirklich annehmen, daß auch der Intellekt freisinniger Redakteure entwickelt genug sei, um außer den beiden in dem Artikel erwähnten Eventualitäten noch einen dritten Ausweg zu entdecken. Den nämlich, daß Preußen mit seiner törichten Hakatistenpolitik endlich zu brechen habe! Auch den Freisinnigen sollte bekannt sein, daß die ganze Siedelungspolitik bisher nur den einzigen Zweck gehabt hat, verschuldeten Junkern ihre Güter zu einem Wucherpreise abzukaufen. Trotz dieser Verpulverung von Hunderten von Millionen hat aber das Polentum 50 000 Hektar Grund und Boden neu zu erwerben verstanden! Die ganze preußische Polenpolitik hat also ihren schmählichsten Zusammenbruch erlebt. Statt nun die Regierung in ihren skandalösen Absichten auf Schaffung einer Ausnahmegesetzgebung gegen das polnische Element zu unterstützen, sollte der Freisinn energisch darauf dringen, daß die ganze, nur ein 100 Millionen-Stipendium für verkrachte Junkerexistenzen darstellende Siedelungspolitik **endlich aufgegeben wird!** —

Preußische Gesinnungsschnüffelei.

Das „Greifswalder Tageblatt" veröffentlichte dieser Tage die folgenden sehr interessanten Dokumente:

Der Amtsvorsteher. Zuzugsort, Datum 1906.
(amtl. Stempel).

Zum dauernden (vorübergehenden) Aufenthalt meldete sich am [Datum] 1906 mit (ohne) Familie hier für [Straße Nr.] bei [Name] an: Name und Vorname. Beruf. Geburts-Tag, -Monat, -Jahr, -Ort, -Kreis. [Darunter sind die hierzu gehörigen Angaben geschrieben.] Früher hier gemeldet (nicht gemeldet). Bisheriger Wohnort (Wohnung). [Folgt die Angabe.] Abmeldeschein hat vorgelegen (nicht vorgelegen).

Amtlicher Stempel. Aktenzeichen.

I. Urschriftlich unter Rückgabe dem königl. Polizeipräsidium (der Polizeidirektion, Verwaltung, Behörde des Herrn Amtsvorstehers) in [Abzugsort, Kreis . . .] als Benachrichtigung gemäß Erlasses des Herrn Ministers des Innern vom 16. Januar 1904 mit dem Ersuchen übersandt:

1. falls vorstehende Angaben in wesentlichen Punkten für unrichtig erachtet werden sollten, davon Nachricht zu geben;

2. etwaige Bestrafungen oder sonstige nachteilige Tatsachen über die Führung und das politische Vorleben der genannten Personen mitzuteilen.

Etwaige Personalakten bitte ich beizufügen.

II. Nach 4 Wochen (6 Wochen). Gemeint ist: wieder vorzulegen.

Unterschrift.

Seit dem Jahre 1904 also, so geht aus diesen Dokumenten hervor, besteht in Preußen die Einrichtung von Personalakten für jeden Einwohner, in denen seine politische Gesinnung „festgestellt" wird, soweit das die treffliche preußische Polizei und ihre nicht minder trefflichen Spitzel vermögen. Und wenn ein Preuße seinen Wohnort ändert, so wandern diese polizeilichen Führungslisten mit. Also daß die hohe Obrigkeit auch von jedem Neuanziehenden gleich weiß, weß Geistes Kind er ist und wessen man sich an ihm zu versehen hat!

Was für haarsträubenden Unsinn diese polizeilichen Gesinnungszeugnisse durchschnittlich enthalten mögen, das kann sich nur der schaudernd vorstellen, der einmal Gelegenheit hatte, das politische Verständnis deutscher Polizeibeamter in polizeilichen Berichten über politische Versammlungsreden kennen zu lernen. Das führt aber auch zu der ernsten Seite der Angelegenheit. Diese polizeilichen Gesinnungsatteste, die stets im Dunkeln bleiben, dem Gekennzeichneten nie bekannt werden, wie leicht können sie ihm Unrecht tun und ihn — bei den engen Beziehungen zwischen Unternehmertum und Polizei — in seinem Fortkommen schädigen!

Aber ganz abgesehen davon — die Polizei ist auch nicht dazu da, der politischen Gesinnung der Bürger nachzuschnüffeln. Die Steuerzahler haben keinen Anlaß, für solche unnütze und überflüssige Tätigkeit zu zahlen. Die Tatsache, daß eine solche Tätigkeit von einem preußischen Minister organisiert werden konnte, beweist nur, daß Preußen alles andere ist als ein Kulturstaat. —

* * *

Deutsches Reich.

Die Aushungerung der preußischen Schulheloten.

Im „Tag" veröffentlicht der bekannte J. Tews einen Artikel gegen den bekannten Studt-Erlaß, wodurch darauf hingewirkt werden soll, daß Schulverbände, speziell Stadtgemeinden, keine weitere Erhöhung des Grundgehaltes und der Alterszulagen ihrer Volksschullehrer und -Lehrerinnen beschließen können. Die Verfügung beziehe sich auf alle Fälle, in denen eine Erhöhung der Lehrergehälter im Grundgehalt über 1000 bezw. 1100 M. und über 120 M. Alterszulagen beschlossen werde. Dieser Erlaß habe in der preußischen Lehrerschaft eine „ganz beispiellose Erregung" hervorgerufen. Der Erlaß des Herrn Zedlitz treffe in erster Linie nicht nur die Großstädte und Industrieorte, sondern auch die kleinen Städte und das platte Land, soweit dort eine Erhöhung über den dürftigen Mindestsatz in Frage komme. Zehntausende von unzureichend besoldeten Lehrern werde dadurch der Brotkorb höhergehängt.

Der Erlaß des Kultusministers gebe vor, daß dadurch eine größere Gleichmäßigkeit der Lehrergehälter geschaffen werden solle. Aber wenn man Erhöhungen über das jetzige Mindestmaß von 800, 880, 1000 und 1100 M. hinaus bereits „sorgsam prüfen" lasse, ob sie auch die „Gleichmäßigkeit und Stetigkeit gefährdeten", so könne die Verfügung tatsächlich nicht anders verstanden werden, als wie es in der Lehrerschaft allgemein geschehe, dahin, daß die Unterrichtsverwaltung die Neuregelung bei der Revision des Besoldungsgesetzes auf einer **möglichst niedrigen Basis vornehmen wolle!**

Wie die Verfügung in der Praxis wirke, beweisen die zahlreichen Ablehnungen geringer Besoldungsaufbesserungen durch die Regierung. So sei die Erhöhung des Grundgehaltes über 1000 M. und der Alterszulagen über 120 M. versagt worden. Wer es mit der Schule wohl meine, müsse das Vorgehen der Unterrichtsverwaltung auf das entschiedenste verurteilen. Für die Volksschularbeit werde durch den Erlaß eine Höchstwertung aufgestellt, die selbst **hinter den Unterbeamtengehältern zurückbleibe.** Das „Land der Schulen" habe eine solche Behandlung seiner Lehrer nicht verdient."

Wir können nur wiederholen, was wir schon verschiedene Male ausgesprochen haben. So lange die Lehrer es sich gefallen lassen, in der Gehaltsbemessung von der Regierung hinter die Gendarmen gestellt zu werden, und auf ein solches Vorgehen mit nichts anderem zu antworten haben, als mit submissesten Vorstellungen und der Beteuerung ihrer treuesten Untertanengesinnung, provozieren sie selbst die Behandlung, die ihnen die Regierung zu teil werden läßt! —

Notleidende im Talar!

Die „Volkszeitung" veröffentlicht ein ihr aus der Provinz zugehendes Schreiben eines protestantischen Geistlichen, in dem lebhafte Klage geführt wird über die schlechten Besoldungsverhältnisse der protestantischen Geistlichen. Ein Anfangsgehalt von 1800 Mark könne doch unmöglich als eine ausreichende Bezahlung für einen Geistlichen angesehen werden. Und wenn das Gehalt nach vielen Jahren auch auf 4800 Mark steige, so sei doch die Frage aufzuwerfen, welch anderer akademisch gebildete Stand sich mit diesem Einkommen begnügen müsse. Es gebe viele tausende von evangelischen Pfarrhäusern, in denen „bittere Not" herrsche, man wolle doch seine Kinder angemessen erziehen. Aber wenn die Landpastoren ihre Söhne in die Gymnasialstadt schickten, dann müßten sie außer dem hohen Schulgeld auch **noch den hohen Pensionspreis zahlen.** Da heiße es, „sich zu Hause einschränken bis zum äußersten, so daß manchmal Kummer und Sorge ständige Gäste seien und das Herz mancher wackeren Pfarrersfrau unter der Sorgenlast erliege". Und was werde aus den Töchtern, wenn für die Söhne **alles geopfert werde?**

Die „Volkszeitung" wendet demgegenüber ein, daß es doch ein eigenartiges Verlangen sei, daß der Staat für die geistlichen Bedürfnisse gewisser Kreise aufkommen solle. Die nicht christlichen, speziell auch die freireligiösen Gemeinden, erhielten vom Staate nicht einen Pfennig. Im übrigen aber brauche man nur die vielen fetten Stellen, in denen der opulenteste Ueberfluß herrsche, ein wenig in ihrem Einkommen zu beschneiden, um auch den Landgeistlichen höhere Gehälter zahlen zu können.

Die „Volkszeitung" beruft sich dabei auf einen Artikel des „Reichsboten", der ihre Auffassungen durchaus bestätige. In diesem Artikel wird denn auch in der Tat ausgeführt, daß die Landpastoren gar nicht auf die Hülfe des Staates zu warten brauchten. Die Kirche könne schon mit ihren **eigenen Mitteln** Rat schaffen. Man brauche nur die **großen Pfründen,** die zuweilen im Gehalt eines mittelstaatlichen Ministers entsprächen, zu kürzen, um den Landgeistlichen höhere Gehälter gewähren zu können. Ein anderes Mittel sei die Vereinigung zu kleiner Gemeinden. Es gäbe eine nicht unbedeutende Zahl von „Gemeindlein" mit weniger als 300 Seelen, die ihren Pfarrer hätten, ohne daß derselbe außer der Sonntagspredigt etwas zu tun habe. Aufs Jahr kämen kaum zwei Taufen oder Begräbnisse. Selten ereigne sich eine Trauung. Kranke seien auch nur spärlich vorhanden, und oftmals hätten gerade solch kleine Gemeinden recht gut dotierte Stellen. Mancher Pastor klage, daß er unter der „Arbeitslosigkeit schwer leide". Durch eine Beseitigung der unangemessenen Pfründen und die Einziehung vieler kleinen Stellen könnten also reichliche Mittel gewonnen werden, um sowohl eine angemessene Minimal- als auch Maximalgrenze der Pfarrerbesoldung festzulegen.

Unsere Genossen sollten sich diese Ausführungen des „Reichsboten" merken. Stellt doch gerade auch die protestantische Geistlichkeit ihren Anteil zu den gewerbsmäßigen Bekämpfern des Sozialismus. Beachtenswert ist allerdings auch die Klage jenes Geistlichen, der die „Volkszeitung" zum Sprachrohr seiner Beschwerden gewählt hat. Wir wollen gern zugeben, daß ein Anfangsgehalt von 1800 Mark ein bescheidenes ist. Aber der betreffende Geistliche hätte auch nicht vergessen sollen zu berücksichtigen, daß ein junger Landgeistlicher mit einem derartigen Anfangsgehalt seine freie Wohnung sowie einen Garten besitzt, in dem er mindestens alles Gemüse, das er gebraucht, selbst ziehen kann. Das **wirkliche Anfangsgehalt** eines Geistlichen ist also **auf mindestens 2400 Mark** zu veranschlagen. Und wenn die Herren Geistlichen bei einem solchen Einkommen über ihr proletarisches Los stöhnen, so sollten sie sich zu allerletzt dazu mißbrauchen lassen, gegen die Forderungen des Proletariats aufzutreten, das — **bei unendlich größerer Arbeitsleistung** — im Durchschnitt nicht einmal halb so hoch entlohnt wird! —

Von der Kolonialkorruption.

In einem Berliner Blatte waren bereits vor acht Tagen schwere Anklagen gegen den Geheimrat Rose von der Kolonialabteilung erhoben worden. Es ist keinerlei offiziöse Antwort auf diese Anklagen erteilt worden, weshalb es an der Zeit ist, denselben weitere Verbreitung zu geben, um den schwerhörigen Kreisen der Kolonialverwaltung nochmals Gelegenheit zu einer Antwort zu geben.

Herr Rose hat als Referent für Neu-Guinea in der Reichstagssitzung vom 26. März 1906 Auskunft gegeben über die Frage der Prügelstrafe in jener Kolonie und dabei erzählt, als gerichtliche Strafe komme die Prügelstrafe dort nicht vor, sie sei nur gestattet zur Erhaltung der Disziplin unter den farbigen Arbeitern. Nun ist Herr Rose selbst eine Zeitlang Reichskommissar in Neu-Guinea gewesen, und zwar in der Zeit von 1889 bis 1892. „Wie war da", so fragt die „Berliner Morgenpost", **„sein eigenes Verhalten gegenüber den prügelnden Weißen"?**

„Ist es Herrn Rose damals bekannt geworden, daß in Stephansort, wo er selbst wohnte, der (inzwischen verstorbene) Stationsvorsteher Hennes **täglich** morgens und mittags **durchschnittlich ein Dutzend farbige Arbeiter verprügeln** ließ, und zwar durch einen eigens hierfür tätigen Mann mit herkulischen Kräften, der sonst meistens betrunken auf der Station herumlungerte? Wenn ja, warum schritt Herr Rose nicht ein, auch dann nicht, als er erfuhr, daß viele der Leute desertierten, und als weiße Beamte sich beschwerten, die das Schreien nicht mehr anhören konnten? Sind über diese Prügeleien Protokolle geführt worden, wie dies eine Verfügung des Reichskanzlers vorschrieb? Wenn nein, warum nicht?

Weiß Herr Rose noch, wie auf den Pflanzungen der Astrolabe-Kompagnie gegen **Chinesen** und **Schwarze mit dem Knüppel vorgegangen wurde?**

Erinnert sich Herr Rose des Namens Straßding? Dieser Deutsch-Russe saß wegen Diebstahls im Gefängnis und erhielt von einem wegen Mordversuchs sitzenden Schwarzen 25 aufgezählt. Geschah dies im Auftrage Roses und in seinem Beisein? Ist es wahr, daß dieser Gefangene, als er nach Bremen zur Abbüßung seiner Strafe gebracht werden sollte, trotz schärfster Bewachung unterwegs unter eigenartigen Begleiterscheinungen verschwand? Irgend ein Geheimrat tat damals die Aeußerung, seine Flucht sei eigentlich das beste!"

Es wird jetzt also erneut um Antwort gebeten!

Die „Freisinnige Zeitung" wünscht zudem, daß Herr Rose resp. die Vorgesetzten dieses Herrn auch noch eine andere interessante Frage beantworteten. Die „Freisinnige Zeitung" schreibt nämlich:

„Sehr wünschenswert wäre es, wenn bei dieser Gelegenheit aus den Akten auch noch eine andere Sache ans Tageslicht gefördert wird, bei der Herr Rose ebenfalls sehr stark beteiligt ist und die sich auf seine Tätigkeit in Samoa bezieht. Herr Rose ist nämlich verschiedentlich im Außendienst beschäftigt worden; er war nicht nur Reichskommissar in Neu-Guinea, sondern auch eine Zeitlang Generalkonsul in Samoa und zwar zu der Zeit, als Herr Dr. Raffel Munizipalpräsident von Samoa war. **Samoa war damals noch nicht aufgeteilt, sondern erfreute**

sich der gemeinsamen Regierung durch Deutschland, England und die Vereinigten Staaten. Wir glauben nun gut unterrichtet zu sein, wenn wir behaupten, daß das Zusammenwirken des deutschen Generalkonsuls Rose und des deutschen Munizipalpräsidenten Dr. Raffel ein sehr schlechtes war, und daß Dr. Raffel die **schwersten Vorwürfe gegen Rose** wegen dessen Amtsführung **nach Berlin** gerichtet hat. Das deutsche Auswärtige Amt hätte daraus unbedingt Veranlassung nehmen müssen, nach genauer Prüfung der Anschuldigungen entweder gegen den ungerecht denunzierenden Dr. Raffel oder gegen den schuldigen Rose einzuschreiten. **Aber seltsamerweise geschah keins von beiden.** Dafür aber passierte etwas, was zum mindesten den Reiz der Eigenheit für sich hat: Als Dr. Raffel nach Auflösung des samoanischen Munizipalrates nach Deutschland zurückkam, wurde ihm der Eintritt in die Kolonialabteilung, in die inzwischen Herr Rose bereits zurückgekehrt war, verschlossen. Ueber vier Jahre wurde er vom Dienst in der Kolonialabteilung ferngehalten. **Dabei erhielt er aber das volle Gehalt ausgezahlt,** es wurde ihm sogar innerhalb dieser vier Jahre eine **Gehaltserhöhung** zugebilligt."

Man sieht, der Schlammvulkan der Kolonialkorruption ist noch lange nicht entleert! —

Grenzsperre und Viehpreise. Die „Deutsche Fleischerzeitung" erfährt von zuverlässiger Seite, daß man im preußischen Landwirtschaftsministerium von der neuesten statistischen Aufstellung über Viehseuchen „sehr unangenehm überrascht" ist. Die unbequemen Zahlen wollen nämlich durchaus nicht den agrarischen Schwindel bestätigen, daß die Grenzsperren für Vieh nötig sind zur Gesunderhaltung des nationalen Viehs.

Die Arbeiten, die jetzt abgeschlossen wurden, haben ergeben, daß in diesem Jahre dreimal so viel Viehseuchen vorhanden waren wie im Vorjahr, während im ganzen Ausland kaum ein Drittel so viel Viehseuchen wie im Deutschen Reiche festgestellt werden. Der wahre Zweck der Grenzsperre besteht also nur darin, das Vieh zum Nutzen der Agrarier zu verteuern. Eine Gegenüberstellung der Großviehpreise von Paris und Mannheim zeigt, was das deutsche Publikum den Agrariern opfern muß. In Paris kosteten am 23. d. Mts. Ochsen 44 bis 78 Frank (d. i. 35,20 bis 62,40 Mark) pro 50 Kilo Fleischgewicht, in Mannheim dagegen am 27. d. Mts. 80 bis 90 Mark pro 50 Kilo Fleischgewicht. —

Die Trauben sind noch zu sauer! Das offiziöse Telegraphenbureau meldet: Der Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. von Schorlemer teilte den Kölner Mittagsblättern mit, daß er den „Düsseldorfer Neuesten Nachrichten" folgende Berichtigung gesandt habe: „Unter Bezugnahme auf die in der Nr. 190 Ihrer geschätzten Zeitung unter „Lokales" gebrachte Mitteilung erlaube ich mir ganz ergebenst zu bemerken, daß die Nachricht von meiner Berufung nach Berlin nicht zutreffend ist und daß damit auch die Vermutungen entfallen, welche diese Berufung mit der in Aussicht genommenen Nachfolge des Herrn Landwirtschaftsministers in Verbindung bringen."

Pod liegt einstweilen noch in Seelenruhe der Hühnerjagd ob — die Anwartschaft des Herrn v. Schorlemer auf seinen Posten wäre also noch etwas verfrüht gewesen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Die Aufwühlung der Kolonialkorruption verlangt schon eine Konzession an das Zentrum! —

Die Amnestie. Bürgerliche Blätter stöhnen: Wie wenigen Personen die vom Kaiser gewährte Amnestie zugute kommt, zeigt der Umstand, daß in dem bisherigen Landgerichtsbezirke Düsseldorf, dem nach Zahl der Strafsachen bedeutendsten der preußischen Monarchie, nur ein einziger Verurteilter dabei in Betracht kommt. Ebenso im Landgerichtsbezirke Elberfeld. —

Heimliches. Eine für das Zentrum sehr unangenehme Auseinandersetzung findet zurzeit zwischen den bayerischen Landtagsabgeordneten Bühl und Heim statt. Bühl veröffentlicht einen Brief, in dem ihm Dr. Heim anbietet:

„Wir sind bereit, Ihnen für die Zeit der Kammertagung für jede Reise 10 Mark Tagesdiät, Fuhrwerksvergütung gegen Vorlage der Quittung zu geben, wie es auch bei uns anderweitig gehalten wird, und Vergütung der Reise 2. Klasse, obwohl Sie freie Fahrt haben, als Entschädigung. Außerdem geben wir Ihnen für jeden neugegründeten Darlehnskassenverein 30 M. und für je 1000 neu gewonnene Mitglieder im Kreise Oberbayern 200 M. usw."

Bühl antwortete:

„Daß ich auf solche Anerbietungen, die mich zum gemästeten Menschen, ja sogar für die Liquidierung einer Eisenbahnfahrt zum Betrüger stempeln würden, niemals eingehe, darüber braucht es keiner weiteren Worte. Mich hat es aber außerordentlich überrascht, daß eine Genossenschaft, welche sich brüstet, dem christlichen Geiste zu dienen, derartige Anerbietungen zu machen wagt.

Die Folge dieses am 17. November 1905 abgesandten Briefes war die sofortige Entlassung Bühls aus dem Beamtenstabe der Ansbacher landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft, der Dr. Heim als Direktor vorsteht. —

Ausland.

Oesterreich.

Die Polizei als Streikbrechergarde. Aus Wien wird vom 30. August gemeldet: Wie die Blätter melden, kam es hier gestern abend zwischen aus Ungarn ankommenden neuaufgenommenen Arbeitern und Streikenden der Fabrik Endlinger zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Ankommenden wurden mit Steinwürfen empfangen, so daß die Wache einschreiten mußte. 27 Personen wurden verletzt, darunter eine schwer. —

Frankreich.

Soldatendemonstrationen.

Paris, 29. August. (Eig. Ber.)

Der Kriegsminister Etienne hat bekanntlich unlängst ein Rundschreiben gegen die antimilitaristische Propaganda in der Armee erlassen. Ob es wirksam sein wird, ist zu mindest zweifelhaft. Die bitteren Erfahrungen des Kasernen- und Manöverlebens reizen die Mannschaften immer wieder dazu auf, über den Zweck des Militarismus nachzudenken. Die republikanische Presse deckt jetzt freilich die kompromittierlichen Vorkommnisse des Armeelebens mit patriotischem Schweigen zu, und von den Tagesblättern ist es fast einzig die „Humanité", in der man eine gewissenhafte Chronik der unterschiedlichen Todesmärsche, militärgerichtlichen Brutalitäten und sinnlos schikanösen Drilldummheiten findet. So berichtet das sozialistische Blatt, daß allein beim 24. Kolonialregiment in Perpignan zwei Reservisten infolge Ueberanstrengung gestorben sind. In Angers, wo gleichfalls ein Todesmarsch vorgekommen ist, weigerten sich die militärischen Chefs hartnäckig, die Namen der Toten bekannt zu geben. In dieser Stadt stimmten 700 Reservisten, die man ganz ohne Grund zwei Stunden in der Kaserne zurückgehalten hatte, im Hof die „Internationale" an. In Perpignan fanden sich in einer sozialistischen Versammlung sehr viel Soldaten, darunter auch Unteroffiziere ein. Ein Soldat scheute sich auch nicht, das Wort zu ergreifen und in begeisterten Worten für die Ideale des internationalen Proletariats einzutreten. —

Sozialistische Interpellation über Soldatenmißhandlungen. Der sozialistische Deputierte de Pressensé hat dem Kriegsminister mitgeteilt, daß er ihn bei der Wiedereröffnung der Kammersession über die Behandlung der Soldaten in den Strafbataillonen interpellieren werde, da ihm als Präsidenten der Liga der Menschenrechte zahlreiche unglaubliche Fälle von Soldatenmißhandlungen zu Ohren gekommen seien. —

Italien.

Der Vorstand des sozialistischen Jugendbundes (Sitz Rom) veröffentlicht im „Avanti" ein Manifest, in dem er die italienische Jugend auffordert, an einer Demonstration teilzunehmen, die auf Sonntag, den 16. September festgesetzt ist. Sie soll einen antimilitaristischen Charakter haben, des weiteren also gegen die Reaktion überhaupt gerichtet sein.

Ein Kongreß der sozialistischen Frauen Italiens ist für den 6. Oktober nach Rom einberufen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: Die Agitation unter dem weiblichen Proletariat: a) in der Stadt, b) auf dem Lande; sozialistische Frauenzeitung; die Proletarierin in der Politik: a) Antiklerikalismus, b) Antimilitarismus, c) allgemeines Wahlrecht.

Spanien.

Vom Generalstreik zu Bilbao wird gemeldet: Madrid, 30. August. Eine strenge Zensur ist über die Telegramme aus Santander und Bilbao, wo der Ausstand erheblich zugenommen hat, verhängt worden. Aus allen benachbarten Provinzen sind Truppen zugezogen worden; die Militärbehörde hat energische Maßnahmen getroffen, um jede revolutionäre Bewegung zu unterdrücken. —

Handelsvertrag mit Frankreich. Aus San Sebastian wird vom 30. August berichtet: Der Finanzminister erklärte gestern nach einer Konferenz mit dem französischen Botschafter, daß die Handelsvertragsfrage tatsächlich gelöst sei; Cambon werde heute mit dem Entwurfe zum Handelsvertrage nach Paris abreisen. —

Balkan.

Türkei und Bulgarien. Aus Konstantinopel wird vom 30. August gemeldet: Da die Pforte sich durch die bulgarischen Manöver sowie durch die Truppensendungen nach den Punkten, wo sich letzthin Grenzzwischenfälle ereignet haben, beunruhigt fühlte, unternahm sie entsprechende Schritte in Sofia, verstärkte gleichfalls die Besatzung an den in Frage kommenden Punkten und befahl den Grenztruppen besondere Wachsamkeit an.

Amerika.

Ein Feldzug für die russische Revolution.

New York, 20. August. (Eig. Ber.)

Gregory Maxim hat seine Tour durch das Land beendet und hier auf einer für das jüdische Organ der Socialist Labor Party „Der Arbeiter" veranstalteten Festlichkeit sowie in einer vom „Russischen Bund" für den Zweck arrangierten Massenversammlung Abschied genommen, da er nach Rußland zurückkehren will. (Falls die Nachrichten über die letzten Vorgänge dort ihn dies nicht aufschieben lassen.) Er hatte schon gleich nach seiner Ankunft hier im Gegensatz zu Gorki eingesehen, daß nur auf die Hülfe des Proletariats, resp. des aufgeklärten Teils desselben zu rechnen sei, und danach gehandelt. Die für ihn arrangierten Versammlungen waren überall massenhaft besucht und hatten außergewöhnliche finanzielle Erfolge. In manchen wurden neben den reichlichen Geldspenden sogar Schmucksachen allerlei Art geopfert. Am Schlusse seiner in der Versammlung gehaltenen Rede sagte M.: „Eine Erkenntnis, die ich mit nach der Heimat nehme, ist, daß wir nicht nur eiserne Ketten zu brechen haben; mein Aufenthalt in Amerika überzeugte mich, daß wir auch goldene Ketten abschütteln müssen. Ich hoffe, daß sobald die amerikanische Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse den Krieg erklärt, sie die russische Arbeiterklasse auf ihrer Seite finden wird. Ich verlasse Euch mit dem Vorsatz, nicht nur gegen den politischen, sondern auch gegen den kapitalistischen Zarismus und für die soziale Revolution zu streiten." —

Der panamerikanische Kongreß.

Am 23. Juli wurde der panamerikanische Kongreß in Rio de Janeiro eröffnet; fünf Wochen lang dauerten die Beratungen der Vertreter der Republiken von Nord-, Zentral- und Südamerika. Welche Resultate gezeitigt worden sind, läßt sich nach den wenigen bisher eingelaufenen Nachrichten noch nicht genügend erkennen. Große Absichten wurden ihm unterschoben; dieser Kongreß sollte der Ausgangspunkt einer panamerikanischen Politik sein, die mit den Resten eines kolonialen Amerika endgültig aufräumen und dem politischen Machtzentrum Europa ein neues Amerika gegenüberstellen wollte. Möglich, daß in der Union von gewissen Politikern solche Pläne gehegt werden, zu ihrer Verwirklichung ist noch ein großer Schritt, denn die südamerikanischen Republiken blicken mit nicht geringer Besorgnis nach der großen Republik im Norden, den Vereinigten Staaten, deren übermächtiger Einfluß gefürchtet wird. Elihu Root, der Staatssekretär des Aeußeren in Washington, war selbst auf dem Kongreß und wurde mit Rio Branco, dem brasilianischen Minister, zum Ehrenpräsidenten ernannt. Die Reise Roots nach Rio de Janeiro wurde als Beweis dafür angesehen, welche Wichtigkeit die Vereinigten Staaten dem Kongreß beilegten.

Die Arbeiten des Kongresses wurden in elf Kommissionen erledigt, eine Spezialkommission hatte sich mit dem Bauprojekt einer panamerikanischen Eisenbahn zu beschäftigen. Ein kurzer Ueberblick über das, was jenen Kommissionen zur Durchberatung vorlag, läßt am besten das Tätigkeitsfeld des Kongresses erkennen.

Die erste Kommission sollte sich mit dem internationalen Sekretariat der amerikanischen Republiken beschäftigen und Pläne ausarbeiten, um eine gute Wirksamkeit dieser Institution zu sichern.

Die zweite Kommission hatte eine Erklärung vorzulegen, in der sich die Republiken Amerikas für das Prinzip der schiedsgerichtlichen Entscheidung bei Streitigkeiten untereinander aussprachen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß der nächste Friedenskongreß im Haag einer Generalschiedskonvention für alle Länder zustimmen werde. Diese Kommission hatte auch einen Antrag auszuarbeiten, in dem den amerikanischen Republiken empfohlen wird, den „Schiedsvertrag für pekuniäre Reklamationen", wie er auf dem Kongreß in Mexiko angenommen wurde, auf 5 Jahre zu verlängern.

Die dritte Kommission sollte einen Antrag für die zweite Haager Friedenskonferenz entwerfen, wonach diese die Frage prüfen solle, ob und wie weit die Anwendung von Gewalt zur Eintreibung öffentlicher Schulden zulässig sei.

Die vierte Kommission hatte sich mit dem Plane eines internationalen Gesetzbuches zu beschäftigen unter Zugrundelegung der Verträge, die 1889 in Montevideo geschlossen wurden betreffend Zivil-, Handels-, Kriminalrecht und Prozeßgesetze.

Die übrigen Kommissionen berieten Verkehrs-, Handels-, Sanitäts- und ähnliche Fragen.

Am Montag, den 27. August, wurde der Kongreß geschlossen.

Vom Militarismus. Für die amerikanische Marine werden wieder einmal durch große Plakate in allen Städten Leute gesucht. Leute von 17 bis 35 Jahren, denen 16—70 Dollar pro Monat mit Verköstigung, Tabak, Logis und Wäsche, alles frei, zugesichert werden. Trotzdem und trotz aller Reklame können nicht die gewünschten Leute in entsprechender Anzahl gefunden werden. Und diese Leutenot ist eine alte bekannte Erscheinung bei der Marine wie beim Militär überhaupt. Unser Parteiorgan in Philadelphia gibt dazu folgende interessante Erklärung:

Man mag den jungen Amerikanern so viel „Patriotismus" andressieren als man will und wenig ist es sicherlich nicht, soweit er die Preisgabe ihrer persönlichen Freiheit erfordert, ist er nicht hauttief. Diese kommt zuerst. Wie sich die junge Amerikanerin nicht dazu herbeiläßt, Dienstbote zu werden, auch wenn sie dadurch materiell besser gestellt ist als als Fabrik- oder Ladenarbeiterin, so will auch der junge Amerikaner nichts von einem Dienst wissen, bei welchem er als eine Maschine behandelt wird und den er nicht zu jeder Zeit aufgeben kann, wenn er will. Ihre persönliche Freiheit kommt zuerst, die Frage des Erwerbes erst nachher. Und das kann man nur löblich finden und hoffen, daß es stets dabei bleibt.

Dieses Unabhängigkeitsgefühl bildet eines der Hindernisse für den Imperialismus und Militarismus in diesem Lande. Man hat noch nicht das „Menschenmaterial" für diese Zwecke.

Was aber speziell den militärischen Dienst betrifft: man hat die Dienstzeit verkürzt, den Sold erhöht, aber man hat ihn dadurch nicht anziehender gemacht. Dabei hat so ein amerikanischer Soldat oder Matrose ein reines Herrenleben im Vergleich mit seinen europäischen Kollegen. Gehudelt darf er nicht werden, sonst läuft er weg; körperliche Mißhandlung, wie sie etwa den deutschen Vaterlandsverteidigern zuteil wird, ist absolut undenkbar und würde auf der Stelle mit der Lynchung des Mißhandlers enden; der Dienst ist nicht anstrengend und die Bezahlung ist fürstlich gegenüber derjenigen in Europa. Aber die persönliche Freiheit muß nun einmal dran gegeben werden und dazu entschließt sich der Amerikaner nur in der äußersten Not. Er geht daher auch lieber zum Landheer als zur Marine, weil das Ausreißen hier leichter möglich ist. Und bekanntlich kneifen jedes Jahr ungefähr 15 vom Hundert der Mannschaft aus.

Noch ein anderer Umstand kommt hier in Betracht: das Militär wird ungefähr so geachtet, wie in China. Ein Soldat oder Matrose in Uniform kann in einem Theater oder einem Hotel nur schwer Eingang finden. Man will ihn dort nicht haben. Erst dieser Tage sah sich das Marineministerium bemüßigt, Hotelbesitzern mit Prozessen zu drohen, weil sie Marinisten keinen Unterstand gaben. In Deutschland gereicht es allenfalls einem Mann, der sich um Arbeit bewirbt, zum Vorteil, wenn er „gedient" hat. Läßt aber hier ein Applikant um eine „Zivilstellung" verlauten, daß er Onkel Sams Brot gegessen habe, so wird er gewöhnlich finden, daß der Boß eigentlich die Stellung schon jemand anders versprochen hat und kann abziehen. Man will keine Exsoldaten haben. Man taxiert sie als Leute, die nicht viel wert sind. Sich vollends in die Brust dafür zu werfen, daß man — in Friedenszeiten — beim Militär gedient habe, das wird einer nach dem ersten Versuch bleiben lassen.

Kurz und gut: trotz krampfhaftester Bemühungen und verlockendster Angebote ist es nicht möglich, aus den 85 Millionen Menschen dieses Landes Hunderttausend für den militärischen Friedensdienst zu Wasser und zu Land aufzubringen. Daran scheitert vorläufig der Militarismus und es ist sehr zweifelhaft, ob eine noch höhere Bezahlung, die auch befürwortet wird, die gründliche Abneigung der Amerikaner gegen „Dienst", unbedingten Gehorsam, maschinenmäßige Disziplin usw. besiegen könnte. —

Westindien.

Die Revolution auf Kuba. Die Tagesmeldungen lauten:

Havanna, 29. August. Die Aufständischen stehen jetzt bereits bei **Santiago de las Vegas, 15 englische Meilen von Havanna** entfernt. Eine andere große Streitmacht der Aufständischen kann man von den Hügelgipfeln von Havanna aus sehen. Sollten die Aufständischen bei dem bevorstehenden Kampfe den Sieg erringen und Havanna einnehmen, so werden sie wahrscheinlich den General Mario Menocal zum Präsidenten ausrufen.

Die Regierungstruppen haben San Juan de Martinez verlassen, um zu versuchen, die Hauptmacht der Aufständischen unter Pino Guerra in einen Kampf zu verwickeln. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lochblech-Schlosser sind gestern morgen sämtlich in den **Streik** getreten. Es ist dies eine Spezialbranche von rund 140 Arbeitern, für die sechs Fachbetriebe in Frage kommen. Gefordert wird die einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch einen zweijährigen Tarifvertrag.

Die tägliche Arbeitszeit soll 9 Stunden betragen. Ueberstunden sind bis 9 Uhr abends mit 33⅓ Proz., von da an als Nachtarbeit — desgleichen Sonntagsarbeit — mit 50 Prozent Lohnaufschlag zu bezahlen. Als Mindestlohn werden pro Arbeitsstunde vereinbart: für Schlosser 50 Pf., im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 47½ Pf. Mindestlohn, für Locher 60 Pf., Anfänger erhalten im ersten Jahr 45 Pf., im zweiten Jahre 50 Pf. Mindestlohn, für Spanner 65 Pf., für Schnittmacher 65 Pf., im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit 50 Pf. Mindestlohn, für Hülfsarbeiter 42 Pf. Die zurzeit Beschäftigten müssen durch vorstehende Mindestlöhne eine Erhöhung ihrer bisherigen Löhne um mindestens 5 Pf. pro Stunde erhalten. Für Arbeiten außerhalb der Werkstatt wird eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde gezahlt. Bei Akkordarbeiten wird der Stundenlohn garantiert.

Die Forderungen wurden den Arbeitgebern am Montag vorgelegt mit dem Ersuchen, bis Mittwochabend den Werkstattkommissionen resp. der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes definitive Antwort zu geben. Da bestimmte Antworten bezw. eine Bewilligung der Forderungen nicht erfolgten, so legten sämtliche Schlosser usw. und Hülfsarbeiter in allen sechs Betrieben gestern morgen einmütig die Arbeit nieder. Verhandlungen sind bereits eingeleitet.

Tarifforderungen der Bautischler. Nachdem die Kündigung des Vertrages der Holzarbeiter kürzlich beschlossen worden ist, beschäftigen sich nunmehr die Arbeiter der verschiedenen Branchen der Holzindustrie mit der Beratung der Forderungen, welche bei der Neugestaltung des Vertrages erhoben werden sollen. Am Mittwoch nahm eine Vertrauensmännerversammlung der Bautischler die Vorschläge ihrer Kommission entgegen, welche dahin gehen, daß bei der Erneuerung des Vertrages folgende Forderungen aufgestellt werden sollen: Achtstündiger Arbeitstag, Erhöhung des Minimallohnes von 24 M. auf 30 M., bei einem Akkordverdienst von 35 M. soll die Abschlagzahlung 33 M. und bei einem solchen von 40 M. 36 M. betragen. Die Vertrauensmänner erklärten sich mit diesen Vorschlägen der Kommission einverstanden, jedoch wollen sie zunächst mit ihren Kollegen in den Werkstellen Rücksprache nehmen. Eine in nächster Woche stattfindende Branchenversammlung soll endgültigen Beschluß über den Vorschlag der Kommission fassen.

Die Holzbildhauer leiten gegenwärtig eine Bewegung ein zur Erringung des Achtstundentages. Am Mittwoch befaßten sich zwei öffentliche Branchenversammlungen mit der Angelegenheit. Es wurde daselbst ausgeführt, daß es jetzt angebracht erscheine, auf die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit energisch hinzuwirken. Seit 17 Jahren bestehe für den Beruf bereits die 8½stündige Arbeitszeit und während dieser ganzen Zeit ist für eine weitere Durchführung der Arbeitszeitverkürzung nichts geschehen. Nun hat sich seit einigen Jahren in Berlin eine mitunter recht hochgradige Arbeitslosigkeit fühlbar gemacht. So weist beispielsweise die Organisationsstatistik nach, daß im Jahre 1905 von rund 780 organisierten Holzbildhauern 467 arbeitslos waren, darunter ein erheblicher Teil von 5 bis zu 20 Wochen. Nicht mitgezählt sind hier die Unorganisierten, mit denen zusammen in Berlin zirka 1300 Holzbildhauer beschäftigt sind. Es kann deshalb als feststehend angenommen werden, daß allein im Vorjahre rund die Hälfte der Berliner Holzbildhauer unter teilweiser Arbeitslosigkeit zu leiden hatte. Dieser Zustand drängt geradezu zu einer Verkürzung der Arbeitszeit. Hinzu kommt noch die enorme Intensität der Arbeitsleistung, die kaum mehr steigerungsfähig ist und eine derartig hohe Krankheitsziffer zur Folge hat, daß die Branche der Holzbildhauer bereits an dritter Stelle derjenigen Berufe steht, welche den höchsten Prozentsatz an Lungenkranken aufweist. Beide Versammlungen waren sich denn auch darüber einig, daß diese Bewegung zur Einführung des Achtstundentages eingeleitet werden müsse, selbst wenn es dabei zu einem längeren Streik kommen sollte. Die Agitationskommission wurde deshalb beauftragt, die nötigen Vorbereitungen in dieser Richtung zu treffen. Die Forderung einer Lohnerhöhung soll mit dieser Bewegung nicht verbunden sein.

Von der Tarifbewegung der Kontobucharbeiter Berlins. Der Tarif dieser Branche der Buchbinderei läuft am 1. Oktober 1906 ab. Auf die den Prinzipalen, das heißt der „Vereinigung von Buchbindereibesitzern des Geschäftsbücherfaches", von der Tarifkommission der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen eingereichte Vorlage zu

einem neuen Tarif hat nun kürzlich jene Vereinigung geantwortet. Eine zum 29. August vom Deutschen Buchbinderverband nach dem „Englischen Garten" einberufene öffentliche Versammlung aller in den Geschäftsbücherfabriken Berlins beschäftigten Buchbinder, Liniierer und Buchbindereiarbeiterinnen nahm den Bericht darüber entgegen, den Berger erstattete. Die Unternehmer haben die Vorlage der Gehülfen und Arbeiterinnen mit einer Gegenvorlage beantwortet, die nach ihrer Angabe die äußersten Zugeständnisse enthalte. Eine vollkommene Durchberatung des eingereichten Akkordtarifs lehnen sie ab. Dagegen erklären sie sich bereit, bezüglich einer Anzahl von Arbeiten, die sie später noch genauer bestimmen würden, einen neuen, für alle Berliner Buchbindereien geltenden Akkordtarif im Verein mit dem Buchbinder-Verband aufstellen zu wollen. — Die Gegenaufstellung des Unternehmervereins rechnet nun mit einer Arbeitszeit von wöchentlich 54 Stunden, wie bisher, während 53 Stunden gefordert waren. Im Minimallohntarif wollten die Herren eine Skala für gelernte männliche Arbeiter bis zum 21. Jahr neu einführen. Bis zum vollendeten 19. Jahr sollen Ausgelernte 41 Pfennig pro Stunde und bis zum vollendeten 21. Lebensjahr dann 43 Pfennig pro Stunde an Minimallohn erhalten. Das ist eine Verschlechterung, denn der jetzt geltende Tarif sieht für männliche Arbeiter zwar für das erste Jahr nach dem Auslernen auch 41 Pfennig pro Stunde, dann aber gleich für jeden männlichen Arbeiter den Minimalstundenlohn von 46 Pfennig vor. Bei weiteren vierzehn Positionen, betreffend Stundenlöhne von Arbeitern und Arbeiterinnen, sind Lohnzulagen in nur fünf Fällen vorgesehen und zwar überall mit nur 2 Pfennig pro Stunde. Es sind dabei beteiligt: 1. die gelernten Arbeiter über 21 Jahren, 2. Presser, Vergolder, Marmorierer, Beschneider, 3. ungeübte Arbeiterinnen nach dem 12. Monat der Beschäftigung und geübte Arbeiterinnen (beim gleichen Lohnsatz), 4. die ungeübten Drahtheftterinnen an der Kontobuchheftmaschine, Paginiererinnen und Maschinenfalzerinnen in der Zeit vom ersten bis zum sechsten Monat, und 5. gleichartige Arbeiterinnen, wenn sie nicht ausschließlich mit solchen Arbeiten beschäftigt werden, im ersten Jahre. Also in den übrigen neun Fällen soll überhaupt keine Erhöhung der Minimalstundenlöhne erfolgen. — Für Arbeiterinnen unter 16 Jahren soll freie Vereinbarung gelten. Das ist eine Benachteiligung derselben gegenüber dem jetzigen Zustande, da nach dem bestehenden Tarif für diese Arbeiterinnen nur ein Monat als Probezeit galt und nur für diese Zeit Lohn nach Vereinbarung gezahlt wurde, während danach gleich staffelmäßige Tarifmindestlöhne in Kraft traten. Die Vorlage der Unternehmer öffnet der Ausbeutung der jugendlichen Arbeiterinnen Tor und Tür. — Eine Reihe von Forderungen sind garnicht beachtet worden. Zum Beispiel die, die Liniierer als Spezialarbeiter zu betrachten und ihnen entsprechend höhere Löhne zu geben, sowie auch die Forderung, daß den älteren Arbeitern, die den Minimallohn schon erreicht haben, ein zehnprozentiger Zuschlag gewährt werde. Die älteren Arbeiter würden auf diese Weise ganz leer ausgehen. Bei Montage will man nach dem Vorschlage der Arbeiter pro Stunde 10 Pf. Zuschlag zahlen. — Für Akkordarbeiten sollen entweder die im zweiten Teile des Minimaltarifs aufgestellten (das heißt noch aufzustellenden) Akkordlöhne oder die in den einzelnen Betrieben seither gezahlten Akkordlöhne, und für die in das Buchhändlerfach schlagenden Arbeiten die Sätze des allgemeinen deutschen Buchbindertarifs gelten. Und den ganzen unzulänglichen Tarif wollen die Geschäftsbücherfabrikanten auf fünf Jahre abgeschlossen haben.

In der sehr lebhaften Debatte wurde an dem Vorschlage der Unternehmer scharfe Kritik geübt. Die Versammelten gaben ihrer Meinung in folgender, einstimmig angenommenen Resolution Ausdruck:

„Die versammelten Kontobucharbeiter und -Arbeiterinnen nehmen Kenntnis von der Antwort der Fabrikanten auf die eingereichten Forderungen. Sie sprechen ihre Entrüstung über das außerordentlich geringe Entgegenkommen der Fabrikanten aus, welches außer einigen kaum nennenswerten Zugeständnissen sogar in einigen Punkten eine direkte Verschlechterung enthält. Die Versammelten lehnen es ab, dem ihnen vorgelegten Tarifentwurf der Fabrikanten ihre Zustimmung zu geben. Sie ziehen eine tarifloseZeit einem solchenVertrage vor. Um jedoch kein Mittel zu einer gütlichen Einigung unversucht zu lassen, wird die Tarifkommission beauftragt, mündliche Verhandlungen mit den Fabrikanten anzubahnen, und zwar auf Grund der gegenseitigen Vorschläge. Sollte auch dieses zu keinem annehmbaren Resultat führen, so behalten die Versammelten sich vor, weitere Schritte zur Durchführung der von ihnen aufgestellten und vertretenen Forderungen zu unternehmen."

Mit einem Hoch auf die Tarifbewegung schloß die Versammlung.

Zum Streik der Kohlenarbeiter.

Die Erklärung der Kohlenhändler über die Lage des Streiks, wie sie in bürgerlichen Blättern veröffentlicht worden ist, fand eine treffliche Abfertigung in der zahlreich wie immer besuchten Versammlung der Streikenden am Donnerstag vormittag. Werner erklärte, daß die Unternehmer die Oeffentlichkeit täuschen und belügen. Es muß betont werden, daß die Unternehmer 4,40 Mark nur für eine elfstündige Tagesarbeit zahlen wollen. Wenn die Akkordarbeiter einen besseren Lohn erzielen, so verdanken sie es ihrer großen körperlichen Anstrengung bei 12 bis 13 Stunden Arbeitszeit. Die Akkordarbeiter werden nicht alt; über eine gewisse Grenze hinaus verfallen ihre Kräfte schnell. In Wirklichkeit sind die Akkordlöhne schlechter wie die Tagelöhne. Wenn die Großhändler behaupten, daß „gleichartige" Arbeiter in Berlin nicht mehr verdienen, so ist dies unrichtig. Das Gegenteil ist der Fall; die Bretterträger auf den Holzplätzen erhalten 55 Pf. pro Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit; die ungelernten Bauarbeiter erhalten zu Anfang 47½ Pf., dann 50 Pf. pro Stunde. Für diese Löhne hat eine starke Organisation gesorgt, und die genannten Arbeiter schicken sich bereits an, höhere Löhne zu verlangen, während die Kohlenarbeiter erst kommen, um 45 Pf. pro Stunde zu erkämpfen.

Die Großhändler haben das Polizeipräsidium um **mehr Schutz für die Arbeitswilligen** ersucht. Das Ersuchen ist als Eingeständnis der Tatsache, daß sich nicht genug Arbeitswillige finden, interessant, aber es hat auch bereits schlimme Folgen gezeitigt. Das Vorgehen der Polizei ist sehr rigoros geworden, davon wissen alle Streikposten zu erzählen, z. B. am Wedding und am Mayhach-Ufer. Und viele Arbeitswillige nahmen eine bedrohliche Haltung gegen die Streikenden ein! Der Kutscher Schulze, der bei der Firma Rappow Streikbrecherdienste leistet, fiel mit einem Messer über den Streikposten Schmidt, Katzlerstr. 13, her und versetzte ihm zwei Stiche in die rechte Seite und einen Stich in das rechte Auge, als Schmidt ihn ruhig anredete, um ihn für die Sache der Streikenden zu gewinnen. Die Tat fand statt am kleinen Exerzierhaus am Tempelhofer Feld. Schmidt wurde nach seiner Wohnung gebracht, wo Nitschke vom Zentralverband den Tatbestand aufnehmen ließ.

Die Unternehmer betrachten die Polizisten nur noch als ihre Schutztruppe.

Die Firma Paul Dorf hat sich an den Gärtnerverein um Hülfe gewandt (weil Gärtner mit den schweren Schaufeln zu arbeiten verstehen), ist aber abschlägig beschieden worden. Der Vertreter Block von der Firma Louis Schulze, die sieben große Kohlenplätze besitzt, versucht, Uneinigkeit unter den Arbeitern zu stiften, er fährt umher und erzählt den Streikposten, daß an anderen Plätzen die Arbeit bereits aufgenommen sei. Bei der Firma Stevenson wird bitter geklagt über die langsame Arbeit der Streikbrecher. Auch die Wassertransporte bleiben liegen. Es kommen immer mehr mit Kohlen beladene Kähne an, die, da sie nicht ausgeladen werden können, pro Tag je 45 M. Liegegeld kosten. Die Anzeigen in Berliner Zeitungen haben den Händlern wenig genützt; jetzt werden außerhalb Berlins Kohlenarbeiter gesucht. Ueber die Einigkeit unter den Arbeitern wundern sich die Unternehmer am meisten. Bei einer Firma in Moabit wurde der Inspektor ins Kontor gerufen und gefragt, warum er nicht beizeiten einem Einverständnis unter den Arbeitern entgegengewirkt habe.

Der Mangel an Kohlenarbeitern zeigt sich auch darin recht deutlich, daß vom Asyl für Obdachlose 35 Mann, kraftlose Gestalten, nach Kohlenplätzen gebracht wurden. Wer hat übrigens die Asylisten zum Streikbruch veranlaßt? Das Werben von Streikbrechern findet anscheinend jede behördliche Unterstützung, während die Aufklärung der Arbeitswilligen von der Polizei unmöglich gemacht wird.

Zu der Bluttat eines arbeitswilligen Kohlenarbeiters meldet eine Korrespondenz noch:

Der schwerverletzte Kohlenkutscher Schmidt ist gestern von seiner Wohnung aus nach dem Speyerschen Krankenhaus in der Herbertstraße zu Schöneberg übergeführt worden. Der Täter Schulz befindet sich noch immer in Freiheit. Er behauptet, Schmidt habe ihn zuerst angefaßt, Augenzeugen bestreiten dies; ferner will er nicht mit einem Messer, sondern mit einem scharf zugespitzten Holzstück gestochen haben. Die Wunden des Verletzten weisen aber die Merkmale eines Messerstiches auf. Man hofft jetzt, daß Schmidt mit dem Leben davonkommt; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß ihm der Stich dicht unter dem rechten Auge die Seekraft raubt.

Tarifvertrag im Steinholzlegergewerbe.

Der Lohntarif der Steinholzleger Berlins und Umgegend ist von beiden Seiten, den Arbeitnehmern und Arbeitgebern, in ihren Versammlungen angenommen worden. Die Hauptpunkte desselben sind: Tägliche Arbeitszeit neun Stunden; Minimalstundenlohn für Leger 70 Pfennig; für Hülfsarbeiter sofort 58 Pfennig und vom 1. Januar 1907 ab 60 Pfennig; für Werkstättenarbeiter sofort 48 Pf. und vom 1. Januar 1907 ab 50 Pf. die Stunde. Landzulage für Verheiratete 2,50 M. pro Tag, Unverheiratete 2 M. Ueberstunden 25 Proz. Zuschlag, Sonntags- und Nachtarbeit 50 Proz. Hülfsarbeitern, welche selbständig Legerarbeit ausführen, ist auch der dafür angesetzte Lohn zu zahlen. Akkordarbeiten sind zu vermeiden; müssen solche ausgeführt werden, ist der Tagelohn sowie alle im Tarif festgesetzten Zuschläge zu sichern. Der Tarif tritt sofort in Kraft und hat bis 1. August 1907 Gültigkeit. — Beteiligt sind dabei neun Gesellschaften bezw. Werke, darunter die Leipziger Steinholzwerke, die zusammen etwas über 200 Arbeiter beschäftigen.

Auf dem Zentralviehhof herrschen viele Mißstände, über welche die Hülfsarbeiter und Viehtreiber Beschwerde führen. Die Arbeitszeit ist unerhört lang, oft zwei Tage und Nächte hintereinander, ohne die gewünschten Ruhepausen, dabei sind die Arbeiter allen Zufällen des Wetters preisgegeben. Die sogenannte Schutzhalle ist mangelhaft und unzureichend für die 300 Personen, denn nicht mehr wie 60 finden dort Platz; auch ist sie schmutzig und schlecht ventiliert. Die Aborte sind etwa 800 Meter von der Abladestelle entfernt (nach dem alten Tonnensystem gebaut), trotzdem soll sich der Viehtreiber nicht von seinem Vieh entfernen, auch seine Notdurft nicht innerhalb der Einzäunung verrichten, sonst muß er drei Mark Strafe zahlen. Die Beleuchtung bei der Nachtarbeit ist sehr schlecht. Die Gefahren bei dem Viehtransport sind groß und die Unfallstation ist sehr weit und wird auch schlecht versorgt. Es fehlt die telephonische Verbindung mit den Schlafräumen der Tierärzte, denn es ist notwendig, daß ein Transport sofort ausgeladen wird. Jetzt warten die Treiber und die Tiere oft zum Schaden beider recht lange auf die Ankunft der Aerzte. Noch viele andere Klagen wurden laut in einer Versammlung, die kürzlich von den Arbeitern abgehalten wurde. Diese sind jetzt zu der Einsicht gekommen, daß es notwendig ist, sich dem Verbande der Handels- und Transportarbeiter anzuschließen, wenn Abhülfe geschafft werden soll.

Deutsches Reich.

Der Streik der Königsberger Getreideträger und Speicherleute. Am Dienstagabend fand die erste Verhandlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern im Konferenzzimmer der Börse statt. Anwesend waren die Kommissionen der Kaufmannschaft sowie die Kommissionen der Getreideträger und Speicherleute, wie auch zwei Vertreter des Zentralverbandes der Hafenarbeiter Deutschlands, Genosse Schikorr-Danzig und der Leiter der dortigen Ortsverwaltung, Genosse Werner. Es kam zu keinem Resultat, da die Vorschläge der Kaufleute für die Arbeiter unannehmbare waren. Es wurde von seiten der Unternehmer verlangt, die Arbeiter sollten die Arbeit bedingungslos aufnehmen, dann würde man die Akkord- und Stundenlöhne so weit wie möglich erhöhen. Ein anderer Vorschlag der Unternehmer ging dahin: Sie wollten eine bestimmte Anzahl Getreideträger gegen festen Wochenlohn, resp. 6 M. pro Tag einstellen. Die Arbeiter lehnten dieses Anerbieten mit der Motivierung ab, daß dann ein großer Teil der Getreideträger nur in den Tagen der Hochkonjunktur Arbeit finden würde, im übrigen aber feiern könne. Als charakteristisch sei hier noch erwähnt, daß die Vertreter des Zentralverbandes zur Sitzung wohl zugelassen waren, daß man von ihnen aber das Versprechen einforderte, sich mit keinem Worte an den Verhandlungen zu beteiligen. Um des Friedens willen gaben die Verbandsfunktionäre die gewünschte Erklärung ab. Erst als man vor dem Augenblick stand, die Verhandlungen abzubrechen, und nachdem man den Verbandsleitern vorgeworfen, daß sie die Arbeiter in den Streik hineingehetzt, war einer der Kaufleute so „human", den Antrag zu stellen, daß nun einer der Vertreter des Verbandes ebenfalls das Wort erhalten solle. Genosse Schikorr verzichtete nun aber darauf. In Ludwigshof vor dem Königtor fand dann ebenfalls am Dienstagabend eine Versammlung der streikenden Getreideträger und Speicherleute statt, die von weit über tausend Personen besucht war, auch einige Seeleute waren erschienen, da Genosse Müller-Hamburg das Referat über die Bewegung in Königsberg und deren Bedeutung für die übrigen deutschen Hafenstädte übernommen hatte. Gegen 9½ Uhr kamen die Kommissionen zurück und teilten das Resultat der Verhandlungen in der Börse mit. Die Versammlung beschloß hierauf einstimmig, die Arbeit nicht aufzunehmen, sondern den Streik mit aller Kraft fortzusetzen. Die Lohnkommissionen erhielten den Auftrag, energische Versuche zu machen, die in den Speicherräumen tätigen Frauen ebenfalls für die Organisation zu gewinnen. Der Ausstand beginnt jetzt seine zweite Woche.

Stettin, 30. August. In der heutigen starkbesuchten Versammlung der streikenden Hafenarbeiter wurden folgende Mitteilungen gemacht: Es ist den Ausständigen wieder mehrfach gelungen, Arbeitswillige zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen. Heute sind mehrere Kontrolleure nach Berlin gefahren, um auf den dortigen Bahnhöfen Umschau nach Personen zu halten, die nach Stettin abreisen und Streikbrecherdienste verrichten wollen, um hier Aufklärung über den Lohnkampf zu geben. Die in Stettin vorhandenen Arbeitswilligen, die nicht auf der Bark „Weser" kampieren, sondern am Lande wohnen, werden per Droschke vom Quartiere abgeholt und ebenso zurückgebracht. Beim Ein- und Aussteigen ist stets Polizei zugegen. Die Interessen der Reeder werden vom Magistrat sorgsam gehütet. Zwar hat die städtische Behörde ihren früheren rigorosen Standpunkt aufgegeben, nach dem selbst den Stadtverordneten nicht erlaubt wurde, den Freihafen zu betreten, aber der Magistrat wagt noch immer nicht, Unparteilichkeit zu üben. So wurde unser Stadtverordneter und Reichstagsabgeordneter Herbert noch gestern durch einen besonderen Boten davon in Kenntnis gesetzt, daß er den Freihafen betreten dürfe, allerdings nur in Begleitung des Hafenbetriebsdirektors. Man stellt also die Vertreter der Bürgerschaft gewissermaßen unter Polizeiaufsicht. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wird unsere Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag stellen: „Die Versammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht, die gegenwärtig angeordnete Absperrung des Freihafens aufzuheben und den umgehinderten Verkehr in der bisher üblichen Weise freizugeben." — Weiter wurde in der Versammlung Bericht erstattet über den Streik in der Brikettfabrik von Stevenson. Die Streikenden werden sich gegenseitig im Kampfe unterstützen. Mit Spannung wurde die Meldung entgegengenommen, daß es unter der sich auf mehr als tausend Köpfe belaufenden Arbeiterschaft des Eisenwerkes „Kraft" in Kraywieck bei Stettin gewaltig gäre, so daß es dort leicht zu einem allgemeinen Ausstande kommen könne. Das Werk ist Eigentum des Fürsten Henckel von Donnersmarck. Die dortigen Hafenarbeiter haben sich geweigert, einen nach Stettin beorderten Erzdampfer zu bearbeiten. Sie ließen durch einen Vertreter in der Versammlung erklären, daß sie keinerlei Streikarbeit verrichten und somit Schiffe, deren Ladung für Stettin bestimmt sei, nicht löschen würden. Einstweilen würde man nur dann Schiffe entladen, wenn man Einblick in die Schiffspapiere erhalte, um in jedem Einzelfalle beurteilen zu können, ob Streikarbeit vorliege oder nicht. — In bezug auf den Streik bei Stevenson gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Streikenden verpflichten sich, sich gegenseitig zu unterstützen. Sollte der Hafenarbeiterstreik früher zu Ende gehen, so werden die Brikettarbeiter trotzdem weiter unterstützt, bis auch sie ihren Kampf beendet haben. Im umgekehrten Verhältnis werden die Brikettarbeiter ebenso verfahren. — Großen Beifall erntete ein Redner, der die strenge Kontrolle beim Import von Schlachtvieh in Parallele stellte zu der Einführung ausländischer Arbeitswilliger. Während man an den Grenzstationen das Schlachtvieh streng auf seine Gesundheit hin untersuche, um Ansteckungen des heimischen Viehes vorzubeugen, würden die Arbeitswilligen, auch wenn sie aus notorisch verseuchten Gegenden kämen, auf ihre Gesundheit gar nicht oder nur oberflächlich untersucht. Hierin liege entschieden eine Gefahr für die einheimischen Arbeiter. — Der Schutzverband der Reeder ist nun vom Gewerbegericht ebenfalls um eine Erklärung dahin angegangen worden, ob er willens sei, mit den Ausständigen vor dem Einigungsamt zu verhandeln. Die Antwort steht noch aus. Angeblich suchen die Reeder die Arbeitswilligen dadurch zu fesseln, daß sie die Entladung von Massengütern in Akkord vergeben, wodurch der Tagesverdienst fast doppelt so viel betrage als sonst. Diese Behauptung halten jedoch die Streikenden für Flunkerei.

Die Klavierarbeiter der Firma Gebr. Perzina, Schwerin i. M. befinden sich bereits seit 6 Wochen im Abwehrstreik, wozu sie von der Geschäftsleitung gedrängt wurden durch die durchaus unannehmbare und neu eingeführte Arbeitseinteilung und die damit verbundenen enormen Abzüge an den Akkordpreisen, welche bis über 30 Proz. gingen. Alle Anstrengungen der Firma, von hier und durch auswärtige Zeitungen Arbeitswillige heranzuziehen, waren bisher erfolglos. Mit Ausnahme von ein paar ungelernten Arbeitern, welche zum Teil die Fabrik wieder verließen, da sie den versprochenen Wochenverdienst nicht annähernd erreichen konnten, gelang es nicht, Arbeitswillige zu finden. Auch das Ersuchen bei den Kleinmeistern, für sie Arbeit fertigzustellen, wobei sich die Firma kontraktlich auf zwei Jahre verpflichten wollte, bei ihnen arbeiten zu lassen, auch Hobelbänke zu liefern, wurde von diesen zurückgewiesen. Die Streikenden gedenken bald den Sieg zu erlangen.

Versammlungen.

Zur Erklärung! Nach dem Bericht in Nr. 199 des „Vorwärts" hat es den Anschein, als wenn ich bei einer Einmischung Deutschlands in die russischen Angelegenheiten davor zurückschrecken würde, wenn der Massenstreik proklamiert oder die Aufforderung zur Gehorsamsverweigerung an die Soldaten ergeht. — Dem ist nicht so. —

Ich bin deshalb gegen den Antrag Friedenau aufgetreten, weil er gar nicht besagt, welche Mittel zur Verhinderung eines eventuellen Eingreifens Deutschlands anzuwenden sind. — Ich bin der Meinung, daß man den Parteivorstand überhaupt nicht vorher festlegen kann, das und das Mittel wird dann und dann angewandt. —

Da auch andere Länder in Frage kommen, vornehmlich natürlich Deutschland, so muß meiner Ansicht nach die Sache auch international geregelt werden. — Ich habe nun allerdings das Vertrauen vorläufig noch, daß das internationale sozialistische Bureau die notwendigen Schritte in diesem Moment veranlassen wird.

Auch der deutsche Parteivorstand darf und wie ich auch noch vertraue, den Anschluß dann nicht verpassen. Sollte aber wider Erwarten das Gegenteil der Fall sein, so wird die organisierte sozialistische deutsche Arbeiterschaft auch ohne einen solchen Beschluß das nötige tun, denn es handelt sich um ihre Ehre! —

Ich betonte in der Versammlung, „daß ich hoffe, daß es dann mit der Annahme bloßer Resolutionen vorbei sein wird"! —

Ich lege Wert darauf, dies zu erklären, da ich nicht zu den „Pflaumenweichen und Unbesonnenen" innerhalb unserer Partei gerechnet werde.

Emil Lüdke.

Erklärung. In dem Bericht der Kreis-Generalversammlung Teltow-Beeskow-Charlottenburg steht, daß ich besonders alle Parteimaßnahmen gegen die Lokalisten verwerfe. Demgegenüber erkläre ich: „Bezugnehmend auf den Antrag Charlottenburg, welcher den Ausschluß der Lokalisten aus der Partei verlangt, ebenso auf Aeußerungen der Genossen Zubeil und Katzenstein sagte ich ungefähr folgendes: In der „Freien Vereinigung der G. D." gab es schon früher und gibt es noch heute Gewerkschaften, welche Unterstützungseinrichtungen haben. Was uns trennt von den Verbänden, sind die obligatorischen Unterstützungen, die Allmachtsbefugnisse der Gewerkschaftsführer, die Ueberzentralisation, die Unselbständigkeit der örtlichen Organisationen und die Neutralitätsbestrebungen. Von der angeblichen Bevorzugung durch die Partei habe die „Freie Vereinigung" bisher nichts gemerkt; den „Vorwärts"-Redakteuren müsse man aber schon erlauben, am 1. Mai zu Parteigenossen sprechen zu dürfen. Meine übrigen Ausführungen betreffen die sechs Thesen über den Generalstreik und die Maifeier. Von Parteimaßnahmen gegen die Lokalisten habe ich also nicht gesprochen.

Paul Schäffer, Wilmersdorf.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Laptew seinen Verletzungen erlegen.

Petersburg, 30. August. (W. T. B.) Der russische Konsul in Tiensin, Laptew, gegen den ein Revolverattentat verübt wurde, ist seinen Verletzungen erlegen. Der Täter Lewinsky ist russischer Untertan und befindet sich in Haft. Lewinsky behauptet, er sei von Laptew beleidigt worden.

Mißglückter Befreiungsversuch.

Saratow, 30. August. (W. T. B.) Im Dorfe Iwanowka sammelten sich bei der Verhaftung zweier Personen durch die Polizei einige Bauern, mit Knüppeln bewaffnet, an, um die Festgenommenen zu befreien. Die Polizisten gaben Schüsse ab, durch die eine Anzahl Personen getötet, beziehungsweise verwundet wurden. Militär stellte die Ruhe wieder her.

Verantw. Redakt.: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Inserate verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die russische Revolution.

Die Reaktion an der Arbeit.

Ein kaiserlicher Ukas verlängert die Wirkung der bestehenden Gesetze betreffend den Schutz der öffentlichen Sicherheit und den verstärkten außerordentlichen Schutz auf die Dauer eines Jahres, meldet der Telegraph aus Petersburg. In ehrlichem Deutsch heißt das, die Leute, die zurzeit die Macht in Rußland besitzen und die sich Regierung nennen, werden den Krieg gegen das russische Volk noch solange fortsetzen, als sie vermögen.

Der „Russ. Kurier“ berichtet von einem heftigen Kampfe am Zarenhofe zwischen den liberal frisierten Reaktionären, die der Ministerpräsident vertritt, und den Ultrareaktionären, die die Mehrheit der Hofgesellschaft bilden und die den Zaren zu neuen Gewaltmaßregeln scharf zu machen suchen und sich allen „liberalen“ Konzessionen widersetzen.

Wie die „liberalen Konzessionen“ aussehen würden, die dieses Ministerium bringen könnte, zeigt die gleichzeitige Meldung des „Russ. Kurier“, daß auf Veranlassung des Ministerpräsidenten Stolypin alle Gouverneure dringend aufgefordert worden sind, spätestens am 14. September Verzeichnisse solcher Personen einzureichen, auf die man in der neuen Reichsduma rechnen könnte, so daß die Regierungskommissare rechtzeitig für ihre Wahl agitieren können.

Indes hüllt sich diese Regierung eifrig in den Mantel konstitutionellen Scheins. So wird gemeldet:

Petersburg, 29. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Ministerrat hat beschlossen, daß die Ministerien und die verschiedenen Departements ihre Etats der Duma und dem Reichsrat zum 5. März 1907, der Finanzminister zu demselben Termin auch das Staatsbudget vorlegen sollen. Bis zur Bewilligung des neuen Budgets soll dasjenige für 1906 Geltung behalten. Den verschiedenen Departements werden provisorische Kredite angewiesen werden.

Ein kaiserlicher Ukas bevollmächtigt den Finanzminister, zur Deckung der Ausgaben für die Unterstützung der von Mißernte betroffenen Bezirke vierprozentige Rente im nominalen Betrage von fünfzig Millionen Rubel auszugeben.

Der letztere Akt nimmt sich sehr gut aus angesichts der vielen Meldungen, daß die Regierung der freiwilligen Hülfsaktion und der der Semstwos die mannigfachsten Schwierigkeiten in den Weg legt. Die Bureaukratie ist als Helferin bei Notständen in Rußland sehr schlecht angeschrieben wegen ihrer klebrigen Hände.

Das Regime Stolypin scheint sich auch des beliebten Mittels der russischen Regierungen: der Judenschlächterei bedienen zu wollen. Aus Petersburg wird dem „R. Kur.“ gemeldet: Seit einigen Tagen findet eine Massenflucht der Juden aus Kischinew statt, da der berüchtigte Antisemit Kruschewan unter stillschweigender Billigung der Behörden schriftlich und mündlich eine judenfeindliche Agitation in großem Umfange betreibt.

Polen bekommt neue Kosaken. Auf dringendes Ersuchen des Warschauer Generalgouverneurs, General Skalon, werden sechs Sotnien Uralischer Kosaken zur Unterstützung der Warschauer Polizei nach dorthin abkommandiert; der Warschauer Stadtverwaltung ist befohlen worden, für die beste Unterkunft dieser Kosaken Sorge zu tragen.

Ueber die Stadt Stawropol sowie über die Bezirke Stawropol, Blagodarnoje und Medweschenskoje des Gouvernements Stawropol ist der Zustand des außerordentlichen Schutzes auf sechs Monate über die übrigen Bezirke des Gouvernements auf ein Jahr verhängt worden.

Ein neuer Helfer für russische Anleihen.

Russische Genossen machen uns auf folgendes aufmerksam:

Gegenwärtig wird unzählige Male die Möglichkeit neuer russischer Anleihen offiziös dementiert. Solche Dementis tauchen aber gewöhnlich vor der tatsächlichen Aufnahme neuer Anleihen auf. Wie der Petersburger Korrespondent der „Voss. Ztg.“ mitteilt, hat ihm Finanzminister Kolowzow wörtlich gesagt: „Ich werde mich an das Ausland unter keinen Umständen mit neuen Geldforderungen wenden. Sollten jedoch ausländische Bankiers mit solchen Vorschlägen an mich herantreten, so werde ich die Herren natürlich gern anhören.“ Diese außerordentlich zweideutige Erklärung läßt die Möglichkeit neuer Anleihen tatsächlich zu.

Kürzlich meldeten die Zeitungen, der Vorsitzende des Hülfsvereins der deutschen Juden, Dr. Nathan, wäre am 19. August von Stolypin empfangen worden und am 24. August hätte eine zweite Unterredung zwischen ihm und Dr. Nathan stattgefunden. Dem „Berl. Tagebl.“ wird berichtet, daß die Bedeutung dieser Unterredungen sehr hoch angeschlagen ist, indem man von Stolypin Erleichterungen für die Lage der russischen Juden erwarten könne.

Offenbar wünscht Dr. Nathan den russischen Juden zu helfen, er hat sich aber an die verfehlte Adresse gewandt, er will den Bock zum Gärtner machen. Der russischen Regierung hat es nie an schönen Versprechungen gefehlt; der Dumavernichter Stolypin pflegt sich besonders gern in „Liberalismus“ zu drapieren. Sein Zweck ist aber zur Genüge bekannt: die russische Regierung will Westeuropa imponieren, um Geld zu bekommen. Kokowzow „wird die ausländischen Bankiers gern anhören“. Die Bankiers aber übernehmen bereitwillig neue russische Anleihen, wenn die Masse des Publikums, das Papiere kauft, für die russischen Werte günstig gestimmt ist. Die Intimität zwischen Stolypin und Dr. Nathan wird gerade auf das westeuropäische Publikum in einem für den zarischen Finanzminister günstigen Sinne einwirken. Durch Dr. Nathans Entgegenkommen wird Stolypins Pseudoliberalismus sanktioniert, er wird Vertrauen zu ihm erwecken. Stolypins Liebäugeln mit Nathan hat den einen Zweck: Geld pumpen. Dr. Nathan will den russischen Juden helfen, er trägt aber seinerseits dazu bei, daß die russische Regierung neues Geld bekommt, um Judenmassakres inszenieren zu können. Dr. Nathans Verhalten ist gelinde gesagt höchst gefährlich. Es ist gegen solche Intimität mit der Pogromregierung zu protestieren, da sie tatsächlich neue russische Anleihen erleichtern kann.

Die Sozialisten-Revolutionäre und das Attentat auf Stolypin.

Petersburg, 30. August. (W. T. B.) **Das Zentralkomitee der sozial-revolutionären Partei erklärt offiziell, daß die Partei an dem jüngsten Anschlag auf den Ministerpräsidenten Stolypin unbeteiligt sei.**

Von der russischen Sozialdemokratie.

Aus Petersburg wird uns von unserem M.-Korrespondenten geschrieben:

Der Aufschwung der Reaktion macht sich hauptsächlich der Sozialdemokratie fühlbar, ihre Organisationen erleiden unerhörte Verfolgungen. Aufs neue hat die illegale „Keller“-Arbeit begonnen. Die Verluste der Partei sind so groß, daß die aus vielen Städten an das Zentralkomitee gerichteten Bitten, Arbeiter zu schicken, nur sehr ungenügend und häufig gar nicht befriedigt werden können.

Ein wichtiges Ereignis im Leben der russischen Sozialdemokratie ist der in allerletzter Zeit zustande gekommene Zutritt der lettischen Sozialdemokraten zur Partei. Die Vereinigung wurde auf Grund der auf dem Einigungskongreß der Sozialdemokratie angenommenen Resolution vollzogen.

Ob auch der „Bund“ beitreten wird, ist noch unbekannt. In dieser Frage wird der nächste Kongreß der Bundesorganisationen die Entscheidung fällen, der noch nicht einberufen ist.

In den letzten Tagen haben die sozialdemokratischen Organisationen ein Informationsbureau aus Vertretern ihrer Zentralorgane gebildet. Das Bureau soll in außerordentlichen Fällen (bei Massenaktionen) nach Befragung der Parteiorgane, die es vertritt, schnell die Rolle eines leitenden Zentrums übernehmen können.

Das Zentralkomitee des Jüdischen Arbeiterbundes

hat anläßlich der Duma-Auflösung in 50 000 Exemplaren (in russischer, jüdischer und polnischer Sprache) einen Aufruf erlassen, der die Konsequenzen zieht, die aus der Auflösung sich für die weitere Entwickelung der Revolution ergeben. Die innere Ursache der Ohnmacht der Duma liegt darin, daß die wirkliche Macht nicht in den Händen des Volkes, sondern in den Händen des Zarismus war; die Auflösung der Duma war nur der krasseste Beweis für diese Tatsache. „Ihr Bürger Rußlands, die ihr bisher geglaubt habt, daß die Duma euch von der unerträglichen Qual eures Lebens erlösen werde, habt ihr nun endlich jetzt verstanden, daß keine Duma euch Befreiung bringen kann, solange das Volk nicht die Macht erobert hat? Ihr alle, die ihr behauptet habt, die Selbstherrschaft würde nicht den traurigen Mut haben, den Volksvertretern zu trotzen, seht ihr jetzt, daß sie alles wagt und alles tun wird, was sie will? Habt ihr jetzt verstanden, wie recht die Vertreter des Proletariats hatten, als sie sagten: Man kann nicht die Macht des Volkes mit der Macht des Zaren versöhnen? — das Volk oder der Zar! Nur dann werden wir ein neues, ein freies Rußland sehen, wenn nur das Volk selbst das Land regieren wird, wenn die Macht in den Händen des Volkes sein wird. . . . Aber um diese Macht zu erobern, muß es selbst zur Macht werden. Der Schlüssel zu seiner Macht liegt aber in der Organisation, in dem klaren Bewußtsein, in der Bereitschaft, für die gemeinschaftliche Sache Gut und Blut einzusetzen. Diese Volksmacht reift schon, sie wird sich erheben, um auf die neuen frechen Anschläge der Selbstherrschaft zu antworten. Niemand weiß, ob die Tage eines neuen Ausbruches der Revolution nicht schon vor der Türe stehen. Seid deshalb zur entscheidenden Schlacht bereit, sie darf nicht unerwartet über euch hereinbrechen, nein — in geschlossenen Reihen müssen die Bataillone der Revolution an die Schwelle des neuen Lebens treten. Der Weg dahin geht über die Trümmer der Selbstherrschaft. Die konstituierende Versammlung wird das neue Rußland schaffen — ein Rußland ohne Metzeleien, ohne Galgen, ohne Kaiser. Denn die Macht wird in den Händen des Volkes sein.

Regierungsmethoden in Russisch-Polen.

„Rußk. Slowo“ meldet: „Nach dem Attentat auf Generalgouverneur Skalon in Warschau wollten die Soldaten das ganze Haus, aus dem die Bomben geworfen waren, beschießen, es erwies sich aber, daß fast alle Wohnungen von Offizieren und Beamten des Kriegsministeriums besetzt sind; dadurch wurde die Beschießung verhindert. Gleichzeitig drängt die offiziöse Presse zu einer Verschärfung der Repressivmaßregeln. Das Regierungsorgan „Rossija“ schreibt, daß die Militärbehörden nach dem Reglement über den Kriegszustand eigentlich das Recht hätten, Privateigentum zu sequestrieren, falls es für verbrecherische Zwecke benutzt wird. Was hier in Aussicht gestellt wird, ist die Haftpflicht der Hausbesitzer für die Mieter, der Gemeinden für ihre Mitglieder, der Städte für ihre Einwohner (was während der Straferpeditionen schon bisweilen durchgeführt worden ist). Bei solchen Umständen ist das vom „Rußkoje Slowo“ verzeichnete und von der deutschen Presse schon wiedergegebene Gerücht, es bestehe die Absicht, Geiseln aus der polnischen Gesellschaft zu entnehmen und sie bei politischen Verbrechen zu bestrafen, nichts Unmögliches.

„Towarisch“ (23. August) führt einige Beispiele davon an, was in Warschau von Behörden und Militär geschieht:

In der Nacht vom 17. auf den 18. August ging ruhig um 8 Uhr abends ein alter Mann auf der Smoczastraße; ein Soldat feuerte — der Mann wurde getötet! Die Einwohner des benachbarten Hauses blickten zu den Fenstern hinaus, um zu sehen, was geschehen war; der Soldat feuerte auf die Fenster, eine gewisse Marianne Chabowska wurde schwer verletzt. Um 9 Uhr abends bemerkte die Patrouille in der Straße Nowalipki, daß zwei junge Männer auf einem Balkon saßen und feuerte; die jungen Leute retteten sich ins Haus; die Soldaten drangen ins Haus, stürzten in die Wohnung, zerschlugen das Mobiliar, ergriffen die zwei jungen Leute und prügelten sie so erbarmungslos durch, daß beide schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht wurden. Um 10 Uhr abends feuerten Soldaten auf den durch ein Fenster hinaussehenden Zabrzycki und verwundeten ihn. Es sind dies nur vereinzelte Beispiele . . . Die Verhafteten werden in den Polizeirevieren so unmenschlich geschlagen, daß einige infolge der erlittenen Schläge gestorben sind.

Wenn die Soldaten nach den Attentaten die Straßen entlang aufs Geradewohl schießen, so werden nicht nur Frauen und Kinder, sondern auch Offiziere, die aus Port Arthur zurückgekommen sind, dabei getroffen.

Das bürgerlich-radikale Blatt „Oko“ (22. August) druckt als Kuriosum den Brief eines regierungsfreundlichen Russen aus Warschau ab, der die Machtlosigkeit der Behörden schildert; die revolutionären Organisationen sind eigentlich die Herrscher, ihnen gehorcht die Bevölkerung. Der reaktionäre Briefschreiber dringt auf eine noch größere Verschärfung der Repressivmaßregeln: „ein Murowjew, wie in Wilna, ist nötig“.

300 000 Bajonette sind in Polen versammelt und genügen nicht, um die Macht der Regierung aufrechtzuerhalten! Der ganze, 40 Jahre lang ausgebildete Regierungsapparat ist da, und er erweist sich als wirkungslos. Es bleibt nur noch eines übrig: die Häuser zu zerstören, wie es im Kaukasus getan wurde. Alles andere ist erprobt worden und ohne Ergebnis.

Eine neue reaktionäre Partei.

Petersburg, 30. August. Eine neue große nationalkonservative Partei mit antisemitischer Färbung ist hier unter Leitung Solojews, des Herausgebers des „Golos Prawdin“, gegründet worden. Die Hauptzentren der Partei sind Petersburg, Moskau und die Grenzgebiete.

Petersburg, 30. August. Es hat sich eine neue nationale Partei gebildet, die nach ihrem Programm eine Mittelstellung zwischen dem Zentrum und der Rechten einnimmt und die gesetzgeberischen Rechte der Volksvertretung anerkennt. Sie verwirft die Gleichberechtigung der Nationalitäten und fordert die Einschränkung der politischen Rechte der Juden und die Ersetzung der Wehrpflicht der Juden durch eine besondere Steuer.

Die Opfer des Attentats auf Stolypin.

Petersburg, 30. August. Von den beim Attentat ums Leben Gekommenen wurden nunmehr auch die Fürstin Katazucene sowie die Edelfrau Jvtomin und ihr achtjähriger Sohn agnosziert.

Die Unsicherheit des Verkehrs.

Petersburg, 30. August. Auf den Moskauer-Petersburger Schnellzug ist ein Attentat geplant worden. Ein zufällig revidierender Beamter fand in der Nähe von Moskau unter den Schienen versteckt eine stark geladene Dynamitpatrone.

Eine Falschmeldung.

Kürzlich wurde die Meldung verbreitet, es seien russische Kursistinnen in Kronstadt in verrufene Häuser als Prostituierte eingetreten, um unter den diese Häuser besuchenden Matrosen und Soldaten revolutionäre Propaganda zu treiben. Wir werden von russischen Genossen verschiedener Parteirichtungen dringend ersucht, die Erklärung abzugeben, daß diese Meldung unzutreffend ist, indem eine solche Handlungsweise den Ideen der revolutionären Parteien vollständig widerspricht und geradezu unmöglich ist. Die aus Petersburg ankommenden Personen bestätigen, daß die angeführte Meldung ganz unbegründet ist.

Welche Gefahren bringt die Zigaretten-Banderolensteuer dem Zigaretten rauchenden Publikum und den Arbeitern dieser Industrie.

Die Folgen der Banderolensteuer, welche von den berufenen Vertretern der Tabakarbeiter Deutschlands im Reichstage, auf dem im Januar d. J. in Berlin stattgefundenen Kongreß der Tabakarbeiter, wie auch in sämtlichen Flugblättern der Zentral- und Lokalkommissionen und in allen Arbeiter-Protestversammlungen vorausgesagt wurden, sind schon jetzt im vollsten Maße eingetroffen. Schon in betreff der Arbeitslosigkeit.

Es sind nach Angaben des Verbandssyndikus der deutschen Zigarettenindustrie in Dresden allein zirka 4000, das heißt zirka **50 Proz. aller dort beschäftigten Arbeitnehmer** dieser Branche entlassen. Aus anderen Orten, in denen sich Zigarettenindustrie befindet, liegen uns ähnliche Nachrichten vor. Nur in Berlin ist es den Arbeitern kraft ihrer straffen Organisation bis jetzt möglich gewesen, Massenentlassungen zu verhindern, dafür arbeitet man **in den meisten Fabriken nur halbe Tage.** Daß die Entlassungen in Berlin nicht so in Masse stattgefunden haben, ist darauf zurück zu führen, daß die Organisation die Arbeiter und Arbeiterinnen zu bewegen verstand, längeres Arbeiten in der Fabrik, Haus- und Nachtarbeit, wie jegliche Ueberarbeit strikte abzulehnen, um dadurch Konsumtion und Produktion möglichst in Einklang zu bringen. Auch versuchen Fabrikanten, die vorausgesagte Mehreinführung von Maschinen plötzlich vorzunehmen, um damit Zigaretten herzustellen, welche bis jetzt mit der Hand verfertigt wurden. Das ist unreeller Wettbewerb. Da diese Fabrikanten den Konsumenten in ihren Anpreisungen nicht sagen, daß diese Zigaretten jetzt mit der Maschine hergestellt werden, den Raucher vielmehr in dem Glauben lassen, daß er nach wie vor Handarbeit, welcher der Vorzug gegeben wird, erhält.

Nach uns gewordenen Mitteilungen vermischt man sogar Hand- mit Maschinenarbeit, um sie dann als reine Handarbeit in den Handel zu bringen. Sollten doch schon bei einer größeren Berliner Zigarettenfirma vorläufig 40—60 Arbeiter infolge einer jetzt aufgestellten Zigarettenmaschine entlassen werden, was jedoch durch Vorstelligwerden seitens der Organisationsvertreter rückgängig gemacht wurde. Durch die Einführung einer Maschine neueren Systems, zu deren Bedienung 3 Personen gehören, werden 80—90 Arbeiter brotlos, und diese Zigaretten-Massenproduktion soll als „Handarbeit“ auf den Markt geworfen werden.

Bei einer anderen Firma wurde angekündigt, daß die Arbeiter aussetzen sollten. Dieses wurde in einer Versammlung bekanntgegeben. An Stelle des Aussetzens trat plötzlich die Verlängerung der Arbeitszeit um täglich $1^1/_2$ Stunden. Kommentar überflüssig.

Um vorzubeugen haben die Zigarettenarbeiter im eigenen wie im Interesse der Raucher alle Ursache, gegen diese unlauteren Manipulationen Sturm zu laufen. Es haben bereits in Dresden und Berlin zu diesem Zweck Tabakarbeiterversammlungen stattgefunden, in welchen folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Insbesondere verpflichtet sie den Vertrauensmann der Tabakarbeiter: 1. Die Einführung von Maschinenarbeit in der Zigarettenindustrie, soweit dieselbe Marken betrifft, welche bisher mit der Hand hergestellt wurden, sorgfältig zu beobachten, um durch Veröffentlichung des einschlägigen Materials die schädliche Wirkung der Banderolensteuer der Oeffentlichkeit vor Augen zu führen. 2. Alle Unternehmer, welche derartige Maschinenprodukte als Handarbeit in den Handel bringen, durch die Tages- und Fachpresse den Händlern und Konsumenten bekanntzugeben. — Gleichzeitig fordern die Versammelten alle Kollegen und Kolleginnen derjenigen Orte, an welchen sich Zigarettenfabrikation befindet, auf, durch die Vertrauenspersonen, Bevollmächtigten, Gauleiter usw. ebenfalls alles auf die oben bezeichneten Vorgänge bezügliche Material zu sammeln, um dieses durch die berufene Vertretung der Tabakarbeiter der gesamten Fach- und Tagespresse Deutschlands zu übermitteln. Ferner in geeigneter Weise (mit Hülfe der Gewerkschaftskartelle usw.) durch aufklärende Flugblätter jeden unlauteren Wettbewerb und alle die Arbeiterschaft schädigenden Wirkungen vorbenannter Maßnahmen zu bekämpfen.“

In Berlin wurde noch folgender Zusatzantrag angenommen:

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands ist verpflichtet, alles in vorstehender Resolution Gesagte in jeder Weise zur Durchführung zu bringen.

Tabakarbeiter Deutschlands! Wir richten an Euch den energischen Appell, und namentlich angesichts des herrschenden Hungers und Elends nicht lässig zu sein, und uns in diesem gerechten Kampfe in weitgehendstem Maße zu unterstützen. Wir fordern Euch auf, alles auf die Punkte 1 und 2 der Resolution bezügliche Material zu sammeln und dasselbe vor der Veröffentlichung Eurerseits der Zentralkommission zur Einsicht einzusenden. Letztgesagtes gilt nicht nur für die Kollegen der Zigarettenindustrie, sondern für die gesamte Tabakarbeiterschaft, da sich, wie vorausgesagt wurde, jetzt schon die Ausdehnung der Banderolensteuer auf die Zigarrenbranche bemerkbar macht.

Hierzu ein Beispiel: Erklärte doch schon der preußische Finanzminister die Auffassung der Altonaer Steuerdirektion für berechtigt, daß Zigarillos, die mit Einlage bis zu zwei Millimeter Schnittbreite, trotz Tabakumblatt und Tabakdeckblatt, gearbeitet werden, banderolensteuerpflichtig sind.

Die Regierung sowohl wie die herrschende Klasse geht Schritt für Schritt weiter. So hat der nationalliberale Abg. Westermann im Reichstage sich schon vor der Volleinführung der Banderolensteuer, für eine neue Besteuerung des Tabaks erklärt. Der antisemitische Abg. Lattmann hat vor kurzem in Kassel bestritten, daß Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen die Folge der Banderolensteuer wären. Und **dieses trotz der oben angeführten Tatsachen. Was sagt Ihr**

auf der Straße arbeitslos liegenden hungernden Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen dazu? Aehnliche Krächzereien von Sturmvögeln der Reaktion könnten wir noch mehr anführen.

Kollegen! Der Militärmoloch verlangt schon wieder neue Mittel, das heißt neue Steuern. Darum haltet die Augen offen, denkt an 1879, als mit einem Schlage 15 000 Tabakarbeiter brotlos wurden und die Reaktion ungeachtet dessen schon ein Jahr später den Reichstag mit neuen Steuerplänen und Monopolgelüsten beschäftigte. Die Situation von heute gleicht genau der damaligen. Vergessen wir nie, daß das Endziel der Regierung wie der Reaktion „Tabakmonopol" heißt.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.
J. A.: Wilhelm Börner, Berlin S. 42, Ritterstr. 15.

Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Abdruck ersucht.

Aus der Partei.

Die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg

findet statt am

Sonntag, den 2. September 1906, mittags 12 Uhr,
zu Berlin im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Die Tagesordnung lautet:

1. **Bericht der Agitationskommission.**
2. **Das Organisationsstatut für die Provinz Brandenburg.** Referent: W. Freythaler.
3. **Die kommenden Reichstagswahlen.** Referent: Arthur Stadthagen.
4. **Anträge.**

Der Einberufer: H. Schubert, Berlin, Hornstr. 2.

Zum Parteitag.

Eine Berichtigung ist an den vom Parteivorstand veröffentlichten Anträgen vorzunehmen. Der Antrag 119 ist nicht von Berlin II gestellt, sondern von drei Mitgliedern aus Berlin III.

Die württembergische Sozialdemokratie hält ihren diesjährigen Landesparteitag am Sonntag, den 14. Oktober, in Stuttgart ab. Er hat in diesem Jahre besondere Bedeutung, da im Dezember bereits die Neuwahlen zum Landtag unter den veränderten Verhältnissen stattfinden, die durch die Annahme der württembergischen Verfassungsrevision geschaffen sind. Auf der Tagesordnung stehen daher auch, abgesehen von dem geschäftlichen Teil (Verwaltungs- und Kassenbericht des Landesvorstandes 2c.), vor allem zwei Referate 1. Die Tätigkeit der Landtagsfraktion, Referent Landtagsabgeordneter W. Keil und 2. Die bevorstehenden Landtagswahlen, Referent Landtagsabgeordneter K. Hildenbrand.

Auf diesem Landesparteitag sollen die letzten öffentlichen Vorbereitungen zu dem bevorstehenden Wahlkampf getroffen werden. Vorausgegangen ist dem Landesparteitag bereits am 4. August eine vertrauliche Zusammenkunft von Vertrauenspersonen aus dem ganzen Land, in welcher die Kandidaturen für alle Kreise nominiert und das Wahlprogramm durchberaten wurde.

Zum Bericht über die Generalversammlung des Zentralwahlvereins für Potsdam-Spandau-Osthavelland geht uns folgende Richtigstellung zu:

Der zweite Absatz des gestrigen Berichts über mein Referat betreffend den Parteitag gibt in seinem zweiten Teil meinen Gedankengang sehr wenig korrekt wieder. Insbesondere habe ich nicht von einer seit Bremen entwickelten Krise gesprochen, ebensowenig Rußland schlechthin als ein Menetekel bezeichnet, auch nicht wörtlich oder dem Sinne nach die Sätze ausgesprochen: „Daß in der Arbeiterbewegung die politische Partei in erster Linie stehe, sei durch ihre sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben bedingt. Das schließe ein gemeinsames Arbeiten mit den Gewerkschaften nicht aus". Vielmehr gingen meine Ausführungen dahin, daß ich persönlich die politische Partei allerdings wegen ihrer umfassenderen und weiter ausschauenden Ziele bei aller Wertung der eminent wichtigen und durchaus unentbehrlichen Gewerkschaften an die Spitze stelle, und meine, die Parteitagsbeschlüsse sollten auch für die Gewerkschaftler maßgebend sein, daß ich es aber für müßig halte, darüber zu streiten, da natürlich auch nur von einem Versuch der Vergewaltigung der entgegenstehenden Auffassung der Gewerkschaftler nicht die Rede sein könne, und daß es daher zur Vermeidung weiterer schwerwiegender Differenzen, die weder die Partei, noch die Gewerkschaftskongresse, noch auch die Vorstände beider Organisationen beseitigen können, nötig sei, nicht nur eine Fühlung mit den Gewerkschaften herzustellen, sondern auch eine Instanz zu schaffen, die über Partei und Gewerkschaften stehend, gegensätzliche Auffassung zu entscheiden hat: den kombinierten Partei- und Gewerkschaftskongreß. Dr. K. Liebknecht.

Eine vorbildliche Organisation. Im hessischen Orte Mülheim gab es 1903 1055 Wahlberechtigte. Davon wählten 782 sozialdemokratisch und davon sind 600 politisch organisiert, also rund 82 Prozent!

Bebels „Frau" wurde schon vor einigen Jahren ins Spanische übersetzt, aber wie „El Socialista" sagt, mit derartigen willkürlichen Streichungen und Zusätzen, daß die Arbeit kaum mehr eine Uebersetzung genannt werden kann. Nun ist im Verlage von Granade u. Co. in Barcelona eine wirkliche ausgezeichnete Uebersetzung von Diaz Retg erschienen, die von einer kurzen Biographie Bebels aus der Feder von Paul Lafargue begleitet ist.

Ein Sozialdemokrat als Hochschullehrer — in der Schweiz. Man schreibt uns aus Bern: Genosse Dr. jur. Naum Reichesberg aus Kiew in Rußland, seit 1892 Privatdozent und vom Jahre 1898 an außerordentlicher Professor für Statistik und Nationalökonomie und Direktor des statistischen Seminars der Hochschule Bern, ist vom Regierungsrat des Kantons mit Anfang November 1906 in Anerkennung seiner bisherigen erfolgreichen Lehrtätigkeit zum ordentlichen Professor der genannten Fächer ernannt worden.

Genosse Reichesberg schreibt gegenwärtig ein Buch über Anarchismus und Sozialismus. Auch ist er Herausgeber des großen dreibändigen Werkes: „Handwörterbuch für schweizerische Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung".

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Schutz vor leichtfertigen Anzeigen und Anklagen. Wir haben seinerzeit berichtet, daß der Genosse Linde-Königsberg und vier Genossen aus Tapiau mit Strafmandaten über 40 und 5 M. bedacht wurden, weil sie eine nicht angemeldete öffentliche Versammlung abgehalten haben sollten. Die „Versammlung" war tatsächlich eine zwanglose Unterhaltung des Genossen Linde mit einigen ihm bekannten Genossen und ihren Frauen in einem Walde bei Tapiau, wohin ein Spaziergang unternommen worden war. Aber dem Waldhüter des Grafen Schlieben, dem der Wald gehört, war versichert worden, daß Linde nach Tapiau komme, um eine Versammlung abzuhalten. Vorsichtig beobachtete er von weitem das Treiben der 15 Personen, die in seiner erhitzten Phantasie zu einer Versammlung von hundert Menschen anwuchsen, in der umstürzlerische Reden gehalten wurden.

Gegen die Strafbefehle wurde natürlich Widerspruch erhoben. Und am 28. August kam die Sache vor dem Wehlauer Schöffengericht zur Verhandlung. Die Beweisaufnahme — es waren neben dem Waldwärter noch zwei Zeugen geladen — ergab auch nicht den geringsten Anhalt dafür, daß Linde eine Versammlung abgehalten hatte. Der Amtsanwalt und Bürgermeister von Wehlau beantragte daher selbst Freisprechung mit der Begründung, daß selbst, wenn erwiesen wäre, daß Linde im Walde mit verschiedenen Personen Gespräche über öffentliche Angelegenheiten geführt habe, daraus noch keine Versammlung konstruiert werden könne. Man könne ihm doch nicht den Mund verbinden. Schließlich müßte ja dann jedes am Biertisch über öffentliche Angelegenheiten geführte Gespräch als Versammlung betrachtet werden. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung des Amtsanwalts an und sprach die Angeklagten frei. Nun beantragte Linde aber die Erstattung der Unkosten, die ihm durch den Prozeß entstanden waren. Denn der Zeuge habe seiner Ansicht nach die Anzeige wider besseres Wissen, mindestens aber in leichtfertiger Weise gemacht, wodurch ihm, sowie seinen für ihr tägliches Brot schwer arbeitenden Mitangeklagten erhebliche Kosten entstanden sind.

Diesen Antrag, dem sich auch die anderen Angeklagten anschlossen, lehnte das Gericht ab mit der merkwürdigen Begründung: „Da Linde oft an den verschiedensten Orten Versammlungen abhalte, konnte der Verdacht entstehen, daß er auch am 24. Juni im Walde eine Versammlung abgehalten habe."

Und weil dieser Verdacht nun im Kopfe eines staatserhaltenden Waldwärters zu einer bestimmten Tatsache gereift war, mußten vier arme Arbeiter einen ganzen Tagelohn einbüßen und für ihr Geld eine Bahnfahrt von Tapiau nach Wehlau machen, und da sie tagüber von Hause fort waren, auch noch ihr eigenes Geld verzehren.

Ein amnestierter Sozialdemokrat. Genosse Marchionini von der „Königsberger Volkszeitung" hatte sich vor zwei Monaten zur Verbüßung einer viermonatigen Gefängnisstrafe wegen angeblicher Majestätsbeleidigung hinter schwedische Gardinen begeben müssen. Infolge der Amnestie konnte er nun das Gefängnis schon verlassen, da er erst die Hälfte der Strafe abgebüßt hatte. Er hat die zwei Monate Haft relativ gut überstanden.

Aus Industrie und Handel.

Wie werde ich Aufsichtsrat?

Die als der Gemeinheit, des Unrechts und der Bösartigkeit höchster Gipfel verschriene Tantiemensteuer hat die Jagd nach Tantiemenstellen durchaus nicht eingeschränkt. Ja es scheint so, als ob das beste, was Minister an Neposen zu vergeben haben, Empfehlungen zu Aufsichtsratsposten sind. Daß ein Doktortitel und ministerielle Empfehlung jeden anderen Befähigungsnachweis in den Schatten stellen, scheint eine ziemlich verbreitete Ansicht zu sein. Uns liegt folgende gedruckte Karte vor:

Jacobs
Dr. jur. et phil.
Präsident des Aufsichtsrates der
Nordhäuser Brauhaus-Aktiengesellschaft
Berlin SW., Dessauerstr. 30
stellt sich, falls die Besetzung eines Direktor-, Syndikus- pp. oder Aufsichtsratspostens in Frage kommt und von Kapitalbeteiligung abgesehen wird, ergebenst zur Verfügung. Die Empfehlung eines hiesigen Ministers steht zu Diensten, desgleichen ein Zeugnis der Nationalbank für Deutschland.

Daß es sich hier um einen Massenartikel handelt, läßt auch die Umschließung erkennen. Die Kuverts tragen auch einen Vordruck, sodaß nur der Name der Gesellschaft, die beglückt werden soll, einzuschreiben ist. Es fehlt nur der kategorische Hinweis, daß eine Ablehnung des Angebots als Beleidigung aufgefaßt wird.

60 Millionen Trinkgelder.

Die in Deutschland vorhandenen zirka 5000 Aktiengesellschaften sollen nach Schätzungen in Fachkreisen an rund 20 000 Aufsichtsratsmitglieder jährlich zirka 60 000 000 M. Tantiemen zahlen. Das macht pro Aufsichtsratsstelle rund 3000 M. Und was wird dafür geleistet? Der „Deutsche Oekonomist" beantwortet die Frage dahin:

„Die den Aufsichtsratsmitgliedern vom Gesetz zugewiesene Aufgabe, die Verwaltung der Gesellschaft in allen Teilen zu überwachen, wird nicht erfüllt und kann in größeren Betrieben nicht erfüllt werden, weil der reguläre Betrieb durch eine so eingehende Kontrolle in ganz unzulässiger Weise gestört würde und weil die Inhaber vieler Aufsichtsratsstellen — und zwar der wichtigsten in großen Gesellschaften — zu eingehender Kontrolle gar nicht die nötige Zeit neben den Arbeiten ihres Hauptberufes finden könnten. Man stellt daher Revisoren an, die zum Geschäftspersonal gehören, mit demselben zusammenarbeiten und keine Störung im Betriebe verursachen. Und periodische Revisionen, wie sie für den Aufsichtsrat vom Gesetz vorgesehen sind, überträgt man immer mehr den Revisionsgesellschaften, deren in den letzten Jahren eine Anzahl begründet worden sind. In der Praxis ist die Revisionstätigkeit des Aufsichtsrates bei allen größeren Gesellschaften durchaus Neben- und Formsache, und Rießer hat ganz recht, wenn er die Bedeutung des Aufsichtsrates lediglich darin erblickt, daß die Mitglieder desselben der Direktion gute Ratschläge geben und wichtige Geschäfte durch ihre Verbindungen vermitteln können. Es ist auch schon vorgekommen, daß ein Aufsichtsratsmitglied außergewöhnlich wißbegierig und pflichteifrig war; die anderen Mitglieder aber waren dies weniger und vertrauten den Erklärungen des Vorstandes, und so war das einzelne Mitglied zur Untätigkeit gezwungen. Machte er sich gar zu lästig, so wurde er nicht wieder gewählt. Es ist nicht anders und kann nicht anders sein, als daß zwischen Vorstand und Aufsichtsrat ein weitgehendes Vertrauensverhältnis besteht; so lange dies der Fall ist, ist jede tiefgehende gründliche Revision durch den Aufsichtsrat unmöglich. Ist das Vertrauen aber verschwunden, so scheidet der eine Teil aus, der Vorstand oder der Aufsichtsrat, meist aber der letztere."

Gründung von Privatposten. Die Aufhebung des Ortsportos regt die Konkurrenz auf postalischem Gebiete an. Wie uns aus Halle a. S. gemeldet wird, werden dort bereits zwei Projekte für Gründung von Privatposten mit niedrigerer Ortstaxe erwogen. Man glaubt bestimmt, daß sich die Pläne realisieren lassen. So wirken die Maßnahmen der steuerfreundlichen Reichstagsmehrheit.

Lohn und Ausbeute. Die Zeche Ver. Brunnerbänker Tiefbau erzielte im Juli bei einer nur minimalen Verringerung des Lagerbestandes eine Einnahme von 66 280,74 M. Unter den Ausgaben figurieren die Löhne und Gehälter für 7687½ verfahrene Schichten mit 33 293,25 M., die sich ergebende Ausbeute beträgt 20 570,80 M. Auf je 1 M. Lohn entfallen mithin rund 62 Pf. Ausbeute. Dabei wollen die Arbeiter immer noch nicht einsehen, daß sie zugunsten der Papierinhaber bescheidener sein müssen.

Eine Kapitalserhöhung um 40 Millionen Mark. Die Verwaltungen der Dresdner Bank und des A. Schaaffhausener Bankvereins haben beschlossen, die Erhöhung der Aktienkapitalien der Institute um je 20 000 000 M. zu beantragen. Die Einberufung der außerordentlichen Generalversammlungen wird in den nächsten Tagen erfolgen. Die jungen Aktien sollen den Besitzern der alten Aktien zum Kurse von 142 Proz. zum Bezuge angeboten werden.

Mit der Erhöhung würde das Aktienkapital der Dresdner Bank 180 Millionen Mark betragen, das des Schaaffhausener Bankvereins 145 Millionen Mark.

Terrainverkauf. Die der „Union" Baugesellschaft auf Aktien nahestehende Norddeutsche Bodengesellschaft m. b. H. verkaufte die ihr gehörigen Grundstücke Dorotheenstraßee 60, 61, 62, welche an das Ministerium des Innern angrenzen, an den preußischen Fiskus für zirka 2¾ Millionen Mark. Der Kaufpreis wird teils in bar, teils durch Uebereignung fiskalischer Grundstücke in Berlin und Rixdorf berichtigt.

Schutzzöllnerisches.

Wie der „New York Herald" aus Rio de Janeiro meldet, ist dem Kongreß ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, in welchem beantragt wird, daß Ländern, die jährlich vier Millionen Sack brasilianischen Kaffees zollfrei einführen, eine 20prozentige Ermäßigung des bestehenden Ausfuhrzolls gewährt werden soll. Länder, die drei Millionen Sack Zucker einführen, sollen eine Ermäßigung von 10 Proz. erhalten. Für Länder, die einen Zoll auf Kaffee legen, erhöht sich der Ausfuhrzoll um 10 Proz. Die Gesetzesvorlage, die für die Vereinigten Staaten günstig sei, werde als direkte Folge von Roots Besuch angesehen.

Auch Japan hat jetzt unter ausdrücklicher Berufung auf das Beispiel der europäischen Staaten einen neuen Zolltarif mit durchweg stark erhöhten Zollsätzen aufgestellt, der bereits die Genehmigung des Parlaments gefunden hat und am 1. Oktober d. J. in Kraft treten soll. Der neue Tarif bringt neben erhöhten Zöllen auf Zucker, Tabak, Zerealien, Genußmittel und tierische Produkte, wofür das fiskalische Interesse ausschlaggebend war, besonders exorbitante Zollsteigerungen für die meisten industriellen Produkte, u. a. auch für die wichtigsten deutschen Exportartikel, wie Wollgarne, Indigo, Teerfarbstoffe, wollene Tuch- und Zeugwaren, Maschinen, Lokomotiven usw. Es ist ja bekannt, daß die industriellen Interessenvertretungen Japans hochschutzzöllnerisch gesinnt sind und schon seit mehreren Jahren die Regierung mit Petitionen um Erschwerung der ausländischen Konkurrenz und Bewilligung direkter Prämien bestürmen. Ihre Wünsche haben in dem neuen Tarif weitgehende Berücksichtigung gefunden. Insbesondere hat man es auf eine schnellere Entwickelung der aufstrebenden Textil-, Papier- und Zuckerindustrie abgesehen.

Glücklicherweise werden gerade die wichtigsten der geplanten Zollerhöhungen — vorläufig wenigstens — für uns auf dem Papiere stehen bleiben, da Japan durch Handelsverträge mit Deutschland, England, Frankreich und den Vereinigten Staaten die Hände gebunden sind. Interessenten erhalten im Bureau des Handelsvertragsvereins nähere Mitteilungen.

Soziales.

Gewerbehygienisches.

Nach den übereinstimmenden Berichten der deutschen Fabrikinspektoren, sowohl der preußischen wie der bayerischen und sächsischen, ist das gefährlichste Gift für die Arbeiter immer noch das Blei und die Bleivergiftung demnach die verbreitetste Berufskrankheit. In Bayern hatten unter allen Bleiarbeitern am meisten die Maler unter der Einwirkung dieses Metalls zu leiden. In Preußen dagegen die Arbeiter in Bleihütten, in Bleiweiß-, Bleiwaren- und Bleifarbenfabriken, wenn auch bei letzteren im allgemeinen eine Besserung in den hygienischen Verhältnissen nachzuweisen ist. So melden die letzten Fabrikinspektionsberichte einen Rückgang der Bleierkrankungen in den Bezirken Breslau, Hildesheim, Lüneburg und Aachen.

Nach den Bleierkrankungen sind die Lungenerkrankungen in gewerbehygienischer Hinsicht besonders bemerkenswert. Denn manche durch gewerbliche Tätigkeit entstandenen Erkrankungen und Schwächungen begünstigen die Ausbildung der Lungenschwindsucht. Vielfach wird die Schwindsucht in Fabriken verbreitet durch den Auswurf der Kranken, welcher als Staub wieder eingeatmet wird. Besonders gefährdet sind bekanntlich die Steinhauer. In Unterfranken entfielen von 113 Todesfällen bei Steinhauern 81 Proz. oder rund vier Fünftel auf Lungentuberkulose. Nicht viel weniger ungünstig daran sind die Metallschleifer. In einer Gußwarenfabrik eines rheinischen Bezirkes wurde festgestellt, nach einem Berichte der „Medizinischen Reform", daß in einem Jahre fast viermal soviel Schleifer als Nichtschleifer starben. Sehr hoch war auch nach einer Krankenkassenstatistik die Zahl der an Lungenleiden erkrankten und verstorbenen Metallschleifer in Oberhessen. Die Schleifer werden selten über 45 Jahre alt. Oefters wurde die Beobachtung gemacht, daß lungenkranke Arbeiter meistens ihr Leiden, aus Furcht die Arbeitsstelle zu verlieren, verheimlichen.

Die gewerblichen Gifte wirken um so nachteiliger, je weniger in den Fabrikräumen den Anforderungen an gute Ventilation und Reinlichkeit entsprochen wird, je schlimmer es überhaupt im allgemeinen mit den sanitären Verhältnissen in den Arbeitsräumen bestellt ist. Vielfach fehlt es noch — unbeschadet vieler erfreulicher Verbesserungen — an genügendem Luftraum oder zureichendem Luftwechsel. Auch die Beheizung und künstliche Beleuchtung läßt noch mancherorts viel zu wünschen übrig. Schlimmer wie in den Fabriken steht es oft in der Kleinindustrie aus. Die preußischen Berichte des letzten Jahres klagen vielfach über ungünstige Arbeitsräume in den Bäckereien. Die Backstuben sind oft zu niedrig, liegen vielfach im Keller, in den Städten unter den Bürgersteigen und können deshalb nicht genügend belichtet und entlüftet werden. Aehnlich liegen die Verhältnisse in vielen Fleischereien und Wurstmachereien. Bezüglich der Konfektionswerkstätten mußte öfter dagegen eingeschritten werden, daß kleine Arbeitsräume unverhältnismäßig stark mit Arbeiterinnen besetzt waren. Verbesserungen wurden eingeführt in Walz- und Hammerwerken, die bezwecken, den an Oefen beschäftigten Arbeitern das Arbeiten in der strahlenden Hitze, besonders in der heißen Jahreszeit, etwas erträglicher zu machen. Ebenso gelang es vielfach, der Gefahr, welcher die Arbeiter durch Ausströmen von Gasen ausgesetzt sind, durch geeignete Absaugevorrichtungen entgegenzutreten. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerbehygiene ist die Beseitigung des Staubes. In Spinnereien und Zementfabriken hat man Staubabsaugungsvorrichtungen eingeführt. Sehr im Argen liegen dagegen noch die Verhältnisse bei den Metallschleifereien. Die Gefahr der Gesundheitsschädigung ist bei den Arbeitern dieser Fabriken besonders groß, sowohl bei Naß- wie bei Trockenschleifern. In den Trockenschleifereien atmen die Schleifer sowohl den Metallstaub als den Staub der Schleifmittel ein, in den Naßschleifereien leidet die Gesundheit der Arbeiter durch die Feuchtigkeit.

Beachtenswert für Lagerhalter in Konsumvereinen ist ein Urteil, das am Dienstag die Ferienstrafkammer in Halle fällte. Auf Grund der §§ 2 und 9 des Nahrungsmittelgesetzes sind Beamte der Polizei berechtigt, aus allen Räumen, in denen Nahrungsmittel usw. feilgeboten werden, gegen Bezahlung Proben zur Untersuchung zu entnehmen. Als der Amtsdiener Franke eines Tages von dem Lagerhalter Bieler des Konsumvereins in Dölnitz ein Pfund Fett zur technischen Untersuchung für das Amt verlangte, weigerte sich Bieler, dem Beamten das Pfund Fett zu verkaufen, da jener Beamte selbst früher Mitglied des Vereins gewesen und die Konsumvereine Waren an Personen, die nicht Mitglieder des Vereins sind, nicht verkaufen dürften. Bieler verlangte von Franke eine Bescheinigung des Konsumvereinsvorstandes und wollte das Fett nur nach Vorlegung dieser verabreichen. Das Gericht erklärte das Verlangen Bs. für ungerechtfertigt und belegte ihn mit der für diesen Fall niedrigst zulässigen Geldstrafe von 50 Mark. Der Verteidiger hatte die Freisprechung Bielers beantragt, da dieser eine Anzeige wegen unerlaubten Verkaufes befürchten konnte und der Beamte sich nach Bs. Ansicht nicht genügend legitimiert hatte.

Aus der Frauenbewegung.

An die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse!

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse beginnt am 3. September wieder mit seinen regelmäßigen 14tägigen Versammlungen. Das stetig wachsende Streben der Arbeiterklasse nach geistiger Vertiefung fängt an, auch unter den Frauen immer größere Kreise zu ziehen. Unser Verein, dessen Bestreben es ist, seine Mitglieder durch Vorträge, sowie künstlerische und gesellige Veranstaltungen an den geistigen Errungenschaften unserer Zeit teilnehmen zu lassen, hat es sich stets zur Aufgabe gemacht, die Frauen im Sinne der modernen Arbeiterbewegung aufzuklären und sie zu

selbständigem Denken zu erziehen. Wie groß das Bedürfnis der Arbeiterin ist, sich über die Fronarbeit des Alltags zu erheben, zeigt die von Jahr zu Jahr anwachsende Zahl der Bildungsvereine. Ein neuer Beweis, wie stark der Trieb in der Arbeiterklasse ist, um die großen Lücken der schlechten Volksschulbildung auszufüllen, zeigt sich im letzten Beschluß unserer Generalversammlung. Von einer Anzahl von Mitgliedern wurde der Wunsch geäußert, nicht nur wie bisher, jedem Vortrag ein neues Thema zu geben, sondern durch eine Reihe von Vorträgen auf einem Gebiete eine wirkliche Vertiefung auf demselben zu erzielen. Diesem allgemeinen Wunsche gemäß beginnen wir am Montag, den 3. September, mit einem literarischen Vortragszyklus, welchen der Schriftsteller Wilhelm Holzamer übernommen hat. Das Thema lautet: „Hundertfünfzig Jahre deutscher Dichtung". Die einzelnen Vorträge behandeln: 1. Goethe, 2. Schiller, 3. Die Romantiker, 4. Die Epigonen, 5. Die Moderne.

Arbeiterinnen! Es gilt, die Bestrebungen unseres Vereins in immer weitere Kreise des Proletariats zu tragen. Immer mehr muß die Frau sich ihrer Aufgabe bewußt werden, gleich dem Manne an dem Werke der Befreiung der Arbeiterklasse mitzuarbeiten und das Erziehungswerk der kommenden Generation vollwertig erfüllen zu wollen. Schließt Euch darum in immer größeren Scharen dem Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse an!

Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Der Oberleutnant und seine „Cousine".

Wegen Betruges war der Oberleutnant a. D. Gustav Reich angeklagt. Mit ihm mußte vor der 7. Ferienstrafkammer des Landgerichts I die unverehelichte Margarete H. unter der Anklage der schweren Urkundenfälschung in ideeller Konkurrenz mit Betrug auf der Anklagebank Platz nehmen. Die Verhandlung entrollte ein charakteristisches Bild davon, wie die augenblickliche Notlage eines in schlechte Vermögensverhältnisse geratenen Offiziers auf wucherische Weise ausgebeutet wird. Der Angeklagte R. diente bis zum Jahre 1903 in einem hiesigen Regiment als Oberleutnant. Im Jahre 1902 geriet er in eine Notlage, die ihn zwang, einen sogenannten Privatdarlehnsgeber in Anspruch zu nehmen. Durch ein von dem Privatier Sauerlandt erlassenes Inserat wurde R. mit diesem bekannt. Obwohl S. sich als Selbstgeber in jenem Inserat bezeichnet hatte, teilte er dem Geldsuchenden mit, daß er ihm das gewünschte Darlehn von 100 Mark nicht geben könne, da der „Allgemeine Kreditverband" — in dessen Auftrag er handele — nur Geschäfte von 500 Mark aufwärts mache. Schließlich ließ sich Sauerlandt auf Bitten des bedrängten Offiziers herbei, ihm „privat" das gewünschte Darlehn von 100 Mark zu geben. Nach 14 Tagen mußte der Offizier 200 Mark zurückzahlen. Dies entspricht einem Prozentsatz von etwa 1200 Prozent. Ende November 1902 nahm der Offizier nochmals ein Darlehn von 600 Mark auf, welches er schon am 1. Dezember mit 700 Mark zurückzahlen mußte. Der Angeklagte nahm schließlich seinen Abschied. Im vorigen Jahre mußte er indessen nochmals die Hülfe des Privatdarlehnsgebers in Anspruch nehmen. Hierbei soll nun der ehemalige Offizier und auch die Mitangeklagte H. sich verschiedener betrügerischer Manipulationen schuldig gemacht haben. Die Letztgenannte gab sich als Cousine des R. aus und erzählte von ihren reichen Verwandten, die im Rheinlande große Güter besitzen. Auch unterschrieb sie mit dem Namen „Margarete R." als Cousine des Angeklagten R. einen Wechsel. Hierdurch will sich Sauerlandt veranlaßt gesehen haben, dem R. ein neues Darlehn zu geben. Vor Gericht machte der Zeuge S. dadurch einen eigentümlichen Eindruck, daß er versuchte, den Sachverhalt so darzustellen, als habe er aus reiner Gutmütigkeit und Menschenfreundlichkeit dem bedrängten Offizier seine Hülfe angeboten. Erst als ihm Landgerichtsdirektor Schmitz den Wucherparagraphen vorlas, wurde S. mit einem Male sehr kleinlaut. Der Staatsanwalt führte aus, daß der Zeuge Sauerlandt mit dem Angeklagten R. Geschäfte abgeschlossen habe, die eine wucherische Ausbeutung darstellen. Gegen R. selbst habe die Beweisaufnahme nicht das geringste Belastungsmaterial ergeben, während die Mitangeklagte H. sich des Betruges und der schweren Urkundenfälschung schuldig gemacht habe. Der Antrag des Staatsanwaltes lautete deshalb gegen sie auf zwei Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Zaucke hielt die Freisprechung des R. ebenfalls für dringend geboten, auch müsse bei der Mitangeklagten H. ein Betrug für nicht nachgewiesen angesehen werden. Da sie in Unkenntnis dieser eigenartigen Geschäfte jenen Wechsel als Cousine mit dem Namen des R. unterschrieben habe, so erscheine eine milde Strafe wegen des Vergehens der einfachen Urkundenfälschung gerechtfertigt. Der Gerichtshof erkannte auch in diesem Sinne auf nur drei Tage Gefängnis. Der Angeklagte R. wurde kostenlos freigesprochen.

Nur ein Prügelpädagoge — kein Streikposten!

Eine Anklage wegen Mißhandlung und Gesundheitsbeschädigung eines Schülers führte den Gemeindelehrer Max Moser vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist Lehrer der 249. Gemeindeschule. In seiner Klasse hatte er auch den siebenjährigen Schüler Erwin Puhlmann zu unterrichten, welcher etwas zurückgeblieben war und viele Stunden versäumte. Es wird behauptet, daß der Angeklagte den Knaben wiederholt in der Weise gezüchtigt habe, daß er ihn mit beiden Händen an den Haaren über den Ohren gepackt und daran so hochgezogen habe, daß der Junge mit den Füßen über dem Fußboden schwebte. Die Gesundheitsschädigung wird darin gefunden, daß der Knabe infolge des Ausreißens von Haaren an den beiden Seiten kahle Stellen am Kopfe davon getragen habe. Der Angeklagte gab nur zu, den Knaben zweimal mit beiden Händen an den Haaren „geziept" zu haben in der Absicht, ihn durch diese Züchtigung anzuspornen. Der Junge habe über 100 Stunden gefehlt, zahlreiche Lücken gezeigt und sei denkfaul gewesen. Unrichtig sei es, daß er den Knaben an den Haaren emporgezogen habe. Letzterer verblieb aber bei seiner Vernehmung dabei, daß der Lehrer ihn, wenn er in der Lesestunde nicht lesen konnte, jedesmal an den Haaren so heftig gezogen habe, daß er kahle Stellen am Kopfe bekommen habe. Die Mutter des Knaben bestätigte, daß der Junge wiederholt kahle, zum Teil blutunterlaufene Stellen am Kopfe gezeigt und endlich auf ihr ernstes Befragen ihr gestanden habe, daß der Lehrer ihn an den Haaren emporzureißen pflege. Die Zeugin ist darum zum Rektor gegangen und hat auch den Angeklagten aufgesucht und ihm unter vier Augen Vorhaltungen gemacht. Da der Angeklagte aber keine Worte der Entschuldigung vorbrachte, sondern ihre Vorhaltungen mit etwas höhnischen Verbeugungen beantwortete, erstattete die Frau Strafanzeige. Nach ihrer Versicherung hat ihr Sohn infolge der Mißhandlungen vielfach an Kopfschmerzen gelitten. — Rektor Schwarz bekundete, daß er, als ihm Frau Puhlmann ihren Sohn vorführte, an beiden Seiten des Kopfes tatsächlich mehrere kahle Stellen bemerkt habe. Er habe den Angeklagten infolgedessen ins Konferenzzimmer beschieden, in der Hoffnung, daß durch eine Aussprache die Sache gütlich beigelegt werden könne; es habe ihn aber unangenehm berührt, daß der Angeklagte recht abweisend gegen die Frau sich verhielt; er habe nur zugegeben, den Knaben zweimal an den Haaren geziept zu haben. Sonstige Klagen über den Lehrer seien ihm nicht zu Ohren gekommen, seine Nachfragen bei mehreren Müttern von Schulknaben hätten ein negatives Ergebnis gehabt. Nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Hoffmann ist es an sich möglich, einen Knaben in der behaupteten Weise an den Haaren emporzuheben. Ein Ausreißen ganzer Haarbüschel würde eine vorübergehende Gesundheitsschädigung darstellen. — Der Staatsanwalt hielt eine Körperverletzung unter Ueberschreitung des Züchtigungsrechts des Lehrers für erwiesen und beantragte 100 M. Geldstrafe. Justizrat Hermannowski beantragte dagegen die Freisprechung. Zweifellos hätte der Angeklagte eine angemessenere Art der Züchtigung wählen sollen, andererseits übertreibe aber der Junge sicherlich; eine Körperverletzung und Gesundheitsschädigung liege nicht vor! — Der Gerichtshof sah als erwiesen an, daß der Angeklagte den Knaben in mehreren Fällen derb gezüchtigt und stark an den Haaren geziept hat. Nach seiner Angabe wollte er ihn dadurch anspornen, Fortschritte zu machen. Ob das angewandte Mittel das richtige war, könne dahingestellt bleiben, es frage sich nur, ob sich der Angeklagte bewußt war, daß er das ihm zustehende Züchtigungsrecht überschritt. Dies hat der Gerichtshof verneint und dabei auch berücksichtigt, daß der Junge nicht lange Zeit vorher masernkrank gewesen und es nach der Bekundung des Medizinalrats Dr. Hoffmann unter diesen Umständen keiner großen Anstrengung bedurfte, um dem Knaben Büschel Haare herauszuziehen. Nach Ansicht des Gerichts war sich der Lehrer einer Ueberschreitung seines Züchtigungsrechts nicht bewußt und es erfolgte deshalb dessen Freisprechung.

Der jugendliche proletarische Nachwuchs ist offenbar nicht so zart besaitet wie die „dem Staate besonders nützlichen Elemente". Wir möchten keinem Arbeiter raten, einen Streikbrecher an den Haaren zu einer besseren Auffassung des Solidaritätsgefühles heranzuziehen! Das „mangelnde Bewußtsein" ist für die in einer jammerhaften Volksschule erzogenen Arbeiter keine ausreichende Entschuldigung in solchen Fällen. — Uebrigens, ist ein Lehrer, dem so das Bewußtsein seiner Pflicht abgeht, noch fähig Volkserzieher zu sein? Herr Moser wird auf eine so dumme Frage mit einer ironischen Verbeugung antworten. Aber seine vorgesetzte Behörde sollte sich mit demselben ernsthaft befassen.

Eine internationale Warenhaus- und Taschendiebin, die das Haupt einer Diebesfamilie bildet, wurde gestern in der Person der 36jährigen Marie Riebeck geb. Perl der vierten Ferienstrafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt. — Die Angeklagte ist eine der gefährlichsten Diebinnen, welche die Kriminalpolizei kennt. Sie ist eine geborene Berlinerin und verübte schon vor Erreichung des vollen strafmündigen Alters in Berlin zahlreiche Taschendiebstähle. Nachdem sie vor mehreren Jahren vom Landgericht I zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt worden war, wendete sie der Großstadt nach Verbüßung dieser Strafe den Rücken und ging auf Reisen. Vor fünf Jahren tauchte die Angeklagte in Kissingen als elegante Weltdame wieder auf und verübte verschiedene Taschendiebstähle. Schließlich wurde die in den elegantesten Pariser Roben steckende und mit Brillanten behangene Diebin entlarvt und später zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt. Vorher hatte sich die Angeklagte die Welt angesehen und hatte hierbei mit den Strafgerichten in London, Paris und Wien zu tun bekommen. Jede dieser Polizeibehörden besitzt als Andenken eine Photographie der internationalen Diebin, die in den Kriminalarchiven aufbewahrt wird. Selbst die Reise „übern großen Teich" scheute die mit allen Mitteln arbeitende Gaunerin nicht. Während der Weltausstellung in St. Louis gab sie auch dort ein kleines Gastspiel und machte ihren amerikanischen Kolleginnen scharfe Konkurrenz. Mitte Juni d. J. tauchte sie wieder in Berlin auf, nachdem sie dem Seinebabel einen Besuch abgestattet hatte. — In einem besseren Pensionat in der Kronenstraße stieg eines Tages im Juni eine hochelegant gekleidete Dame ab, die sich Frau Martha Werner aus Breslau nannte. Niemand hätte in der mit den elegantesten Pariser Toiletten bekleideten und mit kostbaren Juwelen förmlich überladenen Dame eine Diebin vermutet, die wieder einmal ihre Geburtsstadt aufgesucht hatte. Hier hatte sich nämlich ein „Familienereignis" zugetragen. Die Schwester der Angeschuldigten ist die vor einiger Zeit viel erwähnte Frau Ziege, die im Oktober vorigen Jahres den aufsehenerregenden Diebstahl in dem Israelschen Warenhause verübt hatte. Der Z. war damals bei dem überaus dreist ausgeführten Diebstahl ein Handtäschchen mit einem Inhalt von 10000 M. in die Hände gefallen. Auch die beiden Töchter der Riebeck, deren Photographien ebenfalls seit längerer Zeit das Verbrecheralbum zieren, erfreuten sich um jene Zeit einer besonderen Aufmerksamkeit der Berliner Kriminalpolizei. — Am 4. Juli d. J. erregte in einem Warenhause in der Leipzigerstraße eine mit raffinierter Eleganz gekleidete Dame einige Aufmerksamkeit, die mit einem Stückchen Spitze in der Hand von einem Verkaufsstand zum andern rauschte und in gebrochenem Deutsch um Auskunft fragte. In einiger Entfernung folgte der eleganten Erscheinung, die eine schwere Parfümwolke hinter sich ließ, der Kriminalschutzmann Schmöcker. Dieser hatte sofort die Angeklagte Riebeck erkannt und war ihr schon etwa zwei Stunden gefolgt. Als die raffinierte Diebin gerade eine von einer Käuferin auf den Ladentisch gelegte Handtasche ausräumen wollte, griff der Beamte zu und verhaftete die Angeklagte. Auf der Polizeiwache äußerte die Festgenommene, als sie sich erkannt sah: „Na, so drei bis vier Jährchen wird es wohl geben". Staatsanw.-Assessor Hagen beantragte mit Rücksicht auf die große Gemeingefährlichkeit der internationalen Diebin vier Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof erkannte auf zwei Jahre Zuchthaus sowie zehn Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch **hohen Nährgehalt** sich auszeichnend!
Täglich Sendungen **lebendfrischer,** ständig unter Eis gehaltener **Seefische** in **eigenen Kühlwaggons.**
Riesenfänge unserer Dampfer ermöglichen billigste Preise.

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee"
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.
Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.
Seefisch-Kochbücher gratis.
Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstraße 30 (am Moritzplatz). | **Madaistraße 22** (im Schlesischen Bahnhof). | **Landsbergerstraße 52-53** (der Kurzenstr. gegenüber).

Seefische — Volksnahrung!
Wir empfehlen besonders:
Schollen 20 Pf. per Pfund
3 Pfd. 55 Pf.
ferner: **Schellfisch, Cabliau, Seelachs, Goldbarsch, Austernfisch** sowie die übrigen Sorten Seefische zu **billigsten** Tagespreisen.

Anfang September eröffnen wir im Hause
Potsdamer Strasse 112a, bei der Lützow-Strasse
eine neue Verkaufsstelle, worauf wir ein geehrtes Publikum ganz besonders aufmerksam machen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 31. August.

Anfang 7½ Uhr.
Opernhaus. Die Entführung aus dem Serail.
Schauspielhaus. Othello, der Mohr von Venedig.
Neues Operntheater. La Traviata.
Deutsches. Cäsar und Kleopatra.
Lessing. Ein Volksfeind.

Anfang 8 Uhr.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Fidelio.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Hasemanns Töchter.
Komische Oper. Die Bohème.
Westen. Die lustige Witwe.
Residenz. Die Höhle des Löwen.
Zentral. Der Bettelstudent.
Trianon. Die Notbrücke.
Lustspielhaus. Spatzenliebe.
Kleines. Mimensiege. Hille Bobbe. Die Schlangendame.
Carl Weiß. Adele.
Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen.
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Berlin im Omnibus. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Thalia. Wenn die Bombe platzt.
Luisen. Romeo und Julia.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 (Behm- u. Bellermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Das neue August-Programm! Monte Christo, The Barret, Henry Sago, Verona de Fonseca, Verwandlungs-Schauspielerin. Hierzu:
„Auf fremder Erde".
Großes Ausstattungsstück mit Gesang.

Neues Theater.
Eröffnungs-Vorstellung
Freitag, den 31. August, Anf. 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Sganarell.**
Der bürgerliche Edelmann
von Molière. Deutsch von Fulda.
Sonnabend, Sonntag, Montag: Dieselbe Vorstellung.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Mimensiege. — Hille Bobbe.
Die Schlangendame.
Sonnabend: Ein idealer Gatte.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtasyl.
Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.

Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr halbe Preise: Operette in 3 Akten.
Die Fledermaus.

Lortzing-Theater
früher Belleallianceheater.
Direktion: Max Garrison.
Sonnabend, 1. September:
Eröffnungs-Vorstellung!
Zar und Zimmermann.
Abonnements gültig.
Anfang 7½ Uhr

Neues kgl. Operntheater
(Kroll). Anfang 7½ Uhr.
Letztes Gastspiel Sign. Prevosti und letzte Opernvorstellung:
La Traviata.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Notbrücke.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Feodorowna
Nyssima
internation. Couplet-Sängerin.
Auf der diesjährigen Schönheits-Konkurrenz in Karlsbad mit dem ersten Preise gekrönt.
14 erstklassige Nummern!

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Figaros Hochzeit.
Sonnabend zum 200. Male: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu volkstümlichen Preisen und abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Zum erstenmal:
Romeo und Julia
Sonnabend: Die Hochzeit von Valeni.
Sonntag nachm.: Romeo und Julia.
Abends: Rosenmüller und Finke.
Montag: Rosenmüller und Finke.

Deutsch-Amerikanisches THEATER, Köpenickerstr. 67-68.
Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Adolf Philipps:
Im wilden Westen.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: „Uebern großen Teich."

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Spatzenliebe.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Theater: Täglich 8 Uhr:
Adele.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen Preisen: Adele.
Im Sommergarten: Große Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr
Die Höhle des Löwen.
Schwank in 3 Akten v. M. Hennequin und P. Bilhaud.
Gaston Chalindrey: Rich. Alexander.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Clown Dolly ist da!
Taglionis Ballett-Ensemble.
The Regahs musikalischer Akt.
Das Bild des Vaters.
Volksstück in 2 Akten.
Anf. 4½ Uhr. Tanz. Entree 30 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Morwitz-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Letzte Opern-Vorstellung bei halben Preisen: **Fidelio.**
Oper in 5 Aufzügen von Ludwig von Beethoven.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Eröffnung der Schauspiel-Saison.
Zum erstenmal:
Frau Inger von Oestrot.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Helden.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Frau Inger von Oestrot.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Volksstück in 4 Akten v. A. L'Arronge.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Freie Volksbühne.

1. und 2. Abteilung
Sonntag, den 2. September, 3 Uhr nachmittags im **Berliner Theater,** Ludwig Anzengruber:

Die Kreuzelschreiber.

Bauernkomödie in 5 Bildern. Artistische Leitung: **A. Steinert.**
Die Abteilungen folgen mit ihren Vorstellungen bei der I. Serie nach der Reihenfolge der folgenden Sonntage.

II. Serie: Im Neuen Schauspielhause:
William Shakespeare: **Der Sturm.**
Romantisches Schauspiel in fünf Aufzügen.
Sonntag, den 21. Oktober, Premiere:
8./9. Abteilung.
Dann folgen: 10./11., 12./13., 14.15., 16./17., 18., 1., 2./3., 4./5., 6./7. Abteilung.
Artistische Leitung: Direktor **Alfred Halm** und **Max Grube.**
Dirigenten: Hofkapellmeister **Prill** und **Karl Vach.**

Sonnabend, den 6. Oktober, abends 8½ Uhr:
17. Kunst-Abend im Rathause.
Henrik Ibsen
Vortrag und Rezitation, Lieder von Grieg.

Neue Mitglieder können sich noch in allen Zahlstellen melden.

Die neuen Mitgliedskarten der alten Mitglieder müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden, da sie sonst an neue Mitglieder weiter vergeben werden.

Die Mitglieder werden ersucht, die laut Beschluß der Juli-Generalversammlung verbreiteten Flugblätter betreffend das **Freie Kunstheim** aus den Zahlstellen abzuholen und zu verbreiten und die Antwortkarten ausgefüllt in den Zahlstellen abzugeben.

Inserate zur Monatsschrift „Freie Volksbühne" können nur noch bei sofortiger Bestellung Aufnahme finden. — Heft 1 dieses Jahrganges erscheint Ende August in allen Zahlstellen. 229/12

Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

W. Noacks Theater.

Direktion: **Rob. Dill.** Brunnenstr. 16.
Zum letztenmal:
Das vorzügliche Augustprogramm.
Direktor **Dill** in **Försters Wilhelm.**
Fredo Seybaud, der vorzügliche Charakter-Verwandlungs-Schauspieler
Anfang **6** Uhr. Kaffeeküche von **3** Uhr.
Bei schlecht. Wett.: Vorstell. im Saale.

Kasino-Theater

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr
ab Sonnabend, den 1. Sept.
Eröffnungs-Vorstellung:
Alexander der Große
von Emil Thomas und Adolf Seling.

Landes-Ausstellungs-Park.

Neu erbaut: **Festsäle, Café u. Konditorei, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.**
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners von 3,50 Mark, Soupers von 4 Mark an.
Täglich: Doppel-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13—15. Artistische Leitung: **Paul Milbitz.**
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**

Dietz' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/77. × Ringbahnstation.
Heute **letzter Tag** des
phänomenalen August-Programms.
Ab **1. September**
neues sensationelles Programm.
Anfang 4 Uhr. + Entree 30 Pf. + Vorzugskarten gültig.

Industrie-Fest-Säle

Beuthstraße 20. + Inh. **Max Wendt.**
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine 150, 250 und 1000 Personen fassenden Festsäle zur Abhaltung von Vereinsfestlichkeiten, Versammlungen, Hochzeiten usw. zu den kulantesten Bedingungen. 20012*
Fernsprecher Amt I 1722. **Max Wendt.**

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtsonne.

Zoologischer Garten

Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo-Theater

10 Uhr! **Novität!** 10 Uhr!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Bilde:
Der Omnibus-Trick.
Vorher: **Letzte Woche!**
Die erstklassigen Spezialitäten.

Metropol-Theater

Henry Bender. Josef Giampietro. Fritz Massary.
!Auf — in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Zum letztenmal:
Busch-Liesl
oder: **Die Mühle im Edelgrund.**
Zum letztenmal: Das
Sensations-Spezialitäten-Progr.
Anfang 4½ Uhr.
Entree 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Billettvorverkauf von 10—1 Uhr an der Theaterkasse.
Sonntag, 2. September: **Robert und Bertram.**

Folies Caprice.

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Morgen: Premiere
Der General-Konsul
und
Sünden der Väter.
Anfang 8 Uhr.

Walhalla-Varieté-Theater

Weinbergsweg 19/20
am Rosenthaler Tor.
Morgen Sonnabend Eröffnungs-Vorstellung.
13 Internationale Spezialitäten. 13
Vorverkauf von 10-2 Uhr an der Theaterkasse sowie im Invalidendank u. b. Wertheim.

Schweizer Garten

Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten u. Ball.
Berlin arm und reich.
Volksstück mit Gesang in 2 Akten.
Der mysteriöse Wunder-Globus
(das Rätsel aller Rätsel).
Der Antipode auf lebender Brücke,
Die 5 Jaksons, Akrobaten.
Clothilde u. Bertram.
Trio Schlaraffia.
Wochentags: **Damentanz frei.**
Anfang 5 Uhr. — Entree **30** Pf.

Palast Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Sonnabend, 1. September, 8 Uhr:
Beginn
der XII. Saison.
Das
Elite-Eröffnungs-Programm.
15 Debüts.
Zum erstenmal:
Der Sommerleutnant.

Wintergarten

Großer Erfolg des
Eröffnungs-Programms.
Robert Steidl, Humorist.
Das Erntefest, engl. Ballettszene.
Paul Conchas, Kraftjongleur.
Bonhair Gregory, Akrobat.-Truppe.
Campbell und Johnstone, komische Radfahrer.
Der Biograph.
Mia Werber, Sängerin.
Chung Ling Soo, chin. Zauberkünstl.
De Witt Burns und Torrance, amerikanische Exzentriks.
Die Pissiutti, Reitakt.
Ferry Corwey, musikal. Clown.
Price u. Toledo, Kontorsionisten.
Anfang 8 Uhr.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Sonnabend, den 1. September:
Saison-Eröffnung.
Theatersaal.
15 erstklassige Spezialitäten 15
Konzertsaal:
Künstlerkonzert und Volks-Kabarett
Nur Kräfte ersten Ranges.
Kein Weinzwang.
Sonntags: **2 Vorstellungen.**

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.

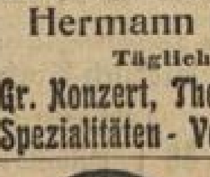
Sonntg., Montg. Donnerst. und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und **Tanzkränzchen.**
Alte Liebe rostet nicht.
Außerdem: Durchweg neues Programm.
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Im Vorgart.: **Freikonzert.**

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Zwischen Himmel u. Erde
Großes Ausstattungsstück.
The three Spoons,
Jongleur-Pantomime.
In der Küche.
Spezialitäten. × Ball.
Anf. 4½ Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Ostbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 17
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung



Gustav Behrens Theater,
Berlin O., Frankfurter Allee 85.
Das Aufsehen erregende
Eröffnungs-Programm.
15 erstklassig. Nummern
Paul und Mary Wilson
Gedankenübertragung
in höchster Vollendung.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 5½ Uhr.

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem **Abnormitäten-Progr.**
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
Otto Pritzkow. Münzstr. 16.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: **Freitanz.**

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein"

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes **„Solidarität".**

Touren

zum Sonntag, den 2. Septbr.:
1. Abt. früh 6 Uhr nach Eberswalde. Nachmittags 1 Uhr nach Bernau, Starts Bülowstr. 59.
2. Abt. nachmittags 1½ Uhr nach Neu-Dabendorf, Start Urbanstr. 7.
3. Abt. früh 6½ Uhr nach Klein-Besten, nachm. 1 Uhr nach Karolinenhof, Starts Mariannenplatz.
5. Abt. früh 4 Uhr nach Frankfurt a. O., nachm. 1 Uhr nach Fichtenau (Gesellschaftshaus), Starts Elysium.
6. Abt. früh 6 Uhr nach Teupitz, nachm. 1 Uhr nach Eichwalde (Witte), Starts Oderbergerstr. 30 (Genossenschaft).
7. Abt. Herrentour früh 4 Uhr nach Neu-Ruppin. Damentour früh 6 Uhr nach Strausberg, nachm. 1 Uhr nach Fredersdorf, Starts Köslliner Hof.
8. Abt. früh 7 Uhr nach Neu-Zittau, nachm. 1 Uhr nach Sadowa, Starts Kriminalgericht.
9. Abt. nachmittags 1½ Uhr nach **Friedrichshagen,** Start Schillingstraße 22.

Montagabend:
Vorstands-Sitzung
Markgrafenstr. 83.

2. Abt. Sonnabend 8 Uhr abends in **Königs Gesellschaftshaus,** Mittenwalderstr. 15:
Sommer-Fest
Spezialitäten × × Kunstfahren
Ball etc. Eintritt 20 Pf.

Wernau's Restaurant u. Festsäle

Schwedter-Str. 23/24.
Säle zu Hochzeiten.
Billige Menu-Preise.
Beste Empfehlungen.

Freitag, den 31. August, und Sonnabend, den 1. September cr.:
Chorführer-Schule,
Neue Promenade 9/10 (am Bhf. Börse).
Letzte Aufnahme: I. Abt. Sonntag vorm. 10 Uhr; II. Abt. Montag abend 9 Uhr.
Dir. **O. Suchsdorf,** Bernauerstr. 23.

„Fahrräder! Billig!"

M. 48, 55, 60, 70,
Freilauf 5 M. mehr
5 Jahre Garantie
SEPARATOREN billigst, schnell, haltbar.
Willi Haussherr
Berlin 127 Alte Jacobstrasse 25

Sparen Sie ?

gern im Haushalt, dann bereiten Sie sich Ihren Bedarf an Essig selbst aus
Reichel's Essig-Essenz
Marke „Lichtherz".
Eine **Originalflasche** für **1 M.** gibt **12 Weinflaschen feinsten und milden, keimfreien**
Speise- u. Einmache-Essig
Damit eingelegte Früchte sind sicher vor dem Verderben geschützt und schmecken großartig!
½ Fl. 55 Pf.
Wo in Drogerien, Apotheken rc. Geschäften nicht erhältlich direkt von der Fabrik
Otto Reichel, Berlin SO. 45, Eisenbahnstr. 4.
Nur echt u. rein b. unverletzt. Kapselverschluß m. Marke **Lichtherz.**

20000 Hektoliter

ringfreies Lagerbier, erste Qualität, stelle in einzelnen Posten zur Verfügung. Offerten unter L. 2 Expedition des „Vorwärts". 9075

Technikum Eutin (Ost-Holstein)

Maschinenbau, Hoch- und Tiefbau. **Spezialkurse zur Verkürzung des Studiums.** Programm unentgeltlich. Dir. **Klücher.** 292/8*

Soeben erschienen:

Die Mutterschafts-Versicherung.
Ein Beitrag zur Frage der Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen.
Von **Lily Braun.**
Preis **20** Pf.
in besserer Ausstattung **50** Pf.

Sozialdemokratie und Antisemitismus.
Von **August Bebel.**
Rede auf dem Parteitage zu Köln.
Mit zwei Nachträgen.
Zweite durchgesehene Auflage.
Preis **30** Pf.
in besserer Ausstattung **75** Pf.

Das Kommunistische Manifest.
7. autorisierte deutsche Ausgabe.
Mit Vorreden von **Karl Marx** und **Friedrich Engels** und einem Vorwort von **Karl Kautsky.**
Preis **20** Pf.
in besserer Ausstattung **50** Pf.

Führer
durch die Gesetze über die
Pensionierung der Offiziere
und über die
Versorgung der Unterklassen des Reichsheeres, der Marine und der Schutztruppen
vom 31. Mai 1906.
Preis **50** Pf.

Die Geschichte des britischen Trade-Unionismus.
Von **Sidney** und **Beatrice Webb.**
Deutsch von **R. Bernstein,** mit Noten versehen von **E. Bernstein.**
Zweite unveränderte Auflage.
Statt früher 7,50 M. jetzt nur **4** M.

Die Lessing-Legende.
Zur Geschichte und Kritik des preußischen Despotismus und der klassischen Literatur.
Von **Franz Mehring.**
Zweite unveränderte Auflage. Mit einem neuen Vorwort.
Preis **3** M., gebunden **3,50** M.

Geschichte der Kommune von 1871.
Von **Lissagaray.**
— Dritte illustrierte Auflage. —
Preis **2,50** M., gebunden **3** M.

Wie entstanden Weltall und Menschheit?
Von **Willy Peterson-Kinberg.**
Mit zahlreichen farbigen und schwarzen Tafeln, Karten, Beilagen und Textabbildungen.
Preis **2** M., gebunden **2,80** M.

Zu **bedeutend herabgesetztem Preise** empfehlen wir nachstehendes Werk: 234/16*

Astronomische Abende.
Allgemein verständliche Unterhaltungen über Geschichte und Ergebnisse der Himmelsforschung.
Von **Prof. Dr. Hermann J. Klein.**
— **Nur eine kleine Anzahl vorrätig.** —
Preis statt bisher 6,50 M., jetzt nur **2,75** M.

Expedition des „Vorwärts"
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Alt-Glienicke. Am Sonnabend, den 1. September, abends 8 Uhr, hält der Wahlverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung bei Saß, Grünauerstraße, ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht des Kassierers. 2. Bericht der Delegierten von der Kreisgeneralversammlung. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Abrechnung vom Sommervergnügen. 5. Verschiedenes.

Die seit der letzten öffentlichen Versammlung neu eingetretenen Mitglieder sind besonders hierzu eingeladen.

Stralau. Am Sonntag, den 2. September, nachmittags 2 Uhr, hält der Wahlverein seine Generalversammlung im Lokale der „Perle“, Alt-Stralau 21, ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag des Genossen R. Jendel über Kommunalpolitik. 2. Bericht des Vorstandes und Kassenbericht. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Bodelschwinghs Bettelei für Hoffnungstal.

Den alten Herrn v. Bodelschwingh, der für die Arbeitslosen Berlins die Kolonie Hoffnungstal gegründet hat und jetzt die ihm noch fehlenden Geldmittel durch Kollektieren zusammenzukriegen sucht, hat unsere kritische Betrachtung über dieses sein Unternehmen sehr verdrossen. Nach den Angaben eines Aufrufes, der von Herrn Pastor v. Bodelschwingh selber unterzeichnet war und in bürgerlichen Blättern zu lesen stand, hatten wir erzählt, wie wenig ihm in Berlin seine Hauskollekte einbringt und wie schwer zugänglich für seine Einsammler besonders die Häuser der Reichen sind. Wir hatten auch, wiederum auf Grund eigener Angaben Bodelschwinghs, darauf hingewiesen, wie erfolgarm sein Kampf gegen die Gewohnheitsbettelei in Berlin bisher gewesen ist und wie hoffnungslos den Arbeitslosen Berlins sein Hoffnungstal erscheinen muß. Bodelschwingh meint nun, hierdurch hätten wir seine „große und gute Sache“ geschädigt, und er erwartet, daß wir durch Aufnahme einer von ihm eingesandten Antwort den Schaden reparieren.

Seine Darstellung ist so weitschweifig, daß wir sie unmöglich im Wortlaut wiedergeben können. Aber auf seinen Wunsch wollen wir gern mitteilen, daß er nicht bloß durch die Hauskollekte sein Geld zusammenzubringen sucht. Diese Hauskollekte und ihr Erfolg machen bei ihm den Kohl nicht fett. Er bettelt auch noch durch Briefe, und zwar bedient er sich dieses Verfahrens gerade bei den Reichen, zu deren Häusern und Wohnungen seine Einsammler nur selten Zutritt finden. Und mit dieser brieflichen Bettelei hat Bodelschwingh sehr viel mehr Glück. Rund 80 000 Mark hat er durch sie zusammengebracht, während die Hauskollekte nicht ganz 4000 Mark Ueberschuß eintrug. So steht's in seiner Zuschrift, doch es fehlt darin die nicht minder wichtige Angabe, wie groß denn der Bruttoertrag der Hauskollekte war und wieviel hiervon für die Gehälter der Sammler draufging. Die Sammler hätten, wie Bodelschwingh uns jetzt versichert, „der Hauptsache nach nur die Nachlese bei den kleinen Leuten gehalten“. In jenem Aufruf sprach er aber sehr bestimmt von den Versuchen seiner Sammler, auch in die Häuser der Reichen hineinzugelangen. Uebrigens tut er das auch wieder in der jetzt von ihm gegebenen Darstellung. In ihr hebt er weiter unten, ohne den Widerspruch zu merken, mit Eifer hervor, seine Klage über Mißerfolg der Kollekte habe sich hauptsächlich gegen die Portiers und Wirte der Häuser der bemittelten Klasse gerichtet, denn diese hätten vor den Sammlern die Türen zugehalten. Offenbar will er seine wohlhabenden Gönner von dem durch ihn selber rege gemachten Verdacht reinigen, daß sie knickerig seien. Mit all' dem vergleiche man den Schlußsatz jenes Aufrufes: „Ach! Wir müssen die Waffen strecken, wenn uns die reichen Leute nicht ebenso freundlich ihre Türen auftun, wie die Armen!“ So wehklagte Bodelschwingh damals, trotz der 80 000 Mark. Heute aber schreibt er uns: „Sie haben meine Klagen über die Berliner Kollekte für Hoffnungstal wohl durch meine Schuld nicht ganz richtig verstanden“. Nun, das ist wenigstens ehrlich. Der alte Herr sieht jetzt wohl selber ein, daß er für Hoffnungstal gebettelt hat nach allen Regeln der Kunst eines Gewohnheitsbettlers, der möglichst stark auftragen zu müssen glaubt, um sicher zu sein, daß er Gehör findet.

Ganz ähnlich wirkt auf uns auch die Darstellung, die er von dem Wert seines Kampfes gegen die Gewohnheitsbettler gibt. Er verteilt unter der Bevölkerung durch seine Sammler Arbeitsanweisungen, die den anklopfenden Bettlern statt eines Almosens eingehändigt werden sollen. Zwar läßt, nach Bodelschwinghs eigener Angabe, fast niemals ein Bettler sich durch diese Anweisungen bewegen, nach Hoffnungstal zu gehen und um Aufnahme zu bitten. Indes, hiermit ist eben, so sagt B., der Beweis erbracht, daß größtenteils nicht aus Not, sondern aus Arbeitsscheu gebettelt wird. Und dann fügt er hinzu: „Der große Erfolg dieser sauren Arbeit unserer Kollektanten ist aber doch der gewesen, daß im letzten Jahre vom 1. April 1905 bis 1. April 1906 bereits 46667 Obdachlose weniger das städtische Asyl aufgesucht haben“. Daß Bodelschwingh diesen „großen Erfolg“ sich selber zuschreiben will, ist ein starkes Stück. Wie lange ist er denn schon an der Arbeit, Berlin mit seinen Kolonien zu beglücken? Wie lange ist Hoffnungstal in Betrieb? Und seit wann kann das einen Einfluß auf das Obdach ausgeübt haben? Im Obdach hatte der Frequenzrückgang gegenüber dem Vorjahre bereits im Januar 1905 begonnen. Er war ein Ergebnis jener im Winter 1904/05 eingeführten „Reform“, die darin bestand, daß gegen „Stammgäste“ des Obdachs mit schonungsloser Strenge vorgegangen wurde. Auch der alte Brauch, an Sonn- und Feiertagen keine Obdachlosen an die Polizei abzuführen, wurde damals beseitigt. Die Wirkung war die, daß schon im Januar 1905 nur 81 605 Männer aufgenommen zu werden brauchten, während im Januar 1904 noch 85 963 Männer dort genächtigt hatten. Dafür hatte man aber auch 1208 von den Gästen des Januar 1905 der Polizei überliefert, während von denen des Januar 1904 nur 568 den Weg zum Alexanderplatz hatten antreten müssen.

Diese „Reform“ und ihr „Erfolg“ sind ein „Verdienst“ des Stadtrates Fischbeck. Wenn jetzt Pastor v. Bodelschwingh die Verringerung der Obdachfrequenz seiner eigenen Tätigkeit zuschreiben will, so macht er sich des Undanks schuldig — des schnöden Undanks gegen Herrn Fischbeck, seinen opferfreudigen Gönner, der so eifrig und so erfolgreich dafür eingetreten ist, daß Bodelschwingh für seine Kolonie Hoffnungstal von unserem Magistrat und der freisinnigen Mehrheit unserer Stadtverordnetenversammlung unterstützt wurde und auf Kosten der Berliner Steuerzahler experimentieren darf. Fischbeck selber hat einmal in der Stadtverordnetenversammlung mit Stolz erklärt, zur Ehre rechne er es sich an, jene „Reform“ herbeigeführt zu haben. Und nun kommt der Herr Pastor v. Bodelschwingh und will Herrn Stadtrat Fischbeck den einzigen „Erfolg“ mißgönnen, den dieser Mann bisher gehabt hat, will ihm den „Ruhm“ schmälern, Obdachlose aus dem Obdach hinausgegrault zu haben!

In dem neu eröffneten Zollschuppen an der Möckern- und Yorkstraßenecke herrscht jetzt schon ein sehr lebhafter Geschäftsverkehr. Hier walten 31 Zollbeamte und 20 Eisenbahnbedienstete ihres Amtes. Die aus Oesterreich, Italien und Südfrankreich auf dem Potsdamer und Anhalter Bahnhofe eingehenden Güter, so namentlich Pilsener Bier, Glas, Eisen, Südfrüchte usw. werden auf dem Schienenwege nach dem Zollschuppen befördert und über die 75 Meter lange Laderampe in dessen obere Etage gebracht, woselbst sich drei große Abfertigungssäle befinden: für Massengüter, für Eisen, Wein und zollfreie Güter und für Reisegepäck usw. Das letztere ist von den Eigentümern im Auslande aufgegeben oder an der Zollgrenze aus irgend welchen Gründen nicht revidiert worden. In jedem der drei Säle befindet sich ein eingebautes Beamtenzimmer, mit allen Utensilien ausgerüstet, die notwendig sind, um die Zollpflichtigkeit der Waren und Gegenstände, Gewebe, Drogen usw. festzustellen. Wagen in allen Größen stehen bereit und von den Hammerschlägen der Kisten und Kasten öffnender Beamten erdröhnen die weiten Hallen. Draußen, am Kopfe der Rampe, erhebt sich ein mächtiger Krahn, der bei schweren Gütern in Tätigkeit tritt. Gegenüber wird gegenwärtig noch eine zweite Laderampe für Wagenladungsgüter aufgeführt. Sechs Gleise vermitteln den Verkehr mit den Bahnhöfen. Aus der oberen Etage des Zollschuppens gelangt das abgefertigte Gut durch elektrisch angetriebene Fahrstühle nach dem Erdgeschoß, welches den „Ablassungssaal“ gänzlich ausfüllt. Von diesem führen neun überdachte Tore hinaus auf die Ladestraße, welche mit der Yorkstraße parallel läuft. Hier fahren die Roll- usw. Wagen, Droschken usw. an die Rampe heran, um das verzollte oder freigegebene Gut in Empfang zu nehmen. Es werden täglich bis zu 15 Güterwagen-Ladungen und zirka 300 Kolli zollamtlich abgefertigt. An der Ecke der Möckernstraße schließt sich das etwa 20 Meter lange Beamten-Wohngebäude an, dessen obere Stockwerke am 1. Oktober bezogen werden sollen. Im Erdgeschoß sind die Arbeiter untergebracht, welche die elektrischen Kraft- und Beleuchtungsanlagen, die Dampfheizung usw. zu beaufsichtigen haben.

Radialsystem X. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reicke beschäftigte sich die städtische Tiefbaudeputation u. a. mit der Herstellung des X. Radialsystems im Norden von Berlin. Dies konnte bisher nicht in Angriff genommen werden, weil an der Ecke der Afrikanischenstraße, bisher 20a X 1, und der Seestraße ein sogenannter Sammler angelegt werden muß, was wiederum nur nach Regulierung der Afrikanischenstraße, Abtretung des erforderlichen Geländes möglich ist. Erst nach Fertigstellung des X. Radialsystems ist es erlaubt, mit dem Bau von Häusern an den vielen neuen Straßen im „afrikanischen Viertel“ zu beginnen. Es ist nun sowohl mit dem Fiskus als auch mit der „City-Aktiengesellschaft“ ein Abkommen zustande gekommen wegen Abtretung fiskalischen Geländes der Jungfernheide zur Anlegung eines Sammlers und mit der genannten Gesellschaft wegen Regulierung der Kamerunerstraße und Landabtretung zur Anlage der Afrikanischenstraße. Mit dem Bau des Sammlers und der Regulierung der Straßen soll nach erfolgter Zustimmung der Gemeindebehörden sofort begonnen werden. Dann wird es nicht mehr lange dauern und der „Harz“, wie jene Gegend von den Berlinern genannt wird, ist verschwunden.

Die kulante Postverwaltung. Noch immer werden blaue Zweipfennig-Postkarten und -Marken den Postämtern zum Umtausch zurückgegeben. Das ist vielleicht den damit verbundenen Zeitverlust gar nicht wert, so daß der, der nur einzelne dieser ausgestorbenen Exemplare besitzt, besser tut, sie ins Feuer zu werfen. Schreiber dieser Zeilen bot vier Stück eingedruckter Zweipfennigmarken, auf eine verschriebene aber nicht abgesandte blaue Postkarte aufgeklebt, zum Umtausch an. Nach langem Warten wurde er an einen anderen, den „zuständigen“ Schalter verwiesen, woselbst man ihm nach einiger Zeit eröffnete: für die (mit breitem Rand versehenen) ausgeschnittenen Karten gäbe es überhaupt nichts, und die vierte, noch vollständige Karte werde mit „einem Pfennig“ bewertet. Man scheint also hier die aus Versehen nicht abgestempelte Marke als die Regel zu betrachten und läßt sich daher auf den Tausch nur dann ein, wenn die ganze Karte unversehrt vorgelegt wird. Auf diese Weise werden wohl sehr viele Karten, die ihren Beruf verfehlt haben, untergehen, und der Postfiskus streicht ein artiges Sümmchen für „Wertzeichen“ ein, die wohl für ihn, nicht aber für das Publikum „Wert“ haben.

Der Schutzmannssäbel

hat wieder einmal blutige Arbeit getan. Was war der Anlaß? Anscheinend nur eine Lappalie, wohl eine Ulkerei eines angetrunkenen Menschen. An der Ecke der Wrangel- und Falckensteinstraße waren ein paar Wagen in Gefahr geraten, zu karambolieren. Ein Pferd setzte sich dabei aufs Pflaster, kam aber bald wieder auf die Beine. Schaden soll, so erzählt man, nicht dabei angerichtet worden sein. Bei anderen wichtigeren Vorkommnissen ist vergeblich nach einem Schutzmann gerufen worden, hier aber war sofort einer zur Stelle, um den Fall gewissenhaft zu buchen. Als der eine der beteiligten Kutscher eigensinnig die Nennung seines Namens verweigerte und auf die am Wagen angebrachte Firma verwies, nahm der Schutzmann das Pferd beim Zügel und schickte sich an, den Wagen samt dem Kutscher zu Wache zu bringen. Inzwischen hatte sich, wie üblich, eine große Menschenmenge angesammelt, um von dieser Haupt- und Staatsaktion Kenntnis zu nehmen. Auch ein Arbeiter Paul Schwital aus der Görlitzerstraße sah zu. Er hatte ein bißchen viel getrunken und kam auf den Einfall, sich hinten an dem Wagen zu schaffen zu machen. Wollte er ihn festhalten oder wollte er schieben helfen — wer weiß es? Kaum hatte der Schutzmann diese Freveltat bemerkt, so sprang er auf den Täter zu und zwar mit solcher Vehemenz, daß Schwital zu Fall kam. Was dann folgte, darüber gehen die Aussagen der von uns befragten Zeugen auseinander. Der Schutzmann wird wahrscheinlich erzählen, er habe sich von Schw. bedroht geglaubt. Fürchtete er sich vor dem Angetrunkenen? Es scheint so; denn er riß seinen Säbel heraus und hieb darauf los, daß das Blut spritzte. Dabei stand er nicht mal allein; ein anderer Schutzmann und ein Polizeileutnant wohnten dem Kampfe des säbelschwingenden Schutzmanns gegen den unbewaffneten Arbeiter bei. Die Menge der Zuschauer geriet bei dem Anblick, der sich ihr bot, in gewaltige Erregung. Als der Schutzmann von Schwital abließ, blutete dieser aus mehreren Kopfwunden. Brachte man ihn in ein Krankenhaus, nach einer Unfallstation, zu einem Arzt? Zunächst noch nicht. Zu allererst mußte auch dieser Fall gewissenhaft gebucht werden. Der Blutende wurde nach der Polizeiwache in der Cuvrystraße geleitet, wo sich das Weitere fand. Von da aus schaffte man ihn dann nach dem Krankenhause am Urban.

Verkehrssperre. Aus Anlaß der am 1. September d. Js., vormittags 9 Uhr, auf dem Tempelhofer Felde stattfindenden Parade wird die Tempelhofer Chaussee von 8 Uhr an bis zur Beendigung der Parade für jeden Verkehr gesperrt. — Die Belleallancestraße und die Lichterfelderstraße dürfen von Lastwagen während der Zeit vom Ausrücken der Truppen bis nach dem Einmarsch derselben in die Stadt, nicht befahren werden. Nur den mit Passierscheinen versehenen Personenwagen ist das Befahren der Belleallancestraße bis zum Steuerhause gestattet. Alle übrigen Personenwagen haben bei der Kreuzbergstraße in die Lichterfelderstraße einzubiegen und durch diese auf das Tempelhofer Feld westlich der Chaussee nach Anweisung der Aufsichtsbeamten zu fahren. Der Betrieb der Straßenbahn- und Omnibuslinien wird auf der Tempelhofer Chaussee und den aus Berlin nach dem Tempelhofer Felde führenden Straßen (insbesondere auch in der Friedrichstraße) mit dem Beginn des Ausmarsches der Truppen (etwa von 7 Uhr ab) bis zur Aufhebung der Absperrung eingestellt, bezw. eingeschränkt oder abgelenkt. Sollte sich der Zeitpunkt des Beginns der Parade ändern, so finden die vorstehend erwähnten Zeitangaben sinnentsprechende Aenderung.

Ueber das Unglück der Schöneberger Feuerwehr am Rollendorfplatz erhalten wir von dem Branddirektor der Schöneberger Wehr eine Darstellung, der wir folgendes entnehmen:

„Zwischen dem eigentlichen Platz, auf dem sich der Hochbahnhof befindet, und der Promenade der Bülowstraße sind mehrere schmale Inselperrons verteilt. Die Inseln treten nur 10 bis 13 Zentimeter über die Straßenoberfläche hervor, sie sind weder durch Laternen, Bäume oder dergleichen besonders markiert, so daß sie bei dem starken Verkehr auf dem Rollendorfplatz sehr leicht übersehen werden können. Das vorderste Fahrzeug, die Gasspritze, bog ohne Schaden zu nehmen von der Bülowstraße ab. Der Führer der mechanischen Leiter, Oberfeuerwehrmann Kühne, muß nun den Inselperron nach Aussage des neben ihm sitzenden Feuerwehrmanns Ehlert erst bemerkt haben, als der Wagen kurz vor der Bordschwelle der Insel angelangt war. Als Kühne die Gefahr bemerkte, drehte er mit aller Kraft das Steuerrad rechts herum, wodurch es ihm gelang, mit den Vorderrädern an der Bordschwelle vorbei zu kommen.

Durch das schnelle Schwenken der Vorderachse wurde nun der Hinterwagen nach links geschleudert, was noch durch die glatten Schienen der elektrischen Bahn und durch das vom Sprengwasser geglättete Pflaster begünstigt wurde. Das linke Hinterrad wurde mit aller Kraft an die Bordschwelle des Inselperrons geschleudert, und da nun der Führer die Vorderachse so weit geschwenkt hatte, daß sie fast in der Längsrichtung des Wagens stand, so mußte das Fahrzeug, da es unter dem Vorderwagen keine genügende Unterstützung hatte, umstürzen. Bei diesem Sturz geriet der Oberfeuerwehrmann Kühne mit Hals und Kopf unter den Leiterholm, der ihn erdrückte. Der Begleitmann Feuerwehrmann Ehlert wurde zunächst auf den Außenholm und dann auf die Straße geschleudert. Er erlitt eine Rippenquetschung, konnte sich jedoch an der ersten Hülfeleistung beteiligen und wird aller Wahrscheinlichkeit nach in einigen Tagen wieder dienstfähig sein. Weitere Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Die Annahme, daß der Grund des Unglücks in der Konstruktion des Wagens zu suchen sei, ist völlig haltlos, da das Steuer, der Antrieb usw. bis zum letzten Augenblick gut arbeiteten. Ferner hat der Unfall mit der Frage, ob der Vorderantrieb bei Automobilen empfehlenswert ist, nichts zu tun, auch kann die in einigen Zeitungen bemängelte Höhe der Leiter der Firma, welche das Fahrzeug geliefert hat, nicht zur Last gelegt werden. Die Automobilleiter ist in der Fahrstellung zirka 30 Zentimeter niedriger als die schon seit Jahren bei der Schöneberger Feuerwehr im Dienst befindliche mechanische Leiter einer anderen Konstruktion; der obere Rand der Leiterholme liegt in einer Höhe von 2,55 Meter, während die in Berlin und Charlottenburg eingeführten mechanischen Leitern 2,70 bis 2,80 Meter hoch sind. Der einzige Grund der Katastrophe, die einem braven Oberfeuerwehrmann das Leben kostete, dürfte wohl in den lokalen Verhältnissen des Rollendorfplatzes und der augenblicklichen Glätte des Pflasters zu suchen sein.“

Dieser Darstellung, nach der es als völlig haltlos hingestellt wird, daß das Unglück auf die Konstruktion des Wagens zurückzuführen sei, möchten wir folgende aus Berliner Feuerwehrkreisen stammende entgegenstellen: Der schwere Automobilunfall am Rollendorfplatz wird von Sachverständigen übereinstimmend auf zwei Ursachen zurückgeführt, die zusammengewirkt haben und deren Beseitigung bisher unmöglich war. Die eine Ursache liegt in der Schwere der Automobilfahrzeuge. Sie wiegen durchschnittlich über 120 Zentner. Ist es schon schwer, ein leicht gebautes Automobil zu lenken und damit im Berliner Verkehr auf oft sehr glatter Fahrbahn keinen Schiffbruch zu erleiden, um wie viel schwerer ist es dann aber mit einem Fahrzeug, das dreimal so schwer ist. Hierzu kommt dann noch die Schnelligkeit, mit der in der Regel gefahren wird, denn gerade in Verbindung der Schnelligkeit mit der Schwere der Fahrzeuge liegt die größte Gefahr. Leichter gebaut werden können aber die Automobile schwerlich und langsames Fahren hätte durchaus keinen Zweck, denn dann könnte man sich ja ebenso gut mit Pferden begnügen, deren Unterhaltung nicht wesentlich teurer ist, als ein Elektro-Automobil. Hierzu gesellt sich dann noch, daß viele Feuerwehr-Automobile überbaut sind, d. h. die Last liegt zu hoch über den Achsen, wodurch die Fahrzeuge, besonders die Leitern und Tender, zum Kippen neigen. Die Schöneberger Feuerwehr-Automobilfahrzeuge sind sämtlich zu schwer. Dies Urteil konnte man auf der Ausstellung, wo sie ausgestellt waren, von vielen Sachverständigen hören, und zwar noch bevor sie einer praktischen Erprobung unterzogen waren.

Eine Kindesleiche im Gepäck. Am Sonnabend, 11. d. M., wurde auf dem Lehrter Hauptbahnhof an der amtlichen Aufbewahrungsstelle ein Paket mit rotbrauner Umhüllung abgegeben, um das sich später niemand mehr kümmerte. In den letzten Tagen machte sich an der Stelle, wo die gebührenpflichtigen Pakete lagen, ein unausstehlicher Geruch bemerkbar. Man forschte nach der Ursache und ermittelte als Ausgangspunkt das vor ungefähr drei Wochen aufgegebene Paket. Als man gestern dieses öffnete, fand man darin die schon stark verweste Leiche eines neugeborenen Knaben. Wer das Paket in Verwahrung gegeben hat, wird sich wohl kaum noch ermitteln lassen. Die kleine Leiche wurde auf Veranlassung der Bahnhofswache nach dem Schauhause gebracht.

Bei einer Explosion hat gestern morgen der 34jährige Tischler Bogemühl, Waßmannstraße 14, so schwere Brandwunden erlitten, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. B. war in der Tischlerei von Willmann in der Elsasserstraße 47 beschäftigt und hatte eine Mischung von Terpentin und Wachs, die zu Tischlerarbeiten verwendet werden sollte, zubereitet. Auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise kam die Masse plötzlich zur Explosion, die Stichflammen trafen die Kleidung des B. und nach Verlauf weniger Sekunden stand der Bedauernswerte in hellen Flammen. Die Kleidungsstücke wurden ihm förmlich vom Leib weggebrannt. Am ganzen Körper hatte B. so schwere Brandwunden davongetragen, daß ihm stellenweise das Fleisch in Stücken herabhing. In hoffnungslosem Zustande wurde der Aermste in die Charité eingeliefert.

Zu dem Unfall an der Korneliusbrücke, bei dem ein Straßenreiniger unter einen herannahenden Kraftwagen geriet und überfahren wurde, wird uns mitgeteilt, daß dem Kutscher der Automobildroschke Nr. 4041 keinerlei Schuld beizumessen ist.

Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Straßenbahnwagen ist Dienstagabend die Schauspielerin Frl. Feldhammer vom Schiller-Theater erheblich verletzt worden. Frl. F. fuhr in dem Automobil Nr. 2364 den Kurfürstendamm entlang und beim Einbiegen in die Hardenbergstraße vermochte der Chauffeur infolge des schlüpfrigen Pflasters nicht mehr schnell genug rechts abzubiegen, um einen Zusammenstoß mit einem entgegenkommenden Straßenbahnwagen der Linie 93 zu vermeiden. Bei der Karambolage wurden die Scheiben des Autos zertrümmert und die umherfliegenden Glasscherben Frl. F. ins Gesicht geschleudert. Sie erlitt zahlreiche starkblutende Schnittwunden und wurde nach Anlegung von Notverbänden auf der Unfallstation XX in ihre Wohnung in der Suarezstraße 24 gebracht.

Uebereifrige Schutzleute. Nicht selten sind jetzt die Klagen, daß Leute, die sich zufällig in der Nähe eines Platzes befinden, wo gestreikt wird, arretiert und wie Verbrecher behandelt werden. Es ist die Fürsorge um die lieben Arbeitswilligen, welche die Schutzleute blind drauflosgehen läßt, wo sie glauben, daß einem Streikbrecher Gefahr droht, das heißt, daß ihm Aufklärung zu teil werden könnte. Gerade vom Maybach-Ufer wurden uns solche Fälle mitgeteilt. Die Arbeiter haben das Recht, Streikposten zu stehen, aber die Polizei gibt sich oft Mühe, dies Recht illusorisch zu machen. Nicht jeder ist ruhig und besonnen genug, um mit nach der Wache zu gehen. Oft reizt ihn das Unrecht, welches er erdulden soll, zum Widerstande. Da stand ein Arbeiter Karl Lepinsky aus der Meiningerstr. 5 vor dem Kohlenplatz Maybachufer 31—35. Der Schutzmann Hoffmann

vom 4. Rixdorfer Polizei-Revier hielt ihn für einen Streikposten und forderte ihn auf fortzugehen. Natürlich ärgerte sich der Arbeiter und weigerte sich der Aufforderung nachzukommen. Es gab bald einen Wortwechsel, ein Handgemenge, man sah den Mann am Boden liegen, man sah, wie der Schutzmann blankzog und auf ihn einhieb. Bald erhielt der Schutzmann Hülfe und Karl Lipinsky wurde schwer verletzt zur Wache geschleppt. Unter dem Publikum war die Entrüstung allgemein über die Behandlung, die diesem Mann widerfuhr, der nicht mehr Anlaß dazu gegeben hatte, als daß er sich gegen seine gänzlich grundlose Verhaftung wehrte.

Vom eigenen Wagen totgefahren. Bei einem bedauerlichen Unglücksfall hat gestern der 33jährige Grünkramhändler Albert Schulz aus der Brehmestr. 4 sein Leben eingebüßt. Sch. hatte mit seinem Fuhrwerk, einem Doppelgespann, nach dem Lande des Gärtners Depke, Brehmestr. 47, eine Ladung Bretter gefahren. Während D. die Zügel beim Abfahren hielt, faßte Sch. die Pferde am Kopf, um ihnen das Anziehen zu erleichtern. Als sich der Wagen in Bewegung gesetzt hatte, versuchte ihn der Eigentümer von der Seite zu besteigen, kam aber dabei zu Fall und stürzte unter das Fuhrwerk. Erst durch die gellenden Schreie des Verunglückten wurde der Gärtner auf den Unfall aufmerksam gemacht. Er hielt sofort den Wagen an, doch war es bereits zu spät. Die Räder des schweren Gefährts waren dem Sch. so unglücklich über Kopf und Brust hinweggegangen, daß er nach kurzer Zeit starb.

Der mit Balkenlegen auf dem Neubau Drontheimerstr. 21 beschäftigte Zimmermann Karl Rathmann ist gestern vormittag verunglückt. Als R. mit einem Kollegen auf dem Dach einen großen Balken trug, mußte er rückwärts schreiten und stürzte dabei in einen Schornstein hinein. Man glaubte natürlich nichts anderes, als daß der Verunglückte durch den ganzen Schornstein hindurchgefallen und zerschmettert unten angekommen sei. In der Höhe der zweiten Etage hatte sich aber im Innern des Rauchfangs ein Netz befunden, auf das er aufgefallen war. Nachdem man ihn wieder ans Tageslicht befördert hatte, stellte sich heraus, daß er einen doppelten Bruch des rechten Unterschenkels erlitten hatte. Der Verunglückte fand in der Charité Aufnahme.

Von einem Pferde geschlagen und lebensgefährlich verletzt wurde gestern der Kutscher August Bohm aus der Provinzstraße in Reinickendorf. B. war mit seinem Gespann durch die Hausotterstraße gefahren und bemerkte plötzlich, daß sich die Steuerkette gelöst hatte. als er sie wieder befestigen wollte, schlug das Handpferd aus und traf ihn mit den Hufen mit solcher Gewalt gegen den Kopf, daß der Verunglückte bewußtlos zusammenbrach. B. hatte eine schwere Gehirnerschütterung erlitten und außerdem war ihm das Nasenbein zertrümmert worden.

Die Leiche eines Erhängten wurde gestern früh in der städtischen Forst am Müggelsee, unweit des Restaurants „Rübezahl", aufgefunden. Die elegante Kleidung sowie auch ein bei dem Toten gefundener größerer Geldbetrag lassen darauf schließen, daß es sich um eine Persönlichkeit aus besseren Kreisen der Reichshauptstadt handelt.

Durch Glasscherben den Hals durchschnitten. Das Opfer eines entsetzlichen Unglücksfalles wurde gestern nachmittag das dreijährige Söhnchen des Maurers Liepelt aus der Wartenburgstr. 19. Der Knabe hatte mit anderen Kindern auf dem Hofe des Elternhauses gespielt und war, als er sich von einem Spielgefährten einfangen lassen wollte, so unglücklich in den Kellerschacht gestürzt, daß ihm die Scherben der zertrümmerten Fensterscheibe den Hals durchschnitten. Blutüberströmt wurde das Kind nach der elterlichen Wohnung gebracht und zwei sofort hinzugerufene Aerzte veranlaßten die Ueberführung des Kleinen nach dem Krankenhause am Urban. Es ist wenig Hoffnung vorhanden, den Knaben am Leben zu erhalten.

Wer ist der Tote? Am 20. d. M. wurde aus dem Urbanhafen die Leiche eines dem Arbeiterstande angehörenden, ungefähr 40 bis 45 Jahre alten Mannes gelandet. Die schon stark in Verwesung übergegangene Leiche ist 1,72 Meter groß, hatte starkes, dunkelblondes gelocktes Haar, braune Augen, starken, kastanienbraunen Schnurrbart, gute Zähne, volle Gesichtsbildung, zeigt kräftige Gestalt. Bekleidet war sie mit schwarz-braun kariertem Jackett, schwarz-graumelierter Weste, dunkel gestreiften Hosen, grauen Hosenträgern, grauem Hemd, schwarzen baumwollenen Strümpfen und halben Schnallenschuhen. Auf der Brust waren folgende Tätowierungen sichtbar: „Lerne leiden ohne zu klagen", darunter anscheinend „Czoszymow", „Schnapsglas", in der Mitte Frauenbüste, links „Emmi" und ein Bierseidel. Größere Narben befanden sich an der rechten Ohrmuschel, rechten Stirnseite, am linken und rechten Handgelenk, außerdem auf dem rechten Oberarm die Zahl „1867".

Nachrichten über die Persönlichkeit des Unbekannten werden bei jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstraße 3/6, 2 Treppen, Zimmer 334 zu 6453. IV. 41. 06. entgegengenommen.

Vermißt wird seit dem 29. v. M. die Friseurin verwitwete Auguste Dusella, 24. April 1863 zu Willkassen geboren, Chausseestraße 2a wohnhaft gewesen. Dieselbe ist 1,60 Meter groß, untersetzt, hat freie Stirn, dunkelblonde Haare und Augenbrauen, runde Gesichtsbildung. Kleidung ist nicht bekannt. Etwaige Nachrichten, schriftlich oder mündlich, werden von der Kriminalpolizei sowie jedem Polizeirevier zu den Akten 5552. IV. 4. 06. entgegengenommen.

Feuerwehrbericht. In der letzten Zeit hatte die Feuerwehr tüchtig zu tun. In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr kam in der Buttmannstr. 14 in einem Laden Feuer aus. Preßkohlen hatten sich entzündet. Der 16. Zug mußte kräftig Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. Fast gleichzeitig brannte in der Schönhauser Allee 109 ein Keller. Die Flammen hatten dort besonders an Holz reiche Nahrung gefunden. In einer Drogerie in der Prenzlauer Allee 48 war Phosphor usw. in Brand geraten. Wohnungsbrände beschäftigten die Wehr in der Insterburgerstr. 3, Kastanien-Allee 11 und an anderen Stellen. Preßkohlen usw. wurden in der Feldzeugmeisterstr. 5, Wallner-Theaterstr. 12, Stallschreiberstraße usw. ein Raub der Flammen. Außerdem hatte die Wehr in der Bellevuestraße 5, Wrangelstr. 56, Falckensteinstraße zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Aus Rixdorfs Armenpflege

finden sich in dem schon mehrfach von uns erwähnten „Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Rixdorf", den der Magistrat über das Jahr 1905 erstattet hat, einige beachtenswerte Angaben. Der Bericht sagt: „Das Kalenderjahr 1905 ist günstig verlaufen." Und er fügt hinzu: „Während des ganzen Jahres, namentlich auch in den Wintermonaten, fehlte es nicht an reichlicher Arbeitsgelegenheit. Die Aufwendungen für die Armenpflege sind im Verhältnis zur Zunahme der Bevölkerung nur mäßig gesteigert."

Die Ansicht, daß im letzten Jahre die Arbeitsgelegenheit reichlich gewesen sei und daß man das namentlich auch von den Wintermonaten behaupten dürfe, wird nicht überall in Rixdorf Zustimmung finden. In der Arbeiterbevölkerung wird mancher, der lange erfolglos nach Beschäftigung gesucht hat und besonders in den Wintermonaten wieder hat feiern und darben müssen, zu dieser Darstellung des Rixdorfer Magistrats verändert den Kopf schütteln. Sie stimmt auch schlecht zu den Zahlen, die an einer anderen Stelle desselben Berichtes über den Verkehr auf dem städtischen Arbeitsnachweise Rixdorfs mitgeteilt werden. Da lesen wir, daß im Jahre 1905 z. B. von 4533 männlichen Personen im Alter von mehr als sechzehn Jahren, die dort Beschäftigung suchten, nur 2805 untergebracht werden konnten, und zwar von 584 Handwerkern 472, von 725 Fabrikarbeitern nur 294, von 3224 gewerblichen Arbeitern nur 2039. Das sind Ergebnisse, die nicht gerade auf „reichliche Arbeitsgelegenheit" schließen lassen. Richtiger ist dagegen die andere Angabe, daß im Jahre 1905 in Rixdorf die Aufwendungen für die Armenpflege im Verhältnis zur Zunahme der Bevölkerung nur mäßig gestiegen seien. Der Bericht reicht nur bis Dezember 1905, während das „Etatsjahr 1905" den Zeitraum vom April 1902 bis zum März 1906 umfaßt. Die Gesamtausgabe für das Armenwesen (einschließlich Waisenpflege) stellte sich in den neun Monaten April 1905 bis Dezember 1905 auf 230 256 Mark, gegenüber den 204 998 M. derselben neun Monate von 1904. Das Plus beträgt etwa 12½ Proz., während die Bevölkerung inzwischen um etwa 15 Proz. zugenommen hat. Eine genauere Vergleichung wird indes erst möglich sein, wenn uns der Abschluß für das ganze Etatsjahr 1905 vorliegt.

An den Summen, die wir oben genannt haben, sind die Barunterstützungen mit etwa einem Drittel beteiligt. Dieser Ausgabetitel interessiert ganz besonders. Hier trifft in noch stärkerem Grade das zu, was der Bericht über das „günstige" Jahr 1905 mit seiner „nur mäßigen" Steigerung der Ausgaben sagt. Die Ausgaben für laufende Unterstützungen betrugen in 1904 und in 1905 für die neun Monate April bis Dezember 60 604 M. bezw. 63 403 M., mithin macht hier das Plus für 1905 noch keine 5 Proz. Interessanter noch ist eine Vergleichung der Zahl der Empfänger. Im Durchschnitt der neun Monate wurden in 1904 und in 1905 allmonatlich 748 bezw. 752 Personen laufend unterstützt. hier ist also die Zahl nahezu dieselbe geblieben. Wäre nicht gegenüber dem Vorjahre der Durchschnittsbetrag pro Empfänger ein klein wenig erhöht worden, von 8,99 M. auf nun 9,36 M., so wäre auch die Steigerung der Ausgaben noch winziger ausgefallen. Die Betrachtung der einzelnen Monate ergibt übrigens, daß die Zahl der Empfänger in dem ganzen Jahre 1904 bis hinein in die ersten Monate von 1905 im Steigen war. Im Frühjahr 1905 trat dann ein Rückgang ein, der bis zum Schluß des Jahres andauerte. Die Zahl der Empfänger stellte sich im April 1904 erst auf 737, stieg bis Dezember 1904 auf 760 und bis April 1905 noch weiter auf 783 und sank sodann bis Dezember 1905 auf 734, so daß sie nun bereits wieder tiefer stand, als in demselben Monat des vorhergehenden Jahres.

Sollte nicht dieses Ergebnis teilweise zu danken sein der regulierenden und korrigierenden Tätigkeit der Armenpfleger, die einen wichtigen Teil ihrer Aufgabe darin erblicken, den Armenetat nicht zu sehr anschwellen zu lassen? In Zeiten einer raschen Mehrung der Almosenempfänger wird ja den Armenpflegern noch dringender als sonst eingeschärft, daß die Unterstützungen nach strengster Prüfung gewährt werden dürfen. Die immer noch strengere Prüfung pflegt dazu zu führen, daß so und so vielen Armen die Unterstützung entzogen oder doch die laufende Beihülfe in eine nur gelegentliche umgewandelt wird. In letzterer Hinsicht verdient erwähnt zu werden, daß in 1905 tatsächlich öfter als in 1904 zu dem Notbehelf der einmaligen Unterstützung gegriffen worden ist. Das hat zwar für neun Monate rund 900 M. mehr als im Vorjahre erfordert, 4723 M. gegen 3810 M., aber doch sehr viel weniger, als bei Gewährung laufender Unterstützungen aufzuwenden gewesen wären.

Charlottenburg.

Der bedauerliche Gerüsteinsturz am Neubau des Schiller-Theaters in Charlottenburg ruft die Erinnerung an die Debatten wach, die im Frühjahr dieses Jahres im Stadtparlament anläßlich der schon damals von den organisierten Maurern gerügten Mißstände an diesem Bau stattfanden. Am 14. März hatte der Oberbürgermeister Schustehrus gelegentlich der Beratung eines Antrages auf Gewährung einer Teuerungszulage an die Beamten bestritten, daß überhaupt ein Notstand vorliege, und als Beweis hierfür ins Feld geführt, daß die organisierten Arbeiter, die beim Neubau des Schiller-Theaters beschäftigt waren, die Arbeit niedergelegt hätten. Das erinnere schon mehr an Uebermut und beweise, daß die Teuerung der Lebensmittel jedenfalls zu keinem Notstand geführt habe. Seitens unserer Vertreter wurde das Stadtoberhaupt sofort auf das Eigenartige seiner Beweisführung aufmerksam gemacht. Unsere Genossen erklärten sofort, daß die Arbeitsniederlegung erfolgt sei, weil Arbeiter, die von dem Meister eine vorschriftsmäßige Herstellung der Gerüste verlangt hatten, gemaßregelt wurden. An ihre Stelle traten Akkordmaurer. Die organisierten Maurer Charlottenburgs beriefen sofort eine Protestversammlung ein, sie beschlossen, an die Stadtverordnetenversammlung eine Resolution zu senden, die die Entlassung der Akkordmaurer verlangt, weil „die Praktiken der Akkordmaurer unter Außerachtlassung aller technischen Vorschriften nicht dazu angetan sind, eine solide und gute Arbeit herzustellen". In der Sitzung der Stadtverordneten vom 28. März brachte unser Fraktionsredner die Angelegenheit nochmals zur Sprache; er wies unter anderem nach, daß nicht einmal diejenigen Sicherheitsvorschriften innegehalten waren, die die Baupolizeibehörde verlangt und daß auf sehr vielen Stellen auch die von der Berufsgenossenschaft erlassenen Unfallverhütungsvorschriften nicht befolgt waren. Der Vertreter des Magistrats, Oberbürgermeister Schustehrus wies alle sozialdemokratischen Behauptungen als aus der Luft gegriffen zurück, um sodann ein langes Klagelied über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie anzustimmen. Er schloß unter lebhaftem Beifall der Vertreter der Bourgeoisie mit den Worten: „Der Herr Baetge (das ist der Bauunternehmer) soll eben tun, was die Organisation befiehlt. Meine Herren, den Eindruck habe ich aus den von mir angeführten Verhandlungen gewonnen, daß die einzelnen Maurer gar nicht so schlimm sind, gar nicht auf die Differenzen aus sind, daß sie für sich allein ganz verständige und ruhige Leute sind. Aber sie dürfen nicht. Die Organisation kommt dazu und der Führer der Organisation sagt: Das dürft ihr nicht tun, sonst kommen wir über euch! Und das, meine Herren, ist das Böse und meines Erachtens sehr Bedenkliche bei der Sache, was sich gerade auch bei diesem Bau wieder herausstellt, **daß die sozialdemokratische Organisation es ist, welche die Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hineinträgt und dadurch die Leute selbst schädigt und die Sache schädigt.**"

Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung stimmte diesen scharfmacherischen Ausführungen zu und lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf Anstellung von Baukontrolleuren aus der Arbeiterklasse ab. Leider hat die Zukunft den Beweis dafür erbracht, wie recht die sozialdemokratischen Stadtverordneten hatten. Trotzdem darf man sich nicht der Hoffnung hingeben, daß der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung von Charlottenburg, deren Untätigkeit zweifellos mit verantwortlich für den Bauunfall ist, nunmehr eine vernünftigere Haltung einnehmen werden. Wandel wird erst dann geschaffen werden, wenn die Arbeiterklasse Charlottenburgs von ihrem Wahlrecht in umfassenderem Maße Gebrauch macht und dafür sorgt, daß wenigstens in der dritten Wählerabteilung kein Vertreter der Bourgeoisie mehr gewählt wird.

Nieder-Schönhausen.

Ueber Darwinismus und Arbeiterschaft referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Dittmer. In seinem einstündigen Referat zeigte Redner die Wandlungen, die im Laufe der Jahrtausende in den Anschauungen über die Naturerscheinungen vor sich gegangen sind. Auf Grund der naturwissenschaftlichen Forschungen Darwins entwarf Redner ein klares Bild von der organischen Entwickelung. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, sich die Zeit und Mittel zu erringen, um den Werken naturwissenschaftlicher Forschung näher treten zu können. Die Versammlung nahm alsdann eine scharfe Protestresolution an, in welcher sie das Vorgehen der Nürnberger Polizei verurteilte.

Vermischtes.

Eisenbahnzusammenstoß. Aus Frankfurt a. M. wird von gestern berichtet: Im Bahnhof Curve ist heute vormittag 8 Uhr 10 Minuten der Güterzug 6390 auf mehrere im Gleis 5 stehende Wagen aufgefahren. Etwa 14 bis 16 Wagen sind vollständig zertrümmert. Drei Gleise sind gesperrt. Die Aufräumungsarbeiten werden längere Zeit in Anspruch nehmen. Menschen sind nicht verletzt. Der Sachschaden ist erheblich.

Den Arm abgeschnitten.

Frankfurt a. M., 30. August. In dem Lahmayer-Werke wollte gestern nachmittag der Dachdeckermeister Lutz seinen Arbeitern, die mit Reparaturen auf dem Dache beschäftigt waren, Anordnungen geben und streckte dabei den Arm zum Fenster hinaus. Im selben Augenblick wurde der dicht am Fenster vorbeiführende Laufkran in Bewegung gesetzt. Der Kran erfaßte den Arm und schnitt ihn oberhalb des Ellenbogens ab. Der Schwerverletzte wurde nach einem Krankenhause gebracht.

Butter mit Wagenschmiere. Als wahrer Hexenkessel entpuppte sich eine Buttermaschine der Zentralmolkerei in dem Eisenach benachbarten Suenna. Die Gendarmerie fand bei einer Untersuchung Gefäße mit ranzigem Fett und einer Wagenschmiere ähnlichen Masse. Außerdem wurden zum allgemeinen Erstaunen Frachtbriefe über große Mengen von Margarine gefunden, die in der Molkerei verarbeitet wurden. Der Besitzer der Molkerei ist verschwunden.

Neue Erdstöße. Die Schiffahrtsgesellschaft des Stillen Ozeans hat aus Valparaiso Nachrichten erhalten, daß die Erdstöße wieder begonnen haben.

New York, 30. August. Nach einer Depesche des „New York Herald" aus Tacna (Chile) sind dort und in Arica **heftige Erdstöße,** die sich bis zur Grenze von Peru erstreckten, verspürt worden. **Die Panik sei unbeschreiblich** und die **Bevölkerung nächtige auf den öffentlichen Plätzen.** Der erste Stoß währte 30 Sekunden.

Lese- und Diskutierklub „Johann Jakoby". Freitag, den 31. August: Sitzung. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Züllichau-Schwiebus-Crossen-Sommerfeld. (Ortsverein Berlin.) Sonnabend, den 1. September, abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung bei Merkowski, Andreasstr. 26. Tagesordnung: 1. Bericht des Kreisvorsitzenden Genossen Schulz-Schwiebus über die politische und gewerkschaftliche Bewegung im Kreise. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. — Jeder Genosse aus dem Kreise wird ersucht, sich in der Versammlung einzufinden und für recht regen Besuch zu agitieren. Der Vorstand.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 69—73 pr. 100 Pfd., IIa 63—68, IIIa 57—62, IVa 52—56, englische Bullen- 0,00, dänische Bullen- 0,00, holländische Bullen- 0,00. Kalbfleisch, Doppellender 100—110, Ia 80—85, IIa 70—78, IIIa 60—68. Hammelfleisch Ia 75—80, IIa 65—74. Schweinefleisch 68—75. Rehböcke Ia per Pfd. 0,60—0,80, IIa 0,40 bis 0,50. Rotwild Ia per Pfund 0,40—0,54, IIa 0,00—00. Damwild 0,50. Wildschweine per Pfund 0,35—0,40. Frischlinge 0,40. Kaninchen per Stück 0,50—0,80. Wildenten Ia per Stück 0,90—1,25, IIa 0,50. Rebhühner, junge Ia 0,90—1,20, junge kleine 0,40—0,65, alte 0,55—0,85. Hühner, alte, per Stück 1,70—2,05, alte, IIa 1,00—1,50, junge, per Stück 0,45—1,20. Tauben, junge, per Stück 0,30—0,46, alte 0,30. Enten, junge per Stück 1,40—2,25, alte per Stück 0,00. Hamburger, junge, per Stück 2,80—3,00. Gänse, Ia per Pfund 0,55—0,64, IIa 0,50—0,54, Ia per Stück 2,75 bis 3,80, IIa 1,00—2,50. Poulets per Stück 1,00—1,80, do. klein 0,40—0,90. Hechte pr. 100 Pfd. 87—97. Zander 159. Schleie 107—118. Bleie 53—56. Aale, groß 90—92, mittel 86—92, klein 0,00, unsortiert 62—66. Plötzen 0,00. Karpfen 84—86. Barse 0,00, matt 0,00. Bleifische matt, 0,00. Karauschen 0,00. Wels 0,00. Bunte Fische 46—65. Amerikanischer Lachs I neuer per 100 Pfd. 110—130, do. II neuer 90—100, do. III neuer 50—75. Seelachs 20—25. Flundern, pomm. I, per Schock 9, do. pomm. II 2—3, Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3, do. klein per Kiste 0,00. Bücklinge, per Wall Kieler 4—5, Stralsunder 5—6. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,50, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe per Schock 4—5. Schellfische Kiste 3—4, do. ½ Kiste 2—3. Kabliau, per 100 Pfd. 10—13. Heilbutt 25. Sardellen, 1902er per Anker 90, 1904er 90, 1905er 82, 1906er 65. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ⅛ To. 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 15, kleine 0,00, unsortiert 9,50. Galizier, groß 0,00. Eier, Land-, per Schock 2,60—3,30. Butter per 100 Pfd. Ia 122—124, IIa 118—120, IIIa 112—116, abfallende 95—110. Saure Gurken Schock 3,50—4,00, Pfeffergurken 3,50—4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. Rosen 1,50—1,75, neue runde 1,50—2,25, neue blaue 2,25—2,50, neue Zerbster 0,00. Spinat p. 100 Pfd. 15—18. Karotten p. Schockbund 1,50—2,50. Sellerie, hiesige, p. Schock 1,50—6,00. Zwiebeln 100 Pfd. 3—3,50. Petersilie, grün, Schockbd. 1,20. Kohlrabi p. Schock 0,75—1,00. Rettig, bayr., p. Schock 2,40 bis 4,80. Radieschen p. Schock-Bd. 0,60—0,70. Salat, p. Schock 1,00—1,50. Bohnen, grüne, per 100 Pfund 8—16. Wachsbohnen 8—20. Schoten per 100 Pfd. 10—20. Pfefferlinge per 100 Pfd. 10—16. Mohrrüben per 100 Pfd. 4—5. Blumenkohl per Mandel 1,00—2,50. Wirsingkohl per Schock 4,00—8,00. Rotkohl p. Schock 3,00—9,00. Weißkohl p. Schock 2,00 bis 5,00. Steinpilze p. 100 Pfd. 35—45. Gurken, Herbster, Schock 0,00—0,00, do. Einlege-, Schock 1,00—2,00, do. Rothenbg. 1,50—2,50, do. Liegnitzer 2,00—3,50, do. Einlege- (Senf-) 10—16. Kohlrüben, Schock 3—5. Tomaten, hiesige 100 Pfd. 4—8. Birnen, ital. per 100 Pfd. 10—24, hiesige 3—10, Tiroler 14—23, böhmische 5—13, Rettig- 3—5. Aepfel, ungar., per 100 Pfd. 6—14, ital. 8—15, hiesige 2,50—11, Gravensteiner 10—18, Tiroler 25—28. Preißelbeeren 15—18, schwedische 19—20. Blaubeeren per 100 Pfd. 10—12. Pflaumen, ital. runde dunkle per 100 Pfd. 0,00, ital. lange gelbe 0,00, ital. runde 0,00, ungarische 6—11, hiesige 3—6, Reineclauden 6—18. Zitronen, Messina 300 Stück 18,00—22,00, 360 Stück 14,00—18,00, 200 Stück 13,00—18,00, 420 Stück, klein 12,00. Pfirsiche, Werdersche per 100 Pfd. 15—20, französische 20—35, italienische I Kiste 2,00—2,50, do. II Kiste 0,80—1,60, do. III Kiste 1,00—1,20, do. in Körben per 100 Pfd. 20—30.

Witterungsübersicht vom 30. August 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemünde	768	WSW	1	bedeckt	16	Haparanda	757	S	2	heiter	9
Hamburg	769	SSW	1	wolkenl	14	Petersburg	762	SW	1	heiter	7
Berlin	769	Still		wolkenl	15	Scilly	768	ONO	3	heiter	16
Frankf. a. M.	769	O	2	wolkenl	12	Aberdeen	764	Still		wolkenl	17
München	770	O	2	wolkenl	10	Paris	767	O	1	wolkenl	13
Wien	771	Still		wolkenl	11						

Wetter-Prognose für Freitag, den 31. August 1906.

Trocken und vorwiegend heiter, etwas wärmer bei schwachen südwestlichen Winden.

Briefkasten der Redaktion.

C. K. 14. Teilen Sie der Armendirektion den Sachverhalt, auch die Existenz Ihres Bruders mit und erwarten Sie ruhig die Klage. — **E. M. 23.** Die Ehefrau des zur Uebung eingezogenen Reservisten erhält 30 Prozent, jedes Kind weitere 10 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes; doch werden niemals mehr als 60 Prozent gezahlt. — **M. M. 8.** 1. Die Scheidung wegen Ehebruchs kann noch nach sechs Monaten seit Kenntnis des Ehebruchs verlangt werden, wenn die Ehegatten vor Ablauf der sechs Monate nicht mehr zusammengelebt haben. 2. Ja, wenn er für allein schuldig erklärt ist. 3. Ja. 4. Ja. — **M. M. 31.** Nein, wenn Sie zahlen. — **G. 99.** Schicken Sie die Abschriften Ihrer Belege ein. — **R. 12.** 1. Dem Ledigen bleibt ein Anspruch auf etw 12 Mark, dem Ver-

heiratelen auf etwa 15 Mark Wochenlohn. 2. Abzug muß erfolgen. — **F. B. 55.** Ja. — **R. L. 19.** Die Einschulung hat mit dem vollendeten sechsten Lebensjahre zu erfolgen. Da Ihr Sohn am 1. Oktober das sechste Jahr noch nicht vollendet hat, sondern erst am 9. Oktober, so kann die Schulbehörde Ihren Sohn jetzt nicht annehmen. Schulreif ist er zum 1. April. — **Stempelsteuer.** Sie müssen 1,50 M. Stempelsteuer wie alle anderen Vereine zahlen. — **Rechthaber.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Nein. — **P. F. 16a.** Ein eingetragener Verein kann selbst, vertreten durch den Vorstand, Klage erheben, ein nicht eingetragener Verein nur durch die Gesamtheit seiner Mitglieder. — **Payel.** Sie müssen sich mit dem Käufer des Grundstücks, der die Hypothek auszahlen will, in Verbindung setzen. Teilen Sie ihm mit, er dürfe nur an die Erben gemeinschaftlich zahlen. — **M. M. 3411.** Suchen Sie durch Beobachtung oder Nachfragen bei den Wirts- oder Nachbarsleuten das Arbeitsverhältnis in Erfahrung zu bringen. Es ist Sache des Vormundes, nicht des Gerichtes. — **A. K. G. 73.** 1. Das ist kein Grund, der den Wirt zur vorzeitigen Aufhebung des Vertrages zwingt. 2. Sie können auch keine Aenderung verlangen. 3. Wenn es nicht gegen den Mietsvertrag verstößt oder die Ruhe übermäßig stört. — **P. O. 50.** 1. Der Eheschließung geht das Aufgebot der Verlobten voran, das zwei Wochen hindurch bekannt zu machen ist. 2. Sie haben zwischen beiden die Wahl. — **A. D. 06.** Fragen Sie bei allen Polizeiverwaltungen an, in deren Bezirk Sie den Gesuchten vermuten können. — **W. F. 98.** Nein. — **A. R.** Sie haften mit Ihrem Vermögen nicht für diese Schuld Ihrer Ehefrau. — **B. Z.** Sie können den Vertrag wegen Irrtums und arglistiger Täuschung anfechten, am besten schriftlich durch eingeschriebenen Brief. Sobald die Anfechtungserklärung dem anderen zugegangen ist, gilt der Vertrag als aufgehoben. Auch ohne weitere Vereinbarung ist der Mietzins nach Ablauf je eines Kalendervierteljahres am ersten Werktage des folgenden Monats zu zahlen. Mangels anderer Vereinbarung kann dem Mieter ohne Frist erst dann gekündigt werden, wenn er mit zwei aufeinanderfolgenden Raten im Verzuge ist. — **M. G. 79.** 1. Beim Amtsgericht oder Notar. Im übrigen je nach Umständen. 2. Beantragen Sie unter Beifügung Ihrer polizeilichen Anmeldung beim Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg. Sie in den preußischen Staatsverband aufzunehmen. 3. Nein. 4. Genehmigung Ihres Hauswirtes ist erforderlich. Nur bei größerem Geschäftsumfang. — **K. 7.** 1. Ja, wenn der obere Teil vom Ehemann, der untere Teil von der Ehefrau eigenhändig geschrieben ist. 2. Nein. 3. Richtet sich nach dem Vermögensumfang. 4. Ja. 5. Ja. — **O. M. 39.** 1. Nein. 2. Nein. 3. Allgemeine Ortskrankenkasse, Neue Friedrichstr. 9/10.

Die Ferien sind zu Ende! —

man kehrt zur gewohnten Tätigkeit zurück und leider auch vielfach — zur gewohnten Lebensweise, d. h. zum täglichen Genuß aufregender und gesundheitsschädlicher Getränke. Damit bringt man sich direkt um den Erfolg, um die gesundheitskräftigende Nachwirkung der Sommerfrische, sei diese eine Badekur, eine Reise oder ein Landaufenthalt gewesen.

Jeder möchte sich aber doch gerne die wieder erlangte körperliche und geistige Frische dauernd erhalten und nicht schon nach kurzer Zeit wieder in das alte Herz- und Nerven-Elend zurückfallen. Zu dieser Erhaltung und Sicherung der Gesundheit verhilft vor allem ein gutes, unschädliches, gehaltreiches und dabei wohlschmeckendes Hausgetränk. Und wenn man die Aerzte nach einem solchen Hausgetränk frägt, dann antworten sie: Kathreiners Malzkaffee — in Uebereinstimmung mit allen Autoritäten der Wissenschaft, welche dem Kathreiner vor allen ähnlichen Erzeugnissen und wegen seiner hervorragenden hygienischen Eigenschaften und wegen seines würzig-vollen, kaffeeähnlichen Wohlgeschmackes unbedingt den Vorzug geben. Der echte „Kathreiner" ist ein Segen für jedes Haus!

Partei-Speditionen:

Berlin Zweiter Wahlkreis: Hermann Werner, Mittenwalderstraße 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Wengels, Rüdersdorferstr. 3, am Küstrinerplatz. Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden). — **80.:** Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden). — **Fünfter Wahlkreis:** Leo Zucht, Keibelstr. 42 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, im Laden. — **Wedding:** Karl Weiße, Wiesenstraße 41/42. — **Rosenthaler** und **Oranienburger Vorstadt:** Hermann Raschke, Ackerstr. 36, Eingang Ackerhallenstr. — **Gesundbrunnen:** F. Trapp, Rügenerstr. 24, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Lychenerstr. 123. — **Alt-Glienicke:** Reinhold Schulz, Rudower Str. 83. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Sesenheimerstr. 1, Ecke Goethestr., v. l. — **Wilmersdorf-Halensee:** Georg Feese, Berlinerstr. 46, Laden. — **Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg, Boxhagen, Stralau** u. **Rummelsburg:** Otto Seifert, O. 112, Kronprinzenstraße 50, l. — **Grünau:** H. Blume, Viktoriastr. 2. — **Rixdorf:** M. Heinrich, Neckarstraße 2, im Laden. — **Schmargendorf:** Gustav Kaminsky, Cunostraße 2. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Tempelhof:** M. Müller, Berlinerstr. 41/42. — **Ober-Schöneweide:** Julius Grünow, Edisonstr. 10, l. — **Nieder-Schöneweide:** Bonakowsky, Hasselwerderstr. 1d. — **Johannisthal:** Franz Hünold, Blumenstr. 7. — **Adlershof:** Erich Steuer, Moonstr. 8, l. — **Königs-Wusterhausen:** Friedrich Baumann, Luckenwalderstr. 4b. — **Köpenick:** Friedrich Wolck, Grünstr. 4. — **Friedenau-Steglitz-Südende:** H. Bernicke, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstr. 8, u. Fr. Schellhase, Albrechtstr. 15a. — **Mariendorf:** Paul Müller, Bergstr. 35, Hof l. — **Baumschulenweg:** Stock, Grünstr. 2, II. — **Treptow:** Rob. Grumenz, Kiefholzstraße 412, Laden. — **Neu-Weißensee:** W. Reske, Sedanstr. 105, parterre. — **Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh** und **Schönholz:** P. Gurisch, Provinzstraße 108, II. — **Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf** und **Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Borsigwalde, Schubartstraße 43. — **Pankow-Niederschönhausen:** G. Fritzwaldt, Mühlenstr. 73. — **Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf** und **Hankels Ablage:** Alfons Grätz, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, l. — **Teltow:** Hermann Krüger, Mauerstr. 2. — **Nowawes:** Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1. — **Spandau:** Köppen, Jagowstr. 9.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegengenommen.**

Bitte ausschneiden.

Greift zu!
den besten
Monats-Anzügen oder Paletots von 9,50 M., Abonnements-Anzügen oder Paletots von 12,50 M., Pfandleihe-Anzügen oder Paletots von 10 M., Anzug und Paletot (Ersatz für Maß) von 20,50 M., Joppen von 3 M., Kammgarn-Hosen oder Jacketts von 5 M., Kleidungsstücke von Reisenden u. Kavalieren a. d. feinsten Werkstätten Berlins, teils von Hoflieferanten, kolossal billig; alles, auch für starke Figuren.
Zentral-Keller, Berlin, 35 Neanderstr. 35
an der Köpenickerstr.
22Min. v. Stadtb. Jannowitzbr.

H. Zimmermann
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 1669I.*
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Streng reell. — Billigste Preise.

Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Montag, den 3. September 1906, abends 8½ Uhr:

Zehn öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15
Kellers Festsäle, Koppenstraße 29
Bernhard Rose-Theater, Badstraße 58
Germania-Säle, Chausseestraße 103
Peters' Gesellschaftssäle, Wiclefstraße 24
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47—49
Zühlkes Festsäle, Dennewitzstraße 13
Thiel, Rixdorf, Bergstraße 152
Trapp, Tegel, Bahnhofstraße 1
Ober-Schöneweide: Wilhelminenhof.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Der Deutsche Metallarbeiter-Verband und seine vornehmsten Aufgaben."

Referenten in diesen Versammlungen sind:

Kollege **Spiegel**-Düsseldorf, Bezirksleiter für Westfalen
„ **Walbrecht**-Düsseldorf, Bezirksleiter für Rheinland
„ **Vorhölzer**-Stuttgart, Bezirksleiter für Baden und Württemberg
„ **Voß**-Halle, Bezirksleiter für Thüringen und Provinz Sachsen
„ **Röhr**-Halle, Bezirksleiter für Thüringen und Provinz Sachsen
„ **Haack**-Dresden, Bezirksleiter für Königreich Sachsen
„ **Held**-Dresden, Bezirksleiter für Königreich Sachsen
„ **Schlegel**-Breslau, Bezirksleiter für Schlesien
„ **Rohrlack**-Stettin, Bezirksleiter für Pommern und Mecklenburg
„ **Zernicke**-Berlin, Bezirksleiter für Brandenburg.

Angesichts dieser äußerst wichtigen Versammlungen ist es notwendig, daß jeder Kollege zur Stelle ist.

Der Einberufer.
Adolf Cohen, Engel-Ufer 15, I.

152/14*

Außerordentliche General-Versammlung der Liepnerschen Sterbe- und Kranken-Unterstützungskasse Nr. 23

am Sonnabend, den 8. September 1906, abends 8½ Uhr, im Kassenlokal Linienstraße 19.

Tages-Ordnung:
Verfügung der Aufsichtsbehörde vom 19. April 1906 und 21. April 1906, betreffs Erhöhung der Beiträge zur Kranken-Unterstützungskasse.
Kassenbuch (blau) legitimiert.

9226 **Der Vorstand.**

Tischler-Verein zu Berlin.
(E. H. 89.)
Sonnabend, den 1. September, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. **Der Vorstand.**

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.
Verwaltung Berlin.
Heute Freitag, den 31. August 1906, im Gewerkschaftshaus, Saal I: 21/3
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches, darunter Wahl eines Schriftführers für den Vorstand. 2. Statutenberatung. 3. Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15
Sitzung der Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 8358.

Sonntag, den 2. September, vormittags 9½ Uhr, im gr. Saale des Vereins Berliner Musiker, Kaiser Wilhelmstr. 18m:

Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- u. Revolver-Dreher
(Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes).

Tages-Ordnung (Fortsetzung der Versammlung vom 16. August):
1. Branchenangelegenheiten. 2. Die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes. 3. Verschiedenes.

Wir ersuchen unsere Kollegen, pünktlich zu erscheinen und sich mit ihren Mitgliedsbüchern zu versehen, da diese zur Legitimation vorgezeigt werden müssen. — **Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.**

Sonntag, den 2. September, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I:

Versammlung der Bauanschläger Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Maxim Gorki. Referent: Genosse Stripp 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Sonntag, den 2. September, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal III:

Allgem. Versammlung der Zaunaufsteller.

Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftliche Lage der Zaunaufsteller und ihre notwendige Verbesserung. Referent: Kollege Handke. 2. Diskussion.

Kollegen! Da in dieser Versammlung die bestehenden Verhältnisse in unserem Gewerbe besprochen werden, desgleichen über die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage diskutiert werden soll, ist es Pflicht eines jeden, nach der Versammlung zu kommen.

Zur gefälligen Beachtung!

Um unsere Mitglieder vor Schaden zu bewahren, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß jeder erkrankte Kollege sich bei **Beginn** der Erkrankung **melden** muß. Entweder persönlich oder, wenn der Grad der Erkrankung dies nicht zuläßt, durch Familienmitglieder, oder, wenn auch das nicht geht, auf schriftlichem Wege.

152/15 **Die Ortsverwaltung.**

Expedition des „Vorwärts" Berlin SW 68, Lindenstr. 69.

Soeben erschienen:

Illustrierter Neue Welt-Kalender

für das Jahr 1907.

Einunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis: **Kalendarium** — Postwesen — Beachtenswerte Adressen — Statistisches — **Rückblick** — **Messen und Märkte** — Im Kreislauf des Jahres — **Die Reform der Strafprozeß-Ordnung.** Von Rechtsanwalt Hugo Heinemann — **Seuchengefahr und Seuchenverhütung.** Von Dr. J. Ladek (mit Illustr.) — **Zwei Lieder im Volkston.** Von Leo Heller. — **Ein Maifesttag.** Nach dem Leben erzählt von Minna Kautsky (mit Illustrationen) — **Wenn wir nicht mehr gütig sind.** Gedicht von Ernst Preczang — **Der Kampf um das Mittelmeer der Zukunft.** Von Heinrich Cunow (mit Illustration) — **Die Karikatur und ihre Bedeutung.** Von Ed. Fuchs (mit Illustrationen) — Wir sind der Sieg. Gedicht von Ludw. Lessen — **Moderne Kraftwagen.** Von A. G. (mit Illustrationen) — **Sozialistische Frauenagitation.** Von Ottilie Baader — Lied der Bergleute. Von W. L. — **Die Kultur des Tabaks.** Von A. G. Grant — **Französische Gesellenorganisation im 18. und 19. Jahrhundert.** Von Adolf Braun — Nachtarbeit. Gedicht von G. Weber — **Szenen aus der russischen Revolution.** Von J. H. (mit Illustrationen) — **Unsere Toten** (Mit Porträts) — Heilige Familie. Gedicht von E. Kreowski — **Fliegende Blätter** — Das Armband. Satirische Skizze von Michel Thwars. Autorisierte Uebersetzung (mit Illustrationen) — Für unsere Rätsellöser — Trächtigkeits- und Brütekalender. — Hierzu drei Bilder: Der Bergmann — Die Auswanderer — Proletarierin — Außerdem zwei Dreifarbendrucke auf Kunstdruckpapier: Der Steinklopfer — Heher am Nunselnest — Ein Wandkalender.

Preis: 40 Pfennig.

Bei Einzelbezug bitten wir um Einsendung des Betrages nebst 10 Pfennig in deutschen Briefmarken für Porto.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Charlottenburg.

Am Sonnabend, den 1. September, feiert obiger Verein im **Volkshaus**, Rosinenstr. 3, sein

6. Stiftungsfest

verbunden mit **Reigenfahren, Turnen am fahrenden Reck, humoristische Vorträge (Schmeitzer, Gnörich, Balzs), Ball** und sonstige Ueberraschungen. 27/10

Eintritt Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. Anfang 8 Uhr.

Hierzu ladet alle Genossen freundlichst ein **Das Komitee.**

Brauerei Max Böhm Berlin

Marienburgerstr. 17 — **Fernsprecher VII, 1353**

liefert ringfreies

ganz vorzügliches, blankes **Weißbier**

a M. **7.20** pro 1/2 Tonne von 80 Liter.

910b

Dampfer-Extrafahrten

am Sonntag, den 2. September.

7½ Uhr nach **Teupitz**, hin und zurück 2 M. 9½, 10 und 2¼ Uhr nach **Krampenburg**. 10 Uhr nach **Neue Mühle**, hin und zurück 80 Pf., einfach 50 Pf. Abfahrt in Berlin an der Waisenbrücke und Café Alsen. **Reederei L. Kahnt.**

Deutschlands größtes Spezialgeschäft für

Bettfedern

Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betriebe

Gustav Lustig

BERLIN S. Prinzenstr. 46

versendet geg. Nachnahme garantiert neue und gut entstaubte, gut füllende **Bettfedern** p. Pfd. M. 0.55-1.00-1.25; prima **Halbdaunen** M. 1.75; **Gänserupffedern** M. 2.00; prima weiße **Gänsehalbdaunen** M. 2.50-3.00-3.50 echt chines. **Monopoldaunen** M. 2.85, echt russisch. **Matador-Gänsedaunen** M. 3.50 } portofrei gegen Nachn. Von den Daunen genügen 3—4 Pfd. zum groß. Oberbett. — **Gänsefedern** (4 Reihen) M. 0.60 per Pfund; **Gänseschlachtfedern**, wie sie von der Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50. Proben und Preisliste gratis. Umtausch oder Rücksendung gestattet. Verpackung kostenfrei.

Letztjähriger Umsatz über 2000 Zentner Bettfedern, von keinem zweiten Betten- u. Bettfedergeschäft erreicht.

Zurückgekehrt **J. Kallmann,** Münzstr. 14/15 u. Kaiser Wilhelmstr. 18, Sprechstunden 8—8. Zahnoperationen mit örtlicher Betäubung, für Kassenmitglieder auf Verlangen ohne Nachzahlung. 274/6*

Sozialdemokrat. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis Süd-Ost.

Stadtbezirk 105.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Maschinenarbeiter

Heinrich Ziesler

(wohnhaft Pfuelstraße 9) gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Pfuelstr. 9 aus nach dem Emmaus-Kirchhofe statt.

262b **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Bezirk Pankow.

Am Dienstag, den 28. August, verstarb unser Parteigenosse, der Präger

Eduard Stiller

(Kaiser Friedrichstraße 53) im 46. Lebensjahre.

Friede seiner Asche!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. September, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

222/16 **Der Vorstand.**

Stettin-Skandinavien

vermittelst hochelegant mit allem Komfort eingerichteter Schnelldampfer

Stettin-Kopenhagen-Christiania (via Frederikshavn) jeden Sonnabend und Mittwoch nachm. 2½ Uhr.

Stettin-Kopenhagen-Gothenburg jeden Dienstag u. Freitag nachm. 2½ Uhr.

Prospekte gratis und franko durch 124/7*

Gust. Metzler, Stettin P. **Det Forenede Dampskibs Selskab Kopenhagen.**

Veranlaßt durch die in letzter Zeit **sehr oft vorkommenden Klagen** über ganz **minderwertige Nachahmung** des 1886R*

Dänischen

Kapitän-Kautabak

weise ich darauf hin, daß derselbe **nur echt** ist, wenn in **jedem Stück** (5 u. 10 Pf.-Rollen oder Schleifen) **der Zettel liegt** mit Aufschrift:

Dänischer Kapitän-Kautabak (gesetzl. geschützt).

Gen.-Vert. G. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112. Amt 7, 3861.

Zu haben in den meisten Zigarrengeschäften.

An die Zigarren- und Zigarettenhändler Berlins und Umgegend!

Die Nummer des „Vorwärts" vom 19. August enthält einen Bericht über eine **Protestversammlung** der **Zigarren- und Zigarettenhändler Berlins und Umgegend.**

In diesem wird behauptet, daß die Zigarettenfabrikanten die Banderolensteuer vollständig auf die Zigarettenhändler abgewälzt haben.

Die **„Compagnie Orientale"** ist an diesem Vorgehen der Zigarettenfabrikanten **nicht beteiligt,** sondern liefert **nach wie vor** ihre anerkannt guten Marken **ohne Aufschlag der Banderolensteuer** an die Händler weiter.

Wir empfehlen den Händlern sowie den Herren Rauchern

Orientale Princesse Detailpreis **3** Pfennige

„ Bouquet „ 2 „

in der Fabrikationspackung in Düten a **5** und **10** Stück fix und fertig banderoliert und bitten diejenigen, denen diese Marken noch nicht bekannt sind, einen Versuch zu machen. 669b

Tabak- und Zigarettenfabrik Compagnie Orientale

de Constantinople,

Berlin N. 58, Schönhauser Allee 161a.

Zur Beachtung! Wir geben den Herren Händlern zur Nachversteuerung ihrer Waren jedes gewünschte Quantum Banderolen zu Originalpreisen bereitwilligst ab.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 137/13* **Haut- und Harnleiden.** 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Von der Reise zurück.

Dr. Sommerfeld, **Schöneberg, Hauptstraße 20.**

Glänzende Existenz.

Wirklich soliden und nüchternen Schlossern und Monteuren 2c. geben wir schon bei geringer Anzahlung Motordroschken, erstklassige Marken. Am besten übernehmen 2 Reflektanten einen Wagen. *

Berliner Automobilhaus- u. Industrie-Gesellschaft m. b. H. W., Uhlandstr. 170

Hüte in allen Preislagen.

R. Weidner, Hutmacher **Dresdenerst. 100,** an der Prinzenstr.

Pianino, Prachtst., cn. bill., bis 9 ab., nur Kasse, z. pf. Gerichtstr. 32, hochp

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 266/14*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 1665R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36 b. *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 1710R*

Federbetten, Stand 10,50, große 16 Mark, Wäsche, Gardinen, Teppiche, Decken, Uhren, Goldsachen, spottbillig Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. *

Kleiderspind 20 Mark, Kommode 21, Vertiko 29, furniertes Kleiderspindvertiko, modern 40, Säulenschränke 54, Garderobenschränke 38, Waschtoiletten 21, Ruhebett 27, Schlafsofa 38. Muschelbettstelle, englische Schlafzimmer, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Transport frei. Wallstraße 81. 152/12*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, **Gehrockanzüge** von 12,00 an, **Fracks** von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Katz, Mulackstraße 14. 8495*

Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Maßstoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00, Herrenhosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe.

Lauben-Baumaterialien, neue und gebrauchte, wie: Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Linoleum, Dachpappe usw. billigst. Früher Kottbuserdamm 22, jetzt Hasenheide 2 (am Hermannplatz). 4215*

Gaskocherhaus! Zweilochgaskocher! 3,00. Geschlossene Spargaskocher! 5,00. Gasbügelapparat, Gasplätteisen! Gasbratöfen! 7,00. Dreiflammige Gaskronen! 6,00. Gasöfen! 1½. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32 1751R*

Milchgeschäftseinrichtungen, Milchkübel, Kannen, Maße, Milchtiebe, Buttermaschinen 2c. billigst. Harting, Stallschreiberstraße 9. 152/14*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Fräulein verkauft Plüschgarnitur, Spiegelsofa, Schränke, Steppdecken, Uebergardinen, Stores Schwarzkopfstraße 36/37 I. 9185

Herkuleshalbrenner, hochelegant, 35,00. Kunz, Wilhelm Stolzestraße 30. 856b

Fahrräder, am billigsten bei Ernst Machnow, Arkonaplatz 1, Kaiser Wilhelmstraße 18R. Größtes Fahrradhaus Berlins! Riesenauswahl zu Preisen, welche keine Konkurrenz bieten kann. Billigste Gelegenheit für Pfandleiher, Händler, Private. Neue Fahrräder, Doppelglockenlager, Innenlötung, großen Kettenrädern, allen Neuerungen, nur 45 Mark, mit Freilauf-Rücktrittbremse 6,50 mehr. Einfach sehen und staunen. Gebrauchte Fahrräder 10,—, 15,—, 20,—, 25,—, 30,—, Luftschläuche 1,—, Laufmäntel 2,—, Lenkstangen 1,—, Fußpumpen 0,60, Freilaufräder 7,50, Laternen 0,25, Pedale 0,75, Kettenräder 1,—. Feigen 0,50 usw. Auch Nichtkäufern ist die Besichtigung meines Lagers gern gestattet. Kataloge gratis, franko. Ernst Machnow, Arkonaplatz 1, Kaiser Wilhelmstraße 18R. 898b

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Wienerstraße 1—6, Warschauerstraße 67, Ackerstraße 111.

Brennabor halbrenner, elegant, 35,00, sofort Mietzschke, Waldstraße 4/5.

Herrenfahrrad, elegant, stabil, 30,00. Wollinerstraße 52, Seitenflügel 1, rechts. 897b

Adlerherrenrad, wenig gefahren, 40,00. Kolbergerstraße 14 II, links.

Restaurant und Garten zu verkaufen Skalitzerstraße 82. †15

Milchgeschäft, gutgehend, sofort zu verkaufen Weidenweg 49. †148

Milchgeschäft, nachweisbar gute Existenz, Osten, zu verkaufen. Erfragen Schönemann, Skalitzerstraße 7.

Obst- und Gemüsegeschäft, ganzbares mit Rolle, ist sofort oder 1. Oktober billig zu verkaufen. Freyer, Frankenstraße 1. †104

Existenz. Materialgeschäft mit Schnapsschank sofort zu verkaufen. Groß-Lichterfelde Ost, Frobenstraße 18.

Krautstraße 50. Brautleute kaufen Möbel, Spiegel, Polsterwaren spottbillig Sanfelds Möbelspeicher. Kein Laden. 914b

Konfitürengeschäft, gutgehend, umständehalber sofort billig zu verkaufen. Reflektanten bitte unter „B. 200", Postamt 82, Urbanstraße.

Nähmaschinen vergüte bis 15,00 wer Teilzahlung kauft, nachweisl. Sämtliche Systeme. Alte Maschinen nehme in Zahlung. Krämer, Rigaerstraße 17. 151/15*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Waldeslust, Schönheit, ist Eggersdorf bei Strausberg. ½ Stunde von Berlin, mitten im Walde, fünf Minuten vom Bahnhof, 300 Hochwaldbaustellen, □-Rute 10 Mark, ganz ohne Konkurrenz. Verkäufer auf Terrain oder Bahnhof. Joers, Pankow, Elisabethweg 10. 917b

Waldeslust, Idyll, bilden meine 300 Hochwaldbaustellen, □-Rute 10 Mark, mitten im Walde, fünf Minuten vom Bahnhof. Verkäufer auf Terrain oder Bahnhof Eggersdorf bei Strausberg oder Näheres: Hahn, Gastwirt, Kolonistraße 124. 919b

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2675*

Pfandleihe, Prinzenstraße 65, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1667R*

Rixdorf, Bruses Festsäle, Kniesebeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Ball. †118*

Vereine! Saal, Vereinszimmer Sonnabende frei. (Weißbier!) Klubhaus, Annenstraße 16. 244/4*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 152/18*

Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Landsbergerstraße 75. *

Wäsche wird sauber gewaschen, Freien getrocknet. Abholung Sonnabends. Emil Pankrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 860b

Vereinszimmer mit Pianino zu vergeben. August Goldbach, Löwestraße 14. 148*

Volkshumorist „Gerhardy", Brangelstraße 22. †15*

Vermietungen.

Wohnungen.

Schönleinstraße 6 Stube und Küche nebst Zubehör. †107*

Müllerstraße 25 (Wedding) neurenovierte Wohnungen. Große Stube und Küche 18 Mark an. 909b*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer vermietet Müller, Borhagenerstraße 3. †41*

Freundliches möbliertes Zimmer Friedelstraße 46, vorn III links.

Möbliertes Zimmer, 16 Mark, vermietet Lussenufer 36, III. Kaden.

Kleines Zimmer (Herrn) Fürstenstraße 17, Quergebäude I, Stibba.

Teilnehmer für freundlich möbliertes Vorderzimmer gesucht. Appelt, Wasserstorstraße 14, III. 916b

Möbliertes Zimmer, 10,50, Hanke, Dresdenerstraße 96, vorn III. 912b

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacobsy, Kolbergerstraße 26, III. *

Schlafstelle für zwei Herren Schönleinstraße 26, I links. 825b

Schlafstelle, Stube allein, Voltastraße 6. Oelschläger. †100

Möblierte Schlafstelle Andreasstraße 3, Hof III. Lüdecke. †41

Ein solider, anständiger Handwerker findet saubere und freundliche Schlafstelle bei Fräulein Kitzinger, Kleine Andreasstraße 16, Hof III.

Saubere Schlafstelle, separat, für Herrn, Hesemann, Markusstraße 18, Aufgang 8, I. †41

Schlafstelle, separat, Herrn, Ritterstraße 124, IV, Krumke. 153/3

Möblierte Schlafstelle, sauber, Brixerstraße 8, Hof, erster Aufgang II.

Schlafstelle für Herrn Waldemarstraße 65a, Frau Rosenthal. 924b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glätzer, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann, der Chauffeur mit gediegenen, theoretischen und praktischen Kenntnissen werden will, verlange kostenlose Lehrpläne. Glänzendste Erfolge! Autotechnikum Berlin, Spicherstraße 11/12.

Schlossergesellen, tüchtige, erfahrene, auf Türen, Gitter und Bandbeschlag verlangt Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 1784R

Chauffeure-Lehrlinge verlangt Dresdenerstraße 2. Kurius 20,00.

Tüchtiger Silberschleifer für dauernde Beschäftigung gesucht bei Weichhardt, Ritterstraße 73. 839b*

Tüchtigen Kehler auf Goldleisten verlangt Werkmeister, Brunnenstraße 194. 915b

Goldleisten. Tüchtiger Farbenmacher, Vergolder, Verzierer und Grundierer werden gesucht. Ansprüche und Familienverhältnisse. Ungarische Goldleisten A.-G. Budapest, Gömbutca 32. 152/20*

Geschäftskutscher, nüchtern und gewandt, mit nur guten Zeugnissen verlangt sofort W. Banasky, Lörsfabrik, Beusselstraße 44 B, Kontor Seitenflügel parterre rechts. 902b

Einpacker verlangt Goldleistenfabrik Lottumstraße 5. 904b

Tischler, jüngerer für leichte Arbeit Metallwarenfabrik Chael, Wielandstraße 42. 905b

Glaserlehrling verlangt 1. Oktober Zielke, Wilhelmstraße 6. 913b

Tüchtigen Packer auf Goldleisten, Arbeitsburschen verlangt Werkmeister, Schmidstraße 8a. †15

Marmorversetzer, tüchtige, verlangt H. Völker, Beusselstraße. †73

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung. (Tour Wilhelmstraße). Meldungen Schützenstraße 22. 153/2*

Frauen zum Austragen von Zeitungen (Tour Gesundbrunnen) verlangt Gerichtstraße 14. †82

Melkefrau wird verlangt Rixdorf, Weserstraße 201. †107

Aufwärterin, saubere, vormittags. Vorstellung 12 Uhr Lindenstraße 29 IV.

Botenfrauen finden sofort sehr lohnende Beschäftigung Alt-Moabit 138.

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Schöneberg, Feurigstraße 12. 152/15*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Ein tüchtiger, in allen Redaktionsarbeiten erfahrener 267/13

Redakteur

wird für das „Volksblatt" in Halle bis zum 1. Oktober d. J. gesucht.

Offerten mit Gehaltsansprüchen sind bis zum 8. September d. J. an unterzeichneten Verlag zu richten.

Verlag des „Volksblatt", Halle a. S., Harz 42—43.

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

In der Pianofabrik von **Rell & Co., Andreasstr. 32,** haben sämtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 141/16*

Zuzug ist fernzuhalten.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Deutsch. Buchbinderverband

(Zahlstelle Berlin).

Folgende Firmen sind, weil Einstellungen nach dem abgeschlossenen Vertrage nicht erfolgt sind, bis auf weiteres gesperrt:

Xaver Kölle, Reichenbergerstraße 36.
Fleck Nachf., Lützowstr. 87.
Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16.
F. O. Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Ad. Schoß, Puttkamerstraße 19 und Dessauerstraße 14.
Kartonfabrik Ad. Lesser, Krautstraße, für Kartonarbeiter, u. für Galanteriearbeiter die Firma **Aloys Suk,** Neanderstr. 4.

Vor Arbeitsannahme in den Verbandsbetrieben, auch durch den paritätischen Facharbeitsnachweis ist Information auf dem Bureau, Engelufer 15 II, Zimmer 21, einzuholen.

24/12 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Achtung!

Schildermaler!

Gesperrt sind folgende Firmen:

Otto Grund u. Co., Wassergasse 3.
Paul Voigt, Neue Königstr. 42.
P. Schmiedel, Roßstr. 28.
J. Kaufmann, Neue Friedrichstr. 4.
W. Rönning, Strausbergerstr. 12.
H. Teichert, Rungestr. 21.
W. Bartel, Molkenmarkt 1.
J. Hauser, Alexandrinenstr. 45.
L. Rogosch, Fischerbrücke 17.
O. Tenty, Brunnenstr. 39.
P. Sonntag u. Co., Rosenthalerstraße.
W. Rumpf, Linienstr. 154a.

Zuzug ist fernzuhalten!

Arbeitsnachweis nur Wallstr. 36.

Die Verwaltung.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.